BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Juni 1961 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Dr. Hermann Etzel, Die Lage S. 499
- Harold Davies, M. P., Positiver Neutralismus S. 511
- William Warbey, M. P., Brennpunkt Vietnam S. 517
- Das Beispiel Laos (Eine Dokumentation) S. 523
- Dr. Victor Kadalie, Die Freiheitsbewegung in Angola S. 534
- *** Zur Lage in Persien S. 539
- Propst D. Dr. Heinrich Grüber, Gegen die Verniedlichung S. 543
- Studentenpfarrer Rudolf Weckerling, Propst D. Dr. Heinrich Grüber S. 545
- Heinrich Steege, Theologie und politische Wirklichkeit bei Karl Barth S. 554
- Prof. Gerhard Gollwitzer, Nachruf auf eine Sumpfblüte S. 564
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 568
- Buchbesprechungen S. 573
- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 576

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 6

Für das nächste Heft sind unter anderem vorgesehen:

Dr. Hermann Rauschning:

Im Schatten des Nationalsozialismus (2)

E. S. Sachs, London:

Südafrika nach dem Austritt aus dem Commonwealth

Vikar Albrecht Bausch:

Christliche Rechtfertigungen?

Dr. Achim v. Borries:

Kuba (II)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.

Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.

Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.

Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang **Juni 1961** **Heft 6**

Dr. Hermann Etzel

Die Lage

Geschichte und Politik

Die Geschichte ist Ausdruck und Ergebnis des Zusammentreffens von Umständen und des Wirkens übermächtiger Kräfte, deren Ursprünge oft weit zurückliegen und erst nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten, durch besondere Ereignisse und Vorgänge ausgelöst, in Erscheinung treten. Realpolitische Aufgabe ist es, eine sich ankündigende geschichtliche Fluchtlinie und Tendenz rechtzeitig zu erkennen, zutreffend zu beurteilen und ihr aufgeschlossen und unvoreingenommen Rechnung zu tragen. Dabei sind auch Episoden und Miszellen des Tagesgeschehens, soweit sie symptomatischen Charakter haben, für die politische Analyse von Wert. Wer die einer Entwicklung innewohnende Dynamik verkennt und starrsinnig, kostspielig und gewagt versucht, sich ihr entgegenzustellen, sie restaurativ zu bekämpfen, zu stoppen oder zu verlangsamen, schaltet sich letztlich aus der geschichtlichen Entfaltung aus und wird früher oder später von der Evolution fortgespült. Er vermag ihren Ablauf nicht zu verhindern, er wird ihn nur verschärfen und beschleunigen. Wer Wind macht, wird Sturm ernten. Hätte nicht jener deutsche Caligula verbrecherisch und vermessen den Osten mit Krieg überzogen, wäre Ostpreußen wohl heute noch deutsch. Der französisch-britische Kriegszug nach Suez, der eine abklingende Machtlage aufrechterhalten oder wiederherstellen sollte, hat den Rückzug des europäischen Einflusses aus dem ganzen Nahen Osten nur beschleunigt. Der so kläglich gescheiterte Einmischungsversuch auf Kuba hat das Regime Fidel Castro gefestigt und die Unabhängigkeit der Insel gesichert. In Laos ist Amerika gescheitert, weil es dort eine nicht mehr anwendbare Politik fortsetzen wollte. Das krampfhafte Bemühen Belgiens, seine unhaltbar gewordene Position im Kongo wenigstens teilweise zu retten, hat den Freiheitswillen und die Solidarität der afrikanischen Völker beflügelt und verstärkt. In Angola werden die Portugiesen die gleiche Erfahrung machen.

Die Umwälzung

Wir sind Zeugen einer weitgreifenden geopolitischen und ideologischen Umwälzung, die den ganzen Planeten erfaßt. Der Osten steigt empor, die in üppiger Fruchtbarkeit sich ausbreitende farbige Welt in Asien, Afrika, Lateinamerika

steht im vollen Aufbruch, ihre Solidarität entwickelt sich trotz der Käuflichkeit und Rivalität einzelner Häuptlinge, Scheiche und Staatsführer. Die Tage der Restbestände des Feudalismus sind gezählt. Der Kolonismus und Imperialismus aller Formen, Schattierungen und Tarnungen liegt in Agonie. Die Völker wollen heraus aus Unfreiheit, Armut, Krankheit und Unwissenheit. Sie wollen keine westliche Scheindemokratie, die ihnen Korruption, aber keine raschen wirtschaftlichen und sozialen Reformen bringt. Südkorea hat ein drastisches Beispiel geliefert. Dort wurde das korrupte liberale Regime, das wirtschaftlich und sozial versagt hatte, gegen Amerikas Erwartung und Willen von einer Militärrevolte hinweggefegt, die die Parteien und Gewerkschaften aufgelöst, eine strenge Pressezensur verhängt und Massenverhaftungen vorgenommen, aber auch die Truppen dem UN-, also amerikanischen Oberkommando zunächst entzogen hat. Diese letztere Maßnahme allein hat den Zorn der amerikanischen Politik erregt. Denn ihr liegt erfahrungsgemäß weniger an der Form eines Regimes als daran, daß es zu Amerika hält. Daher unterstützt und erträgt es das harte Regiment ultrakonservativer Gruppen in Spanien, Pakistan, Iran, Südvietnam und auf Formosa. Vizepräsident Johnson hat denn auch bei seiner Besuchsreise in Asien bezeichnenderweise nichts über die Notwendigkeit der Stärkung einer echten Demokratie unter Tchiang Kai-schek gesagt. Auch die Generale in Südkorea werden es nicht besser machen; es ist ein Zwischenspiel. Die Massen werden sich nicht zufrieden geben, die Spannungen bleiben.

Immer mehr Bereiche der Erde geraten trotz westlicher Militär- und Entwicklungshilfe in den Sog des Neutralismus oder des Ostens. Auch die christlichen Kirchen des weißen Mannes, die mit dem verhaßten Kolonialismus identifiziert werden, sind von dem leidenschaftlichen Aufbruch betroffen. Nun ist es so weit gekommen: In Laos tritt Amerika vorbehaltlich einer Teilung des Landes nach berüchtigten Mustern (Deutschland, Korea, Vietnam, Jerusalem) erstmals für den Neutralismus ein, da es dort keine Möglichkeit mehr für die laotische Zugehörigkeit zum Westen sieht. Es hofft und wäre froh, so einer integralen kommunistischen Lösung für ganz Laos zu entgehen. Den Kommunisten wäre es ein Leichtes gewesen, ihren bevorstehenden, bereits weit vorgeschrittenen Sieg in Laos zu vollenden. Die Mäßigung der Sowjetunion hat ebenso wie ihre Zusammenarbeit mit den Briten viele überrascht. Aber eine temperierte eigenständige Politik Englands gegenüber dem Osten zeigt sich ja auch sonst: in der diplomatischen Anerkennung Chinas, in der sehr weitmaschigen Handhabung des Embargos über Hongkong, in dem Ausbau der Handelsbeziehung zu Moskau, der Veranstaltung einer britischen Industriemesse in Moskau und dergleichen mehr. Die Lawine des Friedenswillens der Menschen schwillt an. Sie verwerfen und ächten den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Krieg ist kein Weg zur Lösung von Problemen und Interessenkonflikten. Durch die wissenschaftlichtechnischen Fortschritte ist er ohnehin sinnlos geworden. Unter dem Druck unabhängig werdender Völker und den Auswirkungen der neuen strategischen Lage müssen Stützpunkte und Vorwerke abgebaut und aufgelassen werden. Die Militärbündnisse des Westens leiden Not. Die NATO kommt über ihre inneren Lockerungen und Lähmungen nicht hinaus. Und was ist aus dem ehemaligen Bagdadpakt, der jetzigen Cento, und der Seato geworden? Die Vereinigten Staaten haben sich als unerfahren und in ihren politischen Planungen als zu unentschlossen und schwankend erwiesen, um die Führung der Welt übernehmen oder halten zu können. Ihre internationale Geltung sowie ihr Einfluß in der UNO haben empfindliche Rückschläge und Einbußen erlitten. In der Raketentechnik und der Weltraumfahrt sind sie von den Sowjets überflügelt. Ihr Hang, immer wieder ihre Konzeptionen zu überprüfen und nach neuen zu suchen, hat Zweifel, Mißtrauen und Argwohn

bei ihren Verbündeten hervorgerufen. Ihre übermächtige Schiedsrichterrolle, die ihnen durch zwei Selbstzerfleischungen Europas in den Schoß gefallen ist, geht zu Ende. Sie werden sie nicht zurückgewinnen. Unter dem Einfluß des ständig steigenden Frauenüberschusses und des stürmischen Vordringens der Frauen auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens bahnt sich in den Vereinigten Staaten eine Frauenherrschaft, wennschon kein Matriarchat, an. Bei den Präsidentschaftswahlen gab es 3⅓ Millionen Frauenstimmen mehr als Männerstimmen. Die Frauen stellen 52 % der Aktionäre, 90 % aller Volksschullehrer sind Frauen. Sie und ihre Organisationen beherrschen das Leben in Gesellschaft, Familie und Erziehung, nicht selten auch in Wirtschaft und Politik. Hierin liegt eine Schwäche. In einer immer härter werdenden Welt des internationalen Wettbewerbs, der weltweiten Herausforderungen und ständigen Entladungen gefährlicher Spannungen erlauben diese biologischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse kaum eine für die Vereinigten Staaten günstige Prognose. Demgegenüber nimmt die sowjetische Energie, Zuversicht und Machtfülle zu, steigert der Ostblock seine politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Das mögen Binsenwahrheiten, Gemeinplätze sein. Aber es ist offensichtlich die Wirklichkeit, die immer wieder gerade auch im deutschen Interesse erkannt und festgestellt werden muß, um politische Fehlentscheidungen zu verhindern. Die Zeit arbeitet gegen den Westen. Stolze Positionen fallen oder sind gefährdet. Davor sollte eine deutsche Politik, die diesen Namen verdient, die Augen nicht verschließen.

Der Drang des Ostens nach „Westen"

Die Vorposten des Ostens stehen heute an Elbe, Werra und Fulda. Welcher Aberwitz wollte glauben machen, daß die seit 1945 eingetretenen grundlegenden Änderungen nicht endgültig seien, sondern rückgängig gemacht werden könnten? Die Entwicklung ist das Werk immanenter Aufbruchskräfte, die durch zwei Weltkriege und die russische Oktoberrevolution freigesetzt wurden. Sie vollzieht sich in Stößen und Schwingungen, langsamer oder schneller, vorübergehend scheinbar auch einmal unterbrochen, letzten Endes potentiell unaufhaltsam.

In Europa erscheint der Osten zunächst gesättigt. Hier ist er auf Sicherung, Festigung und Anerkennung des Erreichten durch die Gegenseite bedacht. Daher will er auch die Ersetzung des ungeordneten, gefährlichen labilen Besatzungsregimes durch einen oder zwei Friedensverträge. In diesem Lichte stellt sich die deutsche Frage dar. Immerhin ist die Oder-Neiße-Grenze international kaum mehr ernsthaft umstritten. Äußerungen de Gaules, Eisenhowers, Kennedys und britische maßgebende Stimmen haben das deutlich gemacht. Kennedy, mit den polnischen Radziwill verschwägert, ist mit den Stimmen der Polen seines Landes gewählt worden. In Italien haben die polnischen Staatsmänner bei ihrem Besuch in Rom von der christdemokratischen Regierung, die in Tuchfühlung mit dem Vatikan steht, offenbar beruhigende Zusicherungen erhalten. Aber sonst in der Welt dauern Initiative und Dynamik des Ostens an. Chrustschow ist in Europa ein Metternich und ein Richelieu in anderen Teilen der Welt, meinte der amerikanische Publizist Walter Lippmann nach seinem vielstündigen Gespräch mit dem sowjetischen Regierungschef.

Der Drang Chinas nach Süd- und Südostasien ist unverkennbar. Auch in Afrika, an der Adria, in Lateinamerika macht sich sein Einfluß bemerkbar. Seine Staatsmänner haben erklärt, daß es bei einem Krieg in Europa an der Seite der Sowjetunion und ihrer europäischen Verbündeten kämpfen werde. Mit seiner Aufnahme in die UNO ist in diesem Jahre zu rechnen. Dann werden die Gewichte der Weltlage weiter beträchtlich verschoben. Das Einvernehmen zwischen Moskau und

Peking ist selbstverständlich nicht bis in alle Einzelheiten vollständig. Auch in guten Ehen gibt es Meinungsverschiedenheiten und gelegentlich sogar Explosionen. China steht noch mitten in seiner revolutionären Periode. In der sowjetischen Politik treten auch konservative Züge auf. So ergeben sich ideologische Unterschiede im einzelnen, etwa in der Frage der Vermeidbarkeit von Kriegen, aber auch hinsichtlich des Tempos, der Taktik und Methode des Vorgehens, beispielsweise der Maßnahmen zur Einrichtung von Volkskommunen. Das kurzwellige Ungestüm Pekings muß von Moskau dann und wann auf lange Welle umgeformt werden. Der sowjetische Führungsanspruch wird von China offiziell nicht bestritten. Dies zeigt sich deutlich in der russischen Einflußnahme im chinesisch-indischen Konflikt und jetzt in der Genfer Laoskonferenz, bei der die bisherige, allgemein bemerkte chinesische Zurückhaltung zweifellos von Moskau erwirkt wurde. Die Sowjetunion und China sind für unabsehbare Zeit durch gemeinsame Lebensinteressen auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Manche im Westen wollen aus den gelegentlichen Unstimmigkeiten auf ein kommendes Zerwürfnis der beiden Giganten schließen. Solche Schlüsse sind voreilig und unrealistisch, sie entspringen einem spekulativen Wunschdenken. Ob Bündnis und politisches Zusammenspiel zwischen Moskau und Peking bereits zu einer echten Rollenverteilung entwickelt werden konnten, bedürfte einer besonderen subtilen Untersuchung.

Die amerikanische Politik und die westlichen Bündnisse NATO, CENTO, SEATO

Das weltweite amerikanische Bündnissystem kracht in allen Fugen. Die NATO, von gemeinsamer Furcht notdürftig zusammengehalten, ist von inneren Gegensätzen und Rivalitäten gelähmt. Von Einigkeit keine Spur. Auch die Ministerratstagung in Oslo hat die Verwirrung in der NATO nicht beseitigt. Alle deklamieren mit großartigen klirrenden Worten und verfolgen doch für sich ihre eigenen Interessen. So groß ist ihr gegenseitiges unterschwelliges Mißtrauen, daß der Versuch Amerikas, im Zweiergespräch mit der Sowjetunion zu einem Ergebnis bei der Abrüstung zu gelangen, in Oslo nur unter der Voraussetzung gebilligt wurde, daß es zu Verhandlungen auf breiter Basis und in enger Konsulation mit dem Atlantikrat kommt. Nicht einmal militärisch hat die NATO ihre Aufgabe und ihr Ziel, die Organisierung einer gemeinsamen Verteidigung für ihre Mitglieder, gemeistert und erreicht. Es fehlt ihr an einer klaren, realen Bereitschaft und Entschlossenheit zur Verteidigung. Dreimal in ihrer zwölfjährigen Geschichte hat sie die Grundlagen ihres militärischen Programms überprüft und geändert, wobei sich die Spannung zwischen ihren Atommächten und den anderen erhöhte. In Lissabon beschloß der Atlantikrat 1952 unter dem Eindruck des Koreakrieges die Aufstellung von zunächst 50 einsatzbereiten Divisionen noch im gleichen Jahr. Das stand auf dem Papier. Bald gab man es billiger; man wollte sich mit dreißig bescheiden. Auch sie sind noch nicht da. Die Unterbilanz an Soldaten sollte dann durch die Ausrüstung mit taktischen Kernwaffen ausgeglichen werden. Das hätte zur Folge gehabt, daß die Streitkräfte der NATO bei einem Krieg in Europa überhaupt keinen anderen Kampf als einen nuklearen hätten führen können. Dieser Zwangslage, nicht mehr zwischen verschiedenen Waffen wählen zu können, mußte Kennedy entrinnen. So gab er Ende März seinen Entschluß bekannt, „unsere Fähigkeit zu verstärken, unsere Reaktion auf nichtnukleare Waffen zu beschränken". Damit schien der von dem früheren und dem gegenwärtigen Generalsekretär sowie von Norstad nachdrücklich unterstützte Plan, eine Polaris-Streitmacht der NATO zu schaffen, diese also, wie auch der Herter-Plan vorsah, zur vierten gleichberechtigten Atommacht zu machen, aufgegeben oder in Frage gestellt. Bonn wurde von der Botschaft des Präsidenten in einem Zeitpunkt getroffen, da sich die Bundes-

wehr auf die gerade erhaltenen amerikanischen Artilleriegeschütze umstellte, die zum Abschuß atomarer Sprengköpfe bestimmt sind. Das war schockierend für den westdeutschen Verteidigungsminister.

Hat sich hierin nun seit Oslo und Kennedys jüngster Rede vor den beiden Häusern des kanadischen Parlaments etwas Wesentliches geändert? Wäre dem so, so gäbe das Anlaß zu bedenklichen Rückschlüssen auf eine fortdauernde makabre Unsicherheit der amerikanischen Politik, die ihre tastende Überprüfungs-Phase noch immer nicht abgeschlossen zu haben scheint. Den seinerzeitigen, allerdings umstrittenen Vorschlag, den NATO-Mächten hundert atomare Mittelstreckenraketen anzubieten, die ihrer gemeinsamen Kontrolle und Finanzierung unterstehen sollten, hat Außenminister Rusk in Oslo nicht mehr erwähnt. Statt dessen betonte er die Notwendigkeit einer Stärkung der herkömmlichen Streitkräfte und suchte dadurch einen Ausweg, daß er die amerikanische Bereitschaft bekanntgab, vorerst fünf, später weitere Atom-Unterseeboote mit Polarisraketen, einer strategischen, für sogenannte begrenzte Kriege kaum verwendbaren Kernwaffe, in den europäischen Bereich der Nato zu entsenden. Ihre Reichweite ist verhältnismäßig gering. Die Boote müssen also ohnehin in der Nähe Europas sein. Offenbar sollen sie innerhalb der Sechsten US-Flotte im Mittelmeer kreuzen, oder bei einem anderen amerikanischen Flottenverband im östlichen Atlantik stationiert werden. Sie unterstehen mit amerikanischen Besatzungen einem amerikanischen Admiral. Die Raketen bleiben unter amerikanischem Verschluß. Wie die übrigen Kernwaffen werden sie nur auf Befehl des Präsidenten eingesetzt. Das erweist sich auch deshalb als notwendig, weil die Treffsicherheit der Polarisrakete nicht allzugroß und vor allem auf Flächen-, nicht auf Einzelziele eingestellt ist und ihr Einsatz den der gegnerischen Interrakete zur Folge haben könnte. Das aber will Amerika unbedingt vermeiden. In Rusks Angebot liegt also kein besonderes Entgegenkommen. Es bildet keinen Anhaltspunkt dafür, daß Amerika bereit wäre, der NATO den Charakter der vierten Atommacht zu geben und das McMahongesetz zugunsten aller atlantischen Länder zu ändern. Die Polarisboote sind keine NATO-Abschreckungswaffe im engeren Sinne.

In Ottawa hat Kennedy die Stellungnahme seines Außenministers bestätigt. An erster Stelle hat er die Stärkung des konventionellen Potentials der NATO, die Erhöhung der Stärke und Beweglichkeit ihrer Truppen und die Modernisierung ihrer Ausrüstung als vordringlich bezeichnet und nur noch bekanntgegeben, die Vereinigten Staaten beschäftigen sich darüber hinaus mit dem Plan, eine Raketen-Seestreitmacht der NATO zu schaffen, die aber „jederzeit einer engen und elastischen politischen Kontrolle unterstehen müsse, die den Bedürfnissen der NATO-Länder Rechnung trage". Eine vorsichtige Beurteilung des zweiten Punktes erlaubt wohl die Ansicht, daß Kennedy von seiner Märzbotschaft nicht grundsätzlich abgehen wollte. Der Passus einer engen und elastischen politischen Kontrolle deutet darauf hin, daß an der Absicht, die Stufen der Gewalterwiderung zu vermehren, festgehalten wird. Im übrigen dürfte sich der Präsident klar darüber sein, wie schwerfällig und fragwürdig ein solcher kollektiver Apparat in einer Zeit rascher und akuter Krisen und Konflikte ist, die die Existenz von Mitgliedsstaaten unmittelbar berühren und rasche militärische Entscheidungen erfordern. Die Ankündigung des Planes einer atomaren Seestreitmacht der NATO mag eine Äußerung des Kalten Krieges sein. Unmittelbar veranlaßt dürfte sie durch besorgte Vorstellungen gewesen sein, wie sie im Gespräch des westdeutschen Verteidigungsministers mit dem Sonderberater Kennedys für NATO-Fragen, Professor Kissinger, wegen des beabsichtigten Vorrangs der Aufrüstung mit konventionellen Waffen zum Ausdruck kamen. Der Hinweis auf eine mehrseitige, jedoch elastische politische Kontrolle ist ganz offensichtlich mehr ein Vorbehalt als ein Zugeständnis.

Im Aufbau des nordeuropäischen Befehlsbereichs der NATO herrscht Durcheinander. Das NATO-Heer in Schleswig-Holstein und Dänemark untersteht dem Kommando Europa-Nord in Oslo, die Luftwaffe und Marine dem Kommando Europa-Mitte, im Kriegsfalle die Marine dem Befehlsbereich Nord. Diese Struktur kann im Ernstfall nicht funktionieren. Norstad möchte für Schleswig-Holstein und Dänemark ein einheitliches Kommando. Dänemark aber will nicht, daß dänische Truppen von einem deutschen General geführt werden, und schlägt eine Internationalisierung der Kommandospitze ohne deutsche Beteiligung vor. Dafür wiederum dürfte die Bundesrepublik nicht zu haben sein. Auch der etwaige Bonner Vorschlag, alle Streitkräfte in Schleswig-Holstein dem Kommando Europa-Mitte zu unterstellen, hat kaum Aussicht, angenommen zu werden. Die Tagung in Oslo hat weder dieses noch manch andere gewichtige Probleme lösen können, sie ist keinen Schritt weitergekommen. In dieser Lage sieht sich das europäische NATO-Hauptquartier Norstads (SHAPE) bei seinen gegenwärtigen Beratungen in Paris. Die Aussichten der konventionellen und atomaren Neuausrüstung der Streitkräfte der NATO sind für 1961 äußerst gering. Vielsagend erklärte der britische Minister Lord Home, „es würden alle militärischen Möglichkeiten bei einer militärischen Überprüfung berücksichtigt werden". Das war eine bittere Beruhigungspille.

Die Schwierigkeiten in der militärischen Planung der NATO wirken sich auf die Politik und Wirtschaft der Mitgliedsstaaten aus. Die Abberufung Spaaks und seine Ersetzung durch Stikker war ein Zeichen dafür, daß die strategische Konzeption Norstads und der Herterplan überprüft werden sollten und der Traum, die Militärallianz der fünfzehn Länder zu einem eigenständigen wirtschaftlichen und politischen Faktor zu entwickeln, zu Ende ist. In der Ziffer 10 des Osloer Communiqués wurde zwar noch mitgeteilt, daß die Minister auch die Probleme der langfristigen Planung auf den Gebieten der Politik und Wirtschaft erörtert und die Notwendigkeit einer engen laufenden Konsultation betont hätten. Und es war die Rede von einem großen allgemeinen politischen Planungsausschuß und kleineren Ausschüssen für Sonderprobleme. Sie alle sollen neben dem ständigen NATO-Rat gebildet werden. Der römische „Messagero" hat die Absicht sofort als Grundsteinlegung für ein ständiges, rasch funktionierendes System der verbindlichen Vorauskonsultation begeistert begrüßt. Die Londoner „Times" dagegen bewahrte Zurückhaltung und äußerte Zweifel. „In jeder Gruppe ist Zuflucht zu einem Ausschuß oft ein Zeichen von Schwäche", bemerkte sie lakonisch und fügte hinzu, solche Ausschüsse machten die Dinge nur verwickelter, wenn die üblichen Kontakte zwischen den Regierungen richtig benützt werden. Was in der Tat sollen derartige Einrichtungen angesichts der schweren realen Interessengegensätze innerhalb der NATO nützen können? Diese Gegensätze machen eine gegenseitige Konsultation immer schwieriger, häufig unerwünscht und unmöglich. Ausschüsse wirken nicht prompt. Sie fallen aus, wenn ein Land seinen politischen Kurs ändert oder sonst eigenmächtig vorgeht, ohne sich mit den anderen ins Benehmen zu setzen. Das zeigte sich in der Suezkrise 1956, in Algerien, im Kongo, in Angola. Mehrere NATO-Mitglieder haben sich denn auch in Oslo gegen den Plan ausgesprochen. Die Ziffer 10 des Communiqués war postumer Abgesang und abgeleierte Schallplatte. Kennedy selbst hat soeben die Probe aufs Exempel geliefert, indem er sich „einsam" und sensationell, über den Kopf der NATO hinweg, zu einem zeitlich vorgelegten persönlichen Treffen mit Chrustschow entschloß.

Die NATO ist, wie mehr und mehr zugegeben wird, veraltet. Seit 1949 hat sich in der Waffentechnik, Strategie und Politik so vieles verändert, daß ihre ursprünglichen Ziele und Methoden zum Teil gegenstandslos und unwesentlich geworden sind. In der Erkenntnis, daß eine stufenweise, kontrollierte Abrüstung beiderseits des EisernenVorhangs die einzige realistische militärische Lösung in Europa ist,

mehren sich die Stimmen, die fordern, daß vor allem dem wirtschaftlichen und ideologischen Druck des Ostblocks in nichteuropäischen Ländern standgehalten und entgegengewirkt werde, der Schwerpunpt der NATO also dahin verlagert werde. Aber das steht in weiter Ferne. Eines der großen Hindernssie für eine gemeinsame Natopolitik auf weltweiter Grundlage besteht in den Differenzen über den Kolonialismus. Widersprüche und Gegensätze in der Haltung der NATO-Mächte in der UNO und gegenüber den bündnisfreien Ländern werden hauptsächlich durch Kolonialprobleme verursacht. Einsichtslosigkeit wie die Portugals, das an der Fiktion festhält, daß Angola und seine anderen Kolonien einen Teil des Mutterlandes bilden (Frankreich behauptete das gleiche bis vor einiger Zeit von Algerien), zerstört nicht nur die Beziehungen zu den eigenen Kolonien, sondern gefährdet auch den Übergang vom Kolonialismus in den anderen Teilen Afrikas und vergiftet die allgemeinen Beziehungen zwischen dem Westen und den bündnisfreien Ländern.

Der Bagdadpakt ist durch den Austritt des Iraks auf die CENTO zusammengeschrumpft, deren Mitglieder Großbritannien, Pakistan, Persien und die Türkei sind. Amerika sitzt als Steinerner Gast dabei. Frankreich, um seine Levanteinteressen besorgt, tut nicht mit. Militärisch ist die CENTO unterentwickelt, politisch ist sie schwankend. Es gibt in den drei Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die im Schlagschatten der Sowjetunion liegen, keine militärische Kommandostruktur, kein zentrales Oberkommando mit Befehlsgewalt und keine militärischen Übungen über den Rahmen des Bataillons hinaus. Die Ausrüstung der Truppen ist veraltet, die militärtechnischen Kenntnisse sind gering. England allein stellt Streitkräfte für den Einsatz außerhalb seiner Landesgrenzen zur Verfügung. Wenn der persische Schah keine genügende militärische Unterstützung vom Westen erhält, kann er versucht sein, sein Risiko durch eine Rückversicherung bei der Sowjetunion zu decken oder sich zumindest dem Neutralismus zuzuwenden. Das aus der Teilung Indiens entstandene Pakistan leidet an dem scharfen Gegensatz zu dem nach Moskau orientierten Afghanistan und an der trotz allem fortschwelenden Spannung im Verhältnis zu Indien. Ohne das wirtschaftlich stärkere, aber der Zentrale in Karatschi nicht sehr freundliche Ostbengalen könnte das Land nicht leben. Angesichts der amerikanischen Indienpolitik hat die CENTO für Pakistan ihren Sinn verloren. Es ist daher im Begriff, in den Neutralismus abzuwandern. Die Türkei, die vor einiger Zeit durch einen Umsturz erschüttert wurde, ist zwar militärisch stark, konnte aber bisher weder seine drängenden landwirtschaftlichen Probleme lösen noch seine Industrialisierung verwirklichen. Infolge der drückenden Militärlast und der wirtschaftlichen Schwäche sind ihre Finanzen nicht geordnet. Ihre Zugehörigkeit zum westlichen Bündnissystem erscheint nicht mehr unbedingt gesichert. In Persien vollends herrschen Korruption der Verwaltung, parlamentarischer Sumpf, Massenelend und Unzufriedenheit der wachsenden mittelständischen Intelligenzschichten. Der Schah hat sich mit der Reformergruppe identifiziert. Bisher aber haben die das Land beherrschenden reichen Familien und Sippen die Bodenreform, die Beseitigung der öffentlichen Korruption, den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes und Neuwahlen verhindert. Durch Massenverhaftungen und die Entlassung von Generalen und Zivilbeamten soll der Widerstand gebrochen werden. Gelingt das nicht, behauptet sich die Mißwirtschaft der Clane und wird vor allem nicht die Verwaltungsreform entschieden vorangebracht, dann werden Neuwahlen, soferne sie nicht manipuliert werden, einen Erdrutsch nach links bringen, wo die mit dem Osten sympathisierenden Kräfte bereitstehen.

Der südostasiatische Pakt, die SEATO, wird von den drei ANZUS-Mächten, Australien, Neuseeland, USA und Großbritannien, Frankreich, Thailand, den Philippinen und wiederum Pakistan gebildet. Er ist im wesentlichen ein Bündnis der

westlichen Hauptmächte mit sich selbst. Seine Stütze ist die im Pazifik stationierte 7. US-Flotte. Ein Blick auf die in Südostasien bestehende strategische und politische Gesamtlage macht klar, wie fragwürdig das Gebilde der SEATO ist. Die Laos-Perspektive ist aufschlußreich genug. Thailand möchte einem gleichen Schicksal entgehen und scheint entschlossen, sein Heil ebenfalls in einer neutralistischen Politik zu suchen. Der chinesische Jargon nennt die SEATO einen Papiertiger.

Das Abseits Frankreichs und die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas

Die politische und strategische Spaltung Westeuropas dauert fort. Die Schlüsselfigur ist de Gaulle. In seiner Hand bleibt die Initiative in westeuropäischen Fragen. Er will Gloire und Grande Nation. Sein Frankreich soll im europäischen Konzert nie wieder die zweite Geige spielen müssen. Er ist „unglücklich darüber, daß die nukleare Verteidigung Europas ausschließlich in den Händen Großbritanniens und Amerikas liegt" (Macmillan in Boston). Er will die Aufnahme Frankreichs in den Atomklub. Auf dem Höhepunkt der algerischen Krise hat er einen weiteren nuklearen Sprengkörper explodieren lassen. Er will, daß die französische Wehrmacht aus Algerien in das Mutterland zurückkehren kann, um die Vormacht seines Landes in Europa in Erscheinung treten zu lassen und zu untermauern. Er erstrebt ein Karolingisches Kleineuropa, nicht die NATO, deren militärisches System er als „sogenannte Integration" disqualifiziert und als „überholt" abtut. Das NATO-Bündnis erscheint ihm als eine Beeinträchtigung seines militärischen und politischen Ehrgeizes. Die Streitkräfte Frankreichs sollen überwiegend national bleiben. Darum hat er wesentliche Teile der Flotte und Luftwaffe der NATO entzogen und das französische Territorium für Abschußrampen und andere Formationen Amerikas gesperrt. De Gaulle möchte nicht nur primus inter pares in der EWG, sondern auch westeuropäischer Chefsprecher gegenüber Amerika und Mitglied eines von Amerika, Großbritannien und Frankreich unter Ausschluß der Bundesrepublik zu bildenden Dreierdirektoriums sein. Eine Wiedervereinigung Deutschlands paßt unter diesen Umständen keineswegs in sein Konzept.

Es liegt auf der Hand, daß er mit seinen Plänen zu England und Amerika in Gegensatz gerät. Bei seinem Gespräch mit Adenauer am 19. Mai in Rhöndorf ist das hervorgetreten. Ob und inwieweit die Bundesregierung, allzusehr geneigt, dem französischen Staatspräsidenten ein williges Ohr zu leihen, eine Aushöhlung der NATO zugunsten der EWG sowie eine Diskriminierung der Bundesrepublik durch ein Dreierdirektorium und einen Atomklub der drei Westmächte ablehnt, ist nicht ganz klar. Die geplante Einrichtung einer jährlich viermal zusammentretenden ständigen Konferenz der Regierungschefs der EWG ist nur ein magerer Ersatz für die bisher von Frankreich mit Nachdruck betriebene Schaffung eines ständigen politischen Sekretariats der sechs EWG-Länder als Kernzelle einer westeuropäischen Regierung. Die Abrede vollends, die politische Zusammenarbeit über den Rahmen der EWG hinaus in der Westeuropäischen Union (WEU) zu verwirklichen, falls Großbritannien dem Vertrag von Rom nicht beitritt, ist unrealistisch, vielleicht sogar unseriös. Drückt sich in der eilfertigen Alternative nicht die Überzeugung aus, daß England niemals einer von Frankreich geführten politischen oder wirtschaftlichen Gemeinschaft wird angehören wollen, es sei denn, daß es hoffte, nach seinem Beitritt die EWG von innen her aufbrechen oder wenigstens ihre wirtschaftliche und politische Zielsetzung verwässern zu können? Vermutlich haben die Karolinger sogar den Wunsch, England von dem Naturschutzpark des kontinentalen Westeuropa fernzuhalten. Von de Gaulle weiß man es. Die Abneigung der Briten, der französischen Vorherrschaft Genüge zu tun, dürfte der Druck Amerikas nicht überwinden können, das aus politischen Gründen neuer-

dings für die EWG eintritt und bereit ist, deren ungünstige Auswirkung auf die amerikanische Ausfuhr hinzunehmen, weil es glaubt, in der Gemeinschaft der Sechs die Keimzelle für die politische Einigung Rumpfeuropas sehen zu können, das aus dem Zusammenbruch der NATO gerettet werden soll. Der Verbund der Mächte des Vertrags von Rom ist eine Sondergruppe innerhalb der NATO und schwächt diese entscheidend. So wirkt auch das Rhöndorfer Treffen der beiden westeuropäischen Erzarchitekten. Es verstärkt sich der Eindruck einer sich anbahnenden Flucht aus der NATO, deren Schicksal besiegelt erscheint, wenn Entspannung und Ausgleich zwischen den beiden Weltmächten erzielt werden. Die Komplikation ist beträchtlich. Sie wird weiterhin zunehmen. Was dann, wenn einmal die beiden Karyatiden de Gaulle und Adenauer unter dem Gebälke zusammenbrechen?

England sieht sich von der Bundesrepublik auf wichtigen Gebieten überrundet, von Frankreich politisch vor den Kopf gestoßen. Die westeuropäische Szene widerhallt von den Kampfparolen „Hie sechs, hie sieben; hier EWG, dort die EFTA!" Die ursprünglich für den 20. Mai vorgesehene Konferenz der Ministerpräsidenten der EWG mußte auf unbestimmte Zeit verschoben werden, sehr zur Verstimmung des Straßburger Europäischen Parlaments, das über die Gründe der Verschiebung nicht unterrichtet wurde. Nun soll sich das Parlament der WEU am 29. Mai in London mit der Frage des Eintritts oder der Assoziierung Großbritanniens oder einer Kompromißlösung beschäftigen. De Gaulle und Adenauer sprachen in Rhöndorf die Hoffnung aus, daß London bis dahin eine positive Entscheidung treffen oder auf der Konferenz wenigstens Stellung nehmen werde. Aber Handelsminister Maudling, früher der britische Wortführer für einen baldigen Beitritt oder eine sonstige Beteiligung Englands an der EWG, hat jüngst vor der Annahme gewarnt, daß Macmillan bereits auf der WEU-Tagung die Absichten Englands darlegen werde. Außer ihm haben der Premier, der Innenminister Butler, der Landwirtschaftsminister Soames und der Lordsiegelbewahrer und Europaminister Heath innerhalb weniger Tage im Unterhaus, vor der Presse, dem Landwirteklub und dem Auswärtigen Ausschuß der konservativen Fraktion zu dem Problem Stellung genommen, und alle machten Vorbehalte und betonten dessen Kompliziertheit sowie die Notwendigkeit, die besonderen Interessen der britischen Landwirtschaft und des Commonwealth zu wahren. Am 25. April hatte sich Macmillan auf Fragen im Unterhaus nochmals geäußert. Er sagte: Die beiderseitige informelle Diskussion solle fortgesetzt werden. Er würde es sehr bedauern, wenn förmliche Verhandlungen aufgenommen würden und diese zu keinem Ergebnis führten. Das würde böse Folgen für Europa als Ganzes haben. Es handle sich um eine sehr schwierige und verwickelte Angelegenheit. Die Frage sei, ob sich die britischen Verpflichtungen mit den Einrichtungen und dem Wirken des Gemeinsamen Marktes gemäß dem Vertrag von Rom in Einklang bringen ließen. Großbritannien müsse aus Gründen der Ehre und der Pflicht sehr bedeutende Interessen der britischen Landwirtschaft, des Commonwealth und der Partner der EFTA berücksichtigen. Ins Gewicht falle, daß die EWG — damit spielte Macmillan auf den schweren agrarpolitischen Gegensatz zwischen der Bundesrepublik und den anderen EWG-Mitgliedern an — sich selbst noch nicht genau über die Regelung ihres landwirtschaftlichen Systems schlüssig geworden sei. Es dürfe nichts überstürzt werden. Er glaube nicht, daß das Land zu einer Entscheidung aufgefordert werden solle, bevor das gesamte Projekt im Lichte anderer Schritte erörtert werden könne, die zur Koordinierung der Anstrengungen der freien Welt möglicherweise unternommen würden. Das ist in der Tat der entscheidende Punkt. Das Problem unterliegt der Strahlung der großen internationalen Politik, der Konfrontation zwischen Ost und West. Ehe nicht hier die Entscheidungen fallen oder sich wenigstens deutlich ab-

zeichnen, will sich England, das dem Grundsatz wait and see huldigt, nicht festlegen. An dieser Grundhaltung hat die überraschende Lobrede, die Lordsiegelbewahrer Heath am 18. Mai im Unterhaus auf die EWG hielt, wohl kaum etwas geändert. Ob die Europamarktaktion Lord Gladwyns, des ständigen britischen Botschafters bei den Vereinten Nationen — die Regierung solle „nach der notwendigen Konsultation mit Commonwealth und EFTA förmlich und ausdrücklich ihre grundsätzliche Bereitschaft erklären, der EWG beizutreten und die Einrichtungen des Vertrags von Rom anzunehmen" — stark genug ist, die Regierung von ihrer hinhaltenden, zwielichtigen Taktik abzubringen, ist fraglich. Die These, Macmillan wolle die öffentliche Meinung durch Heath und Gladwyn mürbe machen lassen, hat wenig für sich. Möglicherweise lag der konservativen Regierung daran, durch ein scheinbares „europäisches" Entgegenkommen ein günstiges Klima für den riesigen westdeutschen Waffenkauf im Werte von 2,2 Milliarden Mark zu schaffen. Die dänischen Regierungsleute haben sich bei ihrem Besuch in Bonn hinter England versteckt. Ihnen ging es ja nur um die Sicherung ihrer Agrarexporte in die Bundesrepublik. Sanguinische westdeutsche Gazetten jubelten schon und fabelten von dem sicheren Eintritt Großbritanniens, dem bevorstehenden Zusammenbruch der EFTA und dem Sieg Adenauers. Es ist offenbar schwer, realistisch zu sein.

Kennedy und Chrustschow in Wien

Im Anschluß an seine Besprechung mit de Gaulle wird der amerikanische Präsident mit dem Kremlchef, sei es mit, sei es ohne Außenminister zusammentreffen. Sein Entschluß wirkte überraschend. Benommen von den Fehlschlägen auf Kuba und in Laos, warf er seine früheren Vorbehalte gegen die Reise- und Gipfeldiplomatie seines Amtvorgängers hinter sich. Er änderte seine Meinung, daß ein solches Treffen monatelanger Vorbereitungen bedürfe, gab den Standpunkt auf, mit den Sowjets nicht zu verhandeln, wenn die militärische Entwicklung gegen die Vereinigten Staaten verlaufe, und dachte nicht mehr an seine Zusage, nicht ohne vorherige Konsultation der Verbündeten persönlich und zweiseitig Fühlung mit den Sowjets zu nehmen. Selbstverständlich hat er sich erst nach Beratung mit seinen Jungtürken, den „glänzenden jungen Leuten", mit denen er sich umgeben hat, zu dem Schritt entschlossen. Der Gründe gibt es genug. Auch der Druck der öffentlichen Meinung in Amerika zählt dazu. Die internationale Lage spitzt sich täglich mehr zu. Je weiter die Lösungen hinausgeschoben werden, desto ungünstiger sind die Ausgangspositionen für den Westen. Die Welt droht in den Abgrund zu stürzen, wenn sich nicht die beiden großen Gegner in guten, freundschaftlichen Beziehung zueinander finden. Die Fragen der kontrollierten endgültigen Einstellung oder der Wiederaufnahme der nuklearen Explosionen, der Verhinderung einer Anarchie in Kernwaffen, der Abrüstung und Schaffung kernwaffenfreier Zonen, der Beendigung oder wenigstens Stillegung des Kalten Krieges und nicht zuletzt das Berlin- und Deutschlandproblem drängen zur Lösung.

Die Flagellanten des Kalten Krieges verfolgen das Beginnen Kennedys mit Mißvergnügen. Die Masse der Friedensfreunde begleitet es mit vorsichtigen Erwartungen. Sie sieht darin die mögliche Eröffnung eines Weges zu diplomatischen Verhandlungen und zu Gipfelbegegnungen der Vier. Sie hoffen, daß das ernste und entscheidungsvolle Gespräch in Wien nicht in einer Atmosphäre „ultimativer Geisteshaltung" stattfindet. Heißsporne möchten, daß Kennedy mit einem kategorischen Stop! auftritt. Als ob er dazu Chrustschow gegenüber politisch und persönlich in der Lage wäre! Denn das große Handicap der amerikanischen Politik ist die russische Interrakete. Ihrem vernichtenden Beschuß soll das US-Territorium unter keinen Umständen ausgesetzt werden. Eine Anbahnung zum Frieden ist nur

möglich, wenn beide Seiten darauf verzichten, den anderen so unter Druck zu setzen, daß dieser in der Öffentlichkeit als der Erpreßte und Gedemütigte erscheint und das Gesicht verliert. Bei dem gegenwärtigen Spannungszustand steht zu viel auf dem Spiel. Einen Eklat wie seinerzeit zwischen Chrustschow und Eisenhower in Paris dürfte es voraussichtlich nicht geben. Die U-2 fliegen nicht mehr in die Sowjetunion ein, und Kennedy steht nicht wie Eisenhower am Ende, sondern am Anfang seiner Amtszeit. Man könnte zwar daran erinnern, daß Amerika in neuerer Zeit jedesmal Regierungen der Demokraten, nicht der Republikaner hatte, wenn es in einen Krieg eintrat. Das ist in den beiden Weltkriegen und bei Korea der Fall gewesen. Und unter den Beratern Kennedys mag sich aus der Zeit Trumans der eine oder andere befinden, dessen Name in fataler Weise mit der westdeutschen Aufrüstung verbunden ist. Aber eine solche Analogie verbietet sich wohl; dazu liegen die Dinge zu eindeutig.

Würde Wien scheitern, also klar werden, daß ein Ausgleich unmöglich ist, so würde ein verschärftes Wettrennen globaler Aufrüstung in Kernwaffen ausbrechen, der Kalte Krieg sich erhitzen und der Anfang vom Ende beginnen. Der US-Präsident wird nicht verkennen dürfen, daß die sowjetische Politik die baldige Regelung der Berlin- und Deutschlandfrage gebieterisch fordert, nicht nur wegen des Moskauer KP-Kongresses im Oktober, sondern weil die Sowjetunion die weitere, insbesondere atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu stoppen offenbar entschlossen ist.

Gefahr für die Deutschen

So ist die Weltlage, und so ist die Gefahr für die Deutschen. Keine andere Lösung als block- und atomfreie Neutralität Mitteleuropas unter der Gewährleistung von West und Ost führt aus dem unheilvollen Kreis der bisherigen Politik heraus. Nur auf diesem Wege kann sich die europäische Mitte zwischen Ost und West einrichten. Es widerspricht dem deutschen Existenzinteresse, sich zum Popanz und Werkzeug fremder Berechnungen machen zu lassen, zum Wachhund, den man auf scharf dressiert, aber an die Kette legt, indem man ihn integriert. Die Deutschen sollten gewarnt sein. Sie haben erfahren, wohin sie mit dem Marschieren und der Losung „Germans to the front!" kommen. Das Geschwätz vom begrenzten Krieg ist unverantwortlich, das hysterische Geschrei nach atomarer Aufrüstung gewissenlos, die Forderung der politischen und militärischen Integrierung eines künftigen Gesamtdeutschland in den Westen unrealistisch, bodenlos und zynisch. Es gibt keinen kleinen Krieg in Europa und schon gar nicht einen solchen mit taktischen Kernwaffen. Aus kleinen Kriegen entstehen erfahrungsgemäß große. Aus den kleinen Kriegen Hitlers gegen die Tschechoslowakei und Polen kam der Zweite Weltkrieg. Die Dinge haben sich in Europa derart kompliziert und zugespitzt, daß jeder hier entbrennende Krieg sofort zum Weltbrand würde. Das träte ein, wenn einer es unternehmen wollte, die DDR zu vereinnahmen. Wer möchte die Hand dazu bieten, daß Gottes Zorn wiedereinmal vor allem auf dieses zerschundene Europa gelenkt wird, damit auch diesmal Gottes eigenes Land nicht Zerstörungszone wird! Nur ein Wahnsinniger, der den Weltkrieg will oder in Kauf nimmt, könnte sich dazu verstehen. Es ist ungewiß, ob heute noch die deutsche Trennung durch Neutralität zu den Bedingungen des sowjetischen Angebots vom 10. März 1952 überwunden werden könnte. Sicher ist, daß die Zugehörigkeit der beiden deutschen Staaten zu gegnerischen Blöcken die Wiedervereinigung unweigerlich verhindert und daß deren Aussichten und Voraussetzungen umso ungünstiger sind, je länger die Inangriffnahme einer Regelung hinausgeschoben wird. Hinzu kommt, daß der Westen, besonders der europäische, die Wiedervereinigung gar nicht will. Er fürchtet ein wirtschaftlich überragendes und politisch zu einer Schiedsmacht aufsteigendes Gesamtdeutschland. Die westdeutsche Politik

ist festgefahren. Auf dem eingeschlagenen Wege kommt sie nicht weiter. Sie muß einsehen, daß im Osten kein Goldenes Vließ zu holen ist. Der Jason wäre da, und er möchte wohl, aber er kann und darf nicht, überdies fehlt ihm das Schiff Argo. Westdeutschland würde sich den Dank und die Achtung des überwiegenden Teiles der Weltmeinung verdienen, wenn es umkehren und zu einer aufrichtigen und konsequenten Politik der Verständigung übergehen wollte. Das wäre eine Tat von geschichtlicher Größe. Mit einem Schlage wären die gefährlichen Spannungen und die Gefahr eines Weltkrieges wesentlich vermindert und die Bahn zur Lösung weltweiter Probleme, auch der deutschen Frage, frei. Es wäre ein Akt weitschauender Klugheit und Weisheit. Die westdeutsche Politik würde so mehr erreichen als durch ein einsichtsloses, vertrotztes Beharren auf der bisherigen Haltung. Sie sieht doch, daß die amerikanische Politik in Überprüfung und Umbruch begriffen und dabei ist, das Schwergewicht ihrer Interessen nach Asien, Nah- und Mittelost, Afrika und Lateinamerika zu verlagern, und daß sich dadurch wie durch die waffentechnischen und strategischen Umwälzungen und das Abseits Frankreichs der Bündniswert Westdeutschlands für Amerika veringert. Auch die Ressentiments, die durch die Öffnung der Archive und den Eichmannprozeß gegen Deutschland neu entfacht werden, wiegen schwer. Trotz der starken Worte auf der NATO-Tagung in Oslo ist völlig ungewiß, wie weit der Westen in der deutschen Frage ernstlich gehen würde. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die amerikanische Öffentlichkeit Berlins wegen zum Kriege gebracht werden könnte. „Von Berlins Freiheit hängt unsere Ehre ab", versicherte die New York Herald Tribune. Gut, dieser Kodex und Kommet der Ehre. Aber wird man sich deswegen auf dem Paukboden treffen? Berlin sei nicht Laos, meint das amerikanische Blatt. Gewiß, aber Berlin ist auch nicht Pearl Harbour. Und Berlins und der diplomatischen Anerkennung oder Nichtanerkennung der DDR wegen werden sich Großbritannien und Frankreich niemals in einen kriegerischen Konflikt mit der Sowjetunion ziehen lassen. Sie könnten es auch gar nicht, selbst wenn sie wollten. Es genügt, auf Algerien und das Commenwealth hinzuweisen. Der Londoner „Guardian" hat in zwei Artikeln der Ansicht weiter britischer Kreise Ausdruck gegeben. Der Westen, sagte er, werde früher oder später die Rechtmäßigkeit der ostdeutschen Regierung anerkennen müssen. Die gegenwärtige westliche Politik sei nur unter der Voraussetzung sinnvoll, daß Berlin die Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sein werde. Aber wann werde dieser Tag kommen? Die Sowjetunion werde ein mit dem Westen verbundenes Gesamtdeutschland ebensowenig akzeptieren, wie die Westdeutschen die nationale Einheit um den Preis einer erzwungenen Neutralität wollten.

Die Phase euphorischer Phantasmagorie geht zu Ende. Es kommt der Tag, an dem sich die Bundesrepublik auf dem Prüfstand der Geschichte sehen wird, politisch und wirtschaftlich. Die Frage ist, ob dann ihre Bürger bereit und stark genug sind, der Gorgo der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen, ohne zu erstarren.

(Abgeschlossen am 25. Mai)

Harold Davies, M. P.

Positiver Neutralismus

Was bedeutet „positiver Neutralismus"?

Oft hört man die Ansicht, daß Neutralität das gleiche bedeute wie Isolierung und Verzicht auf eine verantwortliche Außenpolitik. In Wirklichkeit aber ist Neutralität etwas völlig anderes. Wir müssen zwischen der „Neutralisation" nach dem schweizerischen Muster und der positiven Neutralität, die seit etwa fünf Jahren eine so wichtige Rolle in der Weltpolitik spielt, einen scharfen Unterschied machen. Die Schweiz hat z. B. eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen stets als unvereinbar mit ihrer Neutralisation abgelehnt. Demgegenüber bedeutet positive Neutralität eine sehr aktive Beteiligung an der Weltpolitik. Die auswärtige Politik Indiens, der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) und Ghanas sind dafür deutliche Beispiele. Schweden mit seiner wichtigen Rolle in den militärischen Kontingenten der UNO im Mittleren Osten und im Kongo hat einen weit wichtigeren Einfluß auf der Weltbühne ausgeübt als europäische Länder ähnlichen Umfangs, welche dem einen oder anderen der beiden Blöcke angehörten.

Für Großbritannien käme der schweizerische Typ der Neutralisation aus einer Reihe von Gründen niemals in Betracht — man denke nur an seine Größe, seine wirtschaftliche Stellung, seine Traditionen usw. Kein Mensch hat jemals ernsthaft für Großbritannien diesen Typ der Außenpolitik vorgeschlagen. Der Geist des Protests und der großen Kundgebungen gegen die Kernwaffen in Aldermaston und Scarborough entsprang dem Wunsch nach Entspannung der Weltlage und verlangte eine aktivere und konstruktivere Teilnahme an der Weltpolitik, und nicht etwa einen Rückzug aus ihr. Genau dieser Geist gibt der Außenpolitik nahezu aller „neutralistischen" Länder Schwung und Richtung. Die Neutralität war dabei bis vor kurzem in der Hauptsache auf bestimmte Gebiete des Erdballs gerichtet: Mit anderen Worten, die neutralen Länder hatten das Ziel, ihre eigenen Gebiete und die ihrer Umgebung auf der Weltkarte aus dem Hahnenkampf des Kalten Krieges herauszuhalten. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, einen Blick auf vier Gebiete der Welt zu werfen: auf Asien, den Mittleren Osten, Afrika und Skandinavien.

Die gebietsweise Ausklammerung des Kalten Krieges

Vor einem Jahrzehnt war Asien der Schauplatz aufwühlender Auseinandersetzungen im Kalten Krieg. Ja, in Korea und Indochina war sogar offener Krieg zwischen den beiden Machtblöcken ausgebrochen. Die innere Stabilität anderer Länder Asiens, wie Burma, Malaya und Indonesien, war unter dem Druck des Kalten Krieges bedroht.

Von etwa 1955 an folgten jedoch Indien, Indonesien und Burma einem festen Kurs der Neutralität und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zu einer gewissen Stabilisierung der Lage auf dem asiatischen Kontinent. Man vergleiche dazu nur die Zustände in den Zeitabschnitten 1950/55 und 1955/60. Während der ersten Periode gab der Ferne Osten immer wieder Anlaß zu Schlagzeilen in der Presse: Kriege, Kriegsgerüchte und die Gefahr des Ausbruchs eines allgemeinen Krieges aus dieser Wetterecke ließen uns nicht zur Ruhe kommen. Aber in der zweiten Periode hielt die Spannung nur noch in der Straße von Formosa an. Vor kurzem kam es zu einer ernsten Krise in Laos, die der amerikanische Versuch entzündete, die Neutralisation Indochinas im Jahre 1954

zu umgehen, indem die USA die rechtsstehenden, pro-westlichen Kräfte in Laos gegen die neutralistische Regierung von Suvanna Phuma deckten. Aber selbst hier waren die beiden neutralistischen Länder Indien und Kambodscha in der Lage, eine wichtige Rolle bei der Entspannung und Begrenzung der Krise zu spielen. — Ferner kam die Frage der chinesischen Grenzen in den Vordergrung. Die Chinesen haben mit Nepal, Burma und Afhganistan Verträge ausgehandelt und unterzeichnet, die vermutlich eine stabile Lösung darstellen. Ihre Verhandlungen mit Indien sind noch im Gange. Kann man bezweifeln, daß diese Probleme weit ernstere Formen angenommen haben würden, wenn China's Nachbarn nicht neutralistisch gewesen wären, sondern militärische Stützpunkte der Amerikaner auf ihrem Gebiet gehabt hätten?

Werfen wir nun einen Blick auf den Mittleren Osten: hier sind die entsprechenden Zeitabschnitte die Jahre 1955/58 und 1958 bis zur Gegenwart. In die erste Periode fallen die Suezkrise, die Eisenhower- und Schepilow-Doktrinen, der syrisch-türkische Disput und die anglo-amerikanischen Landungen in Jordanien und im Libanon, die sämtlich mit dem Kalten Kriege zu tun hatten und einen Weltkrieg hätten auslösen können. In der zweiten Periode aber sind nahezu alle wichtigen Länder dieses Gebietes der Erde neutral geworden, und auch die Türkei, das mächtigste unter den noch blockgebundenen Ländern, hat versucht, sich aus einer aktiven Politik im Mittleren Osten zurückzuziehen und seine Energien seinen drängenden innenpolitischen Problemen zuzuwenden. Der Disput zwischen Ägypten und dem Irak vor 1938 war eine Affäre des Kalten Krieges, in welcher der Westen Nuri und Rußland Nasser deckte. Aber seitdem haben sowohl die VAR wie der Irak eine eindeutig neutrale Außenpolitik befolgt. Ihre Streitereien sind zu einer lokalen Angelegenheit geworden, sie sind nicht mehr eine Frage des Kalten Krieges. Im letzten Ergebnis sind die beiden Länder einander daher nicht mehr so feindselig gesonnen.

Afrika ist noch in dem Zustand, in dem der Ferne Osten vor zehn Jahren und der Mittlere Osten vor fünf Jahren war: es ist noch ein Schauplatz für den Hahnenkampf des Kalten Krieges. In deutlichster Form zeigt sich das im Kongo: der Osten steht hinter Lumumba und seinen Rechtsnachfolgern; der Westen hinter dem Regime Kasawubu-Mobutu. In Westafrika deckt Rußland Sekou Touré gegen die Schützlinge Amerikas: Houphouet Boigny oder Tubman. Im noch nicht unabhängigen Ostafrika läßt sich der eine Politiker nach Washington einladen, sein Rivale fährt nach Peking. Aber dennoch taucht aus diesem Sumpf der Typ einer nicht mehr so fernen Zukunft auf: Afrikanische Neutralität. Schon beginnt die Außenpolitik Ghanas eine stabilisierende Wirkung auf die Großmachtpolitik in Afrika auszuüben. Der Kongo war schlimm genug, aber wie schlimm wäre er erst geworden, wenn sich die Großmächte selbst eingemischt hätten?

Die gleiche Tendenz besteht auch in Europa. Schweden ist nicht nur selbst den rivalisierenden Machtblöcken ferngeblieben, es hat auch versucht, ganz Skandinavien aus ihnen herauszuhalten. Mehrfach war Schweden bemüht, eine skandinavische Allianz zusammenzubringen, die sowohl von der NATO wie vom Warschauer Pakt unabhängig sein sollte. Obwohl Norwegen und Dänemark in der NATO blieben, hat Schweden sein Ziel erreicht; denn beide Länder haben militärische Stützpunkte der Amerikaner auf ihrem Gebiet nicht zugelassen, während Finnland durchsetzte, daß die Sowjet-Stützpunkte auf seinem Gebiet aufgelöst wurden. Damit ist Nordeuropa von der physischen, tatsächlichen Anwesenheit der Großmächte frei. Die schwedische Neutralität hat eine ähnliche Rolle bei der Verwirklichung dieser Politik gespielt wie die indische

Neutralität, die in einem größeren Maßstab weite Gebiete Asiens von der physischen Anwesenheit der großen Mächte freihielt.

Das weltpolitische Ziel des Neutralismus

Unsere Untersuchung hat sich zunächst mit der regionalen Zielsetzung der neutralistischen Außenpolitik befaßt. Aber die Politik positiver Neutralität hat stets auch eine weltpolitische Seite gehabt: Nehru hat dies häufig ausgesprochen. Sie wünscht nicht nur ein einzelnes Gebiet der Erde vom Kalten Krieg zu befreien, sondern auch im Weltmaßstab als Mittler zwischen den feindseligen Machtblöcken aufzutreten.

Politisch kam dieses weltpolitische Element der positiven Neutralität bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1960 als eine selbständige Kraft in den Vordergrund. Damals schlossen sich die Neutralen zusammen, um die großen Mächte nicht nur in territorialen Fragen unter Druck zu setzen, sondern in Fragen der gesamten Menschheit, wie z. B. der Abrüstung, zu beeinflussen.

Die beiden großen Kernwaffenmächte haben in der jüngsten Zeit Zeichen einer neuen versöhnlicheren Haltung in der Weltpolitik gegeben; diese konziliantere Tendenz wird durch die Stimmung in den USA, die zur Wahl von Mr. Kennedy führte, und durch Chrustschows Bemühungen in seinem eigenen Lager symbolisiert. Bei beiden Entwicklungen haben die wachsende Macht und der Einfluß der neutralistischen Länder eine äußerst wichtige Rolle gespielt. Ja, je stärker der Einfluß der neutralen Nationen wurde, um so mehr neigten auch die beiden großen Mächte zu einer konzilianteren Haltung.

Es ist bezeichnend, daß die neuen Männer der Ära Kennedy den Ansichten und der Politik der Neutralen einen außerordentlichen Wert beimessen. Die Ernennung einer so liberalen und machtvollen Persönlichkeit wie Adlai Stevenson zum Vertreter der USA bei den Vereinten Nationen — also zu einer Schlüsselstellung dort, wo man die Meinung der Neutralen am besten erfahren kann — ist für diese neue Auffassung symptomatisch. Die Moskauer Erklärung der kommunistischen Parteien unterstreicht ihrerseits die wichtige Rolle der Neutralen bei der Erhaltung des Weltfriedens. Eines der wichtigen Argumente Chrustschows gegen die Kalten Krieger in seinem eigenen Lager war ganz deutlich das, daß die kommunistischen Mächte die Neutralen, die man im Parteijargon bekanntlich als „Staaten mit nationaler Demokratie" bezeichnet, nicht gegen sich aufbringen dürften.

Wir erkennen daher, daß der Neutralismus eine starke und in wachsendem Maße einflußreiche Kraft ist, obgleich er in sich viele verschiedene Schattierungen aufweist. Welche Rolle könnte ein neutrales Großbritannien in dieser zunehmend neutralistischen Welt spielen?

Die Politik, die ein neutralistisches Großbritannien in Europa befolgen sollte

Die zwei wichtigsten Linien der Politik neutraler Länder — die regionale und die globale Linie — haben wir skizziert. Ein neutralistisches Großbritannien hätte seine Außenpolitik in ähnlicher Art zu entwickeln — d. h., es würde eine spezifisch europäische Linie und eine generelle internationale Linie zu verfolgen haben. Wir wollen zunächst etwas genauer untersuchen, was ein positiver Neutralismus für die britische Politik in Europa bedeuten würde.

Das Ziel der britischen Politik würde dann sein, auf ein physisches Disengagement, also auf den Abzug der militärischen Kräfte der Großmächte aus ganz

Europa hinzuarbeiten und für die Sicherheit Großbritanniens im größeren Zusammenhang eines Europa, das auf der Basis positiver Neutralität geeint ist, zu sorgen. Wir haben gesehen, wie Schweden in der Lage war, für Nordeuropa etwas zu erreichen, was diesem Ziele nahekommt: Zumindest das physische Disengagement der Großmächte ist in Skandinavien eine Tatsache. Könnte Großbritannien für ganz Europa dasselbe tun, was Schweden für Nordeuropa bereits getan hat?

Drei Länder Nordeuropas — Schweden, Norwegen und Dänemark — sind sämtlich Partner Großbritanniens in der EFTA, der Europäischen Freihandelszone. Das vierte nordische Land, Finnland, dürfte der EFTA demnächst beitreten. Zwei weitere Partner Großbritanniens in der EFTA — Österreich und die Schweiz — sind gleichfalls Neutrale. Von den sieben Ländern der EFTA, die eines der wichtigsten Verbindungsglieder Großbritanniens zum Kontinent darstellt, sind mithin drei Länder eindeutig Neutrale und zwei weitere Länder haben ein tüchtiges Stück des Weges zur Neutralität hinter sich. EFTA bildet also bereits eine sehr wichtige Ausgangsbasis für eine europäische Politik eines neutralen Großbritannien.

Das siebente EFTA-Mitglied, das faschistische Portugal, ist ein Sonderfall. Die Pläne, Portugal in EFTA zu integrieren, hinken um etwa zehn bis zwölf Jahre hinter denen der anderen sechs Länder hinterher. Portugal könnte einem Völkerverband, dessen sämtliche anderen Mitglieder voll und ganz neutralistisch wären, sehr wohl den Rücken kehren.

Schon die bloße Tatsache eines britischen Austritts aus der NATO würde in Europa gewaltige Rückwirkungen auslösen. Die neutralistischen und potentiell neutralistischen Kräfte, die es sonst noch in Europa gibt, würden dadurch hervorgelockt und in eine konstruktive Richtung gelenkt werden. Denn es muß ganz deutlich gesagt werden, daß die Bewegung gegen die amerikanischen Stützpunkte in Großbritannien keineswegs eine vereinzelte Erscheinung ist. Diese Bewegung hat bei uns ihre besondere Form — die Form der Entschließung der Labour Party auf ihrem Kongreß in Scarborough —, bedingt durch die besondere Struktur der britischen Politik und die Auswirkungen des Zweiparteien-Systems. Aber es gibt ungezählte Anzeichen für die gleiche Tendenz in ganz Europa. In Westdeutschland hat sich eine spezifisch neutralistische Partei zur gleichen Zeit formiert, zu der Bonn selbst vorsichtig versucht, in den Ländern Osteuropas vorzutasten, um seine Beziehungen zu diesen Ländern zu verbessern. In Frankreich haben sich die latent stets vorhandenen anti-amerikanischen Tendenzen des Gaullismus an bestimmten Punkten wieder verhärtet — wie z. B. an dem Problem amerikanischer Kampfflugzeuge auf französischem Boden und an der Frage des amerikanischen Kommandos über die französische Mittelmeerflotte. Auch liegen die Anzeichen für Neutralismus durchaus nicht nur auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs. Jugoslawien hat sich von einer erneuten Verbindung zum kommunistischen Block wieder gelöst und pocht immer mehr auf seine Neutralität. Kann irgendjemand daran zweifeln, daß auch Gomulka sich das Leben leichter machen würde, indem er sich noch mehr einer neutralistischen Politik nähert, wenn nur ein fester Kern neutralistischer Mächte ihm das möglich machen würde? Gewiß würde Polen sich zu einer Mitgliedschaft in einer EFTA, die weitgehend neutralistisch ist, sehr hingezogen fühlen. Seine wirtschaftlichen Bindungen an Rußland sind kaum enger als die Finnlands, das bereits um Aufnahme in EFTA nachgesucht hat. Eine EFTA, die auf einige Länder Osteuropas erweitert wäre, könnte bestimmt eine wichtige Hilfe bei einer der bedeutendsten Aufgaben eines neutralistischen Großbritan-

nien sein: bei der Aufgabe, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu verbessern.

Großbritannien wäre dann in der Lage, den übrigen Ländern Europas Vorschläge für eine schrittweise politische und wirtschaftliche Einheit des Kontinents auf der Basis der Neutralität zu machen. Eine Art von gigantischem Rapacki-Gaitskell-Plan wäre dann das endgültige Ziel, um das Europa sich selbst bemühen könnte, bevor es ihm eines Tages eine sowjetrussisch-amerikanische Vereinbarung als Schema auferlegen könnte.

Die EFTA könnte also den Ansatzpunkt und festen Kern eines solchen geeinten Europas bilden, wobei Neutralität der immer einflußreichere gemeinsame Nenner der Außenpolitik der europäischen Mächte sein würde.

Wenigstens würde ein Europa, das auch nur teilweise unter Disengagement steht, ein weiteres wichtiges Gebiet der Welt aus dem machtpolitischen Kampf zwischen USA und UdSSR ausklammern. Das Ziel der Isolierung des Konflikts wäre insofern erreicht.

Das Commonwealth: ein Bund von Neutralen

Stets war es eine lebenswichtige Aufgabe der britischen Außenpolitik, unsere speziellen Verbindungen zu den unabhängigen Mitgliedern des Commonwealth zu erhalten. Aber das Commonwealth ist kein statisches Gebilde mit starrer politischer Haltung. Vielleicht erläutert diesen Punkt nichts besser als die Haltung der einzelnen Commonwealthländer zum Kalten Kriege. Vor zehn Jahren konnte man noch getrost sagen, daß das Commonwealth eine Art Anhängsel an die Macht des Westens war. Jetzt aber ist das Bild vollständig anders. Drei Mitgliedsländer des Commonwealth sind fest und unerschütterlich neutralistisch: Indien, Ghana und Ceylon. Seine meisten anderen afro-asiatischen Mitgliedsländer verfolgen mehr oder weniger eine neutralistische Politik. Führende Politiker in Gebieten wie Tanganyika und Nyassaland haben ihre Absicht erklärt, eine neutralistische Politik zu verfolgen, sobald ihre Länder unabhängig werden.

In Kanada zeigen sich starke neutralistische Strömungen, insbesondere in der New Socialist Party, aber auch in der Liberalen Opposition. In Australien war die Labour Party über Australiens militärische Bindungen an den Westen stets unglücklich, und dies ist noch deutlicher hervorgetreten, seit sich der pro-amerikanische rechte Flügel in der Democratic Labour Party aus der Partei gelöst hat. Der Ausschluß Südafrikas — das für den Westen großen strategischen Wert hat — aus dem Commonwealth bedeutet eine weitere und höchst wichtige Stufe in seiner Evolution. Er bewies, daß die Ansichten und Ideale seiner afro-asiatischen Mitglieder in der Gemeinschaft immer mehr zählen — Ansichten und Ideale, die zu denen eines neutralistischen Großbritannien gut passen würden.

Großbritanniens eigenes Disengagement von seinen imperialen Machtpositionen

Damit kommen wir auf ein grundsätzliches Erfordernis für ein neutralistisches Großbritannien zu sprechen: Es muß sein „Imperiales Disengagement", d. h. den Rückzug seiner Truppen und militärischen Stützpunkte aus der alten Zeit des Imperium Britannicum, des britischen Weltreichs, zu Ende führen. Dieser geschichtliche Prozeß ist selbstverständlich schon sehr weit fortgeschritten. Aber immer noch hat Großbritannien eine erhebliche Anzahl von Stützpunkten und Truppen in Übersee: in Libyen, Zypern, auf der arabischen Halbinsel, in

Kenya, Malaya, Nigeria und an anderen Punkten des Erdballs. Bei einigen handelt es sich um „imperiale" Verpflichtungen, wie in Kenya; andere sind einfach Teil der Allianzstruktur, wie in Libyen. Wie wir aber gezeigt haben, sind unsere imperialen Verpflichtungen und unsere Stellung in der westlichen Allianz eng miteinander verwoben. Ein Großbritannien, das die NATO verläßt, sich aber immer noch an die Überreste seiner imperialen Vergangenheit klammert, würde in der Welt nahezu restlos isoliert sein. Umgekehrt würde uns eine Politik positiver Neutralität eine gewaltige Hilfe dabei sein, gute post-imperiale Beziehungen zu den neuen Staaten aufzubauen. Ein erheblicher Teil des Prestiges, das Großbritannien aus seiner Politik der Dekolonisation (z. B. in Afrika) hätte gewinnen können, ist ihm ja deshalb verloren gegangen, weil es durch die NATO mit der französischen Politik in Algerien, dem Kolonialregime Portugals und mit all' dem verbunden war, was die Afrikaner als amerikanischen „Neokolonialismus" oder als ökonomischen Imperialismus zu bezeichnen pflegen.

Der Eckstein der Weltpolitik eines neutralen Großbritannien wäre es, gute Beziehungen zu den afro-asiatischen Ländern herzustellen. Was europäische Neutrale in dieser Hinsicht erreichen können, haben sowohl Schweden wie Irland und Jugoslawien bewiesen. Großbritannien könnte und sollte natürlich nicht einen neutralen „Block" formieren. Der Typ politischer Beziehungen, wie wir sie mit den unabhängigen Commonwealthländern haben, ist genau der Typ von Beziehungen, die wir zu den übrigen Neutralen pflegen sollten: ein Maximum an Beratung und Zusammenarbeit und ein Mimimun an formalen Bindungen — gleich welcher Art und Verpflichtungen. Die gegenwärtigen Führer der neutralistischen Länder treffen sich häufig zu informellen Aussprachen. Der Premierminister eines neutralistischen Großbritannien sollte versuchen, solche Zusammenkünfte zu fördern, die vielleicht in jedem Herbst stattfinden könnten, wenn man dem ausgezeichneten Vorbild des Treffens der Regierungshäupter gelegentlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen im vergangenen Herbst folgen will.

Die Vereinten Nationen

Das vordringlichste Ziel einer britischen Außenpolitik muß die Umformung der UNO zu einer wirksameren Autorität auf dem Erdball sein. Nahezu jede programmatische Äußerung der Labour Party enthält diese Forderung als eine Hoffnung für die Zukunft. Aber sie ist von der politischen Realität der Gegenwart weit entfernt. So bietet man uns denn eine Analyse der jeweiligen internationalen Szene und kommt dann mit einem kühnen gigantischen Sprung zu einer ehrenwerten Proklamation für das hohe Ziel einer Weltregierung. Eigentlich sollte es niemanden wundern, daß die Lücke zwischen der Wirklichkeit in der Gegenwart und der Zielsetzung für die Zukunft in den Menschen ein Gefühl bitterer Enttäuschung auslöst!

Aber bedeutet das, daß die Lage hoffnungslos ist? Nein! — nur muß man sich mit den echten Kräften befassen, die in den UN an der Arbeit sind. Die UN können sich ihrem Wesen nach nur zu einem Organismus entwickeln, der seine Gestalt und seinen Einfluß aus den praktischen Aufgaben entwickelt, die in der Welt vorliegen, und in dieser Form entsteht dieser Organismus buchstäblich vor unseren Augen. Seine Entwicklung vollzieht sich allmählich aus der Idee militärischer oder politischer Aktion an den Krisenpunkten des Erdballs. Die Sinai-Halbinsel und der Kongo sind lediglich zwei solcher Punkte, an denen solche Krisen ganz besonders dramatische Formen angenommen haben. Nun kam es in allen diesen Fällen durch die Neutralen zu einer Initiative der UNO. Dies hatte seinen guten Grund. Denn es kann nur dann zu einer Aktion der UNO kommen,

wenn die Mitgliedsnationen den höchsten gemeinsamen Nenner der Übereinstimmung erreichen.

Um aus den UN eine Autorität für die gesamte Menschheit zu machen, könnte ein neutrales Großbritannien sich noch für andere Entwicklungslinien einsetzen. Eine große Schwäche der UN liegt z. B. darin, daß der Sicherheitsrat kein echter Repräsentant ihrer gesamten Mitgliedschaft ist. Seine Zusammensetzung ist zugunsten Amerikas stark verzerrt — z. B. durch den Ausschluß der Volksrepublik China von einem gerechten Anspruch auf Sitz und Stimme, durch die Zuteilung eines Sitzes an die Türkei als „Vertreter Osteuropas" im Sicherheitsrat und durch die übergewichtige Vertretung Lateinamerikas als Überbleibsel aus jener Zeit, als dieser Kontinent nahezu die Hälfte aller Mitglieder der UNO stellte.

Während der Sitzung des Jahres 1960 traten die Neutralen fest für die Zulassung Chinas und für die Erweiterung des Rates der UN durch eine stärkere Vertretung der Afro-Asiaten ein. Wenn ein neutrales Großbritannien zusammen mit seinen Freunden diese Anträge gleichfalls einbringt, so wird es zu ihrer erfolgreichen Annahme kommen.

In neuerer Zeit ist die ehemals starre Regel der UNO, daß „innere Angelegenheiten" der Mitgliedsländer nicht diskutiert werden dürften, endlich gelockert worden. So kam es im vergangenen Jahr zu einer Debatte über das Gemetzel von S h a r p e v i l l e und in letzter Zeit über Portugals „afrikanische Provinz" A n g o l a. Wenn ein neutrales Großbritannien von seinen Verpflichtungen gegenüber seinen militärischen Alliierten frei ist, könnte es auch diese Tendenz in der Entwicklung der UNO unterstützen.

In unzähligen anderen Fragen — wir nennen nur die Erweiterung der Vollmachten und der Autorität des Internationalen Gerichtshofes, sowie die Vergrößerung und Verbreiterung der Basis des UN-Sekretariats — ist Großbritannien heute an einer konstruktiven Initiative verhindert, weil die neuen Nationen es schon mit Mißtrauen ansehen, wenn solche Anträge von einem Land, das ein integraler Teil eines der beiden Machtblöcke ist, auch nur eingebracht werden. Wir haben dargelegt, daß die Initiative in diesen Richtungen stets am besten von den blockfreien Nationen ausgeht. Ein neutrales Großbritannien wäre in einer starken Position, entsprechende Entwicklungen der Vereinten Nationen zu fördern.

W i l l i a m W a r b e y , M. P.

Brennpunkt Vietnam

Die gegenwärtige Lage in Südost-Asien ist eine direkte Entwicklung der Ereignisse von 1954. In jenem Jahr hat Anthony E d e n , damals britischer Außenminister, mit der linken Hand die Genfer Abkommen und mit der rechten den Südost-Asien-Pakt unterzeichnet. Auf der Genfer Konferenz unterstützte er die Politik der Beendigung des Heißen und Kalten Krieges in I n d o c h i n a , einer echten Unabhängigkeit für V i e t n a m , L a o s und K a m b o d s c h a und der Wiedervereinigung V i e t n a m s durch freie Wahlen. Auf der Konferenz von Manila förderte er eine Politik der Errichtung eines antikommunistischen Militär-

blocks in Südost-Asien, der Fortsetzung des Kalten Krieges und der Vorbereitung für den Heißen, des Bestrebens, Laos und Kambodscha in das westliche Lager zu ziehen, einer Teilung Vietnams an der zeitweiligen Demarkationslinie am 17. Breitengrad und der Umwandlung Süd-Vietnams in einen amerikanischen Satelliten.

In seinen Memoiren erklärte Sir Anthony, daß er diesen Schritt unternommen habe, um die Amerikaner zu beschwichtigen, die gegen die Vietminh Atomwaffen in Dien Bien Phu und sogar gegen die chinesische Volksrepublik einsetzen wollten. Wie wohlbekannt ist, verließ damals John Foster D u l l e s ärgerlich die Genfer Konferenz, und sein Stellvertreter weigerte sich, die Vereinbarungen zu unterstützen. Er sagte lediglich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Übereinkommen nicht mit Gewalt umstoßen wolle! Und so wurde die SEATO (South-East-Asia-Treaty-Organisation) gegründet, um die Amerikaner nicht das Gesicht verlieren zu lassen.

Von Anfang an war die SEATO eine von den Amerikanern beherrschte Organisation, gedacht als ein Glied in der anti-chinesischen Politik der US-Regierung und auf die Schaffung eines feindseligen Ringes rund um die chinesische Volksrepublik gerichtet. Für diesen im Kerne aggressiven Zweck wurde die „Schutz-Zone" des Südost-Asien-Paktes ausgedehnt — ohne daß die betroffenen Völker gefragt worden sind —, um auch solche Nichtmitglied-Staaten wie Laos, Kambodscha, den südlich des 17. Breitengrades gelegenen Teil Vietnams zu erfassen. Innerhalb dieses Gebietes selbst verpflichteten sich die Unterzeichner des Vertrages, gegen „kommunistische Aggression" (nicht auch gegen andere Formen der Aggression!) und gegen sogenannte „subversive Aktivitäten" zu intervenieren. Auf diese Weise haben sich die Amerikaner eine Blankovollmacht für ihre eigene Intervention verschafft und einen Vorwand, um den Volkskräften innerhalb der betreffenden Länder entgegenzutreten.

Von Anfang an war also die Haltung der Amerikaner klar und unzweideutig. Sie haben die ganze Zeit über die Erfüllung der Genfer Vereinbarungen bekämpft, und fahren fort, sie zu bekämpfen. Auf der anderen Seite hat sich die britische Regierung in eine Lage hineinmanövriert, in der sie gezwungen ist, ein Doppelspiel zu spielen. Als, neben den Russen, gleichberechtigter Vorsitzender der Genfer Konferenz von 1954 hat der britische Außenminister wiederholt geäußert, er bemühe sich um eine Erfüllung der Genfer Abkommen. Als Vertragspartner von SEATO muß er die Aktionen der Amerikaner und ihrer Helfershelfer unterstützen, eben diese Vereinbarungen zu sabotieren. Zur gleichen Zeit ist sich die britische Regierung darüber im klaren, daß Großbritannien als Ergebnis der anglo-amerikanischen Allianz und des Vertrauens auf den „Schutz" durch amerikanische Atomwaffen peinlich verstrickt werden könnte in die Folgen irgendeines amerikanischen Abenteuers in den pazifischen Gebieten oder in Asien. Die britische Regierung versucht deshalb immer dann einen mäßigenden Einfluß auf die amerikanische Politik auszuüben, wenn diese einen zu offensichtlich aggressiven Charakter annimmt.

Was für praktische Konsequenzen haben sich vor diesem Hintergrund der teilweise widerspruchsvollen Haltungen und Motive der Westmächte für die Völker von Laos, Kambodscha und Vietnam ergeben?

K a m b o d s c h a ist von den dreien am glücklichsten gewesen. Unter Prinz S i h a n o u k ist die Regierung von Kambodscha in der Lage gewesen, eine strikt neutrale Politik mit der vollen Unterstützung der großen Masse des Volkes zu verfolgen. Während die amerikanische Hilfe hauptsächlich militärischen Charakter hatte, ist die chinesische Unterstützung rein wirtschaftlich gewesen, mit dem

Resultat, daß die Chinesen populärer als die Amerikaner sind. Die Amerikaner haben versucht, Kambodscha vom Neutralismus wegzuziehen. Sie haben aber keinen Erfolg gehabt, hauptsächlich deshalb, weil es dort keine nennenswerten inneren Kräfte gibt, die bereit wären, sie hierin zu unterstützen.

In Laos waren die Amerikaner zuerst bereit, vorsichtig zu sein, sich mit Zahlungen für das Militärbudget der laotischen Regierung zufrieden zu geben und unter der Hand Druck auszuüben gegen die Ausführung des Genfer Abkommens, das die Eingliederung der Pathet-Lao-Truppen in die königliche laotische Armee und die Aufnahme der politischen Führer in Parlament und Regierung des Landes vorsah. Sie wurden zur Demaskierung gezwungen, als, zu ihrem Entsetzen, Prinz Souvanna Phouma mit Hilfe der internationalen Kontroll- und Überwachungs-Kommission zu einem Übereinkommen mit Prinz Souphanouvong, dem Führer der Pathet-Lao- und der Neo-Lao-Haksat-Partei, kam. Seitdem gibt es eine Geschichte zunehmender Intervention der Amerikaner, zuerst überwiegend in der Form politischen Druckes, dazu bestimmt, die rechten Kräfte zu ermutigen, aber später einen direkten militärischen Charakter annehmend. Der Höhepunkt kam im Winter 1960/61 mit dem offenen Bürgerkrieg, in dem Amerika und Rußland die sich gegenüberstehenden Seiten unterstützten. Als es jedoch klar wurde, daß nur wenige Laoten bereit waren, für „the American way of life" zu kämpfen und zu sterben, akzeptierten die Amerikaner die Konzeption der Neutralität, um nicht etwas noch schlechteres zu kriegen. So sind sie wieder einmal, zwar widerstrebend, an den Konferenztisch von Genf gebracht worden.

Von den drei Staaten hatte Vietnam das bei weitem schlechteste Schicksal. Hier gab es eine klare, fortgesetzte und sich ständig steigernde amerikanische Intervention. Während sich nördlich des 17. Breitengrades die Demokratische Volksrepublik auf der Basis der Unterstützung seitens des Volkes und unter der weisen Führung des Präsidenten Ho Chi Minh fest etabliert hat, wurde im Süden das System Ngo Dinh Diems zunehmend korrupter, diktatorischer und reaktionärer. Trotz der wachsenden Opposition im Volke sind die Kräfte um Diem bis jetzt in der Lage gewesen, sich an der Macht zu halten, und dies einzig und allein mit Hilfe von amerikanischen Waffen und amerikanischem Geld.

Die Amerikaner haben Jahr für Jahr das ganze Militärbudget Diems bezahlt. Sie haben auch bedeutende Wirtschaftshilfe geleistet, die vergeudet wurde, um Spekulanten und Profitsüchtige zu bereichern. Ein hoher amerikanischer Beamter sagte mir, als ich 1957 in Saigon war: „Wir wissen, daß es Korruption und Spekulation gibt, aber wir glauben an die freie Wirtschaft. Deshalb müssen wir es zulassen, daß unsere Wirtschaftshilfe durch die Kanäle der privaten Importeure und Großkaufleute geht."

Unter amerikanischem Antrieb handelnd, hat Diem fortgesetzt die Tätigkeit der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission ignoriert oder eingeengt. Immer und immer wieder hatte die Kommission in ihren offiziellen Protokollen über eine Verweigerung der Zusammenarbeit seitens der südvietnamesischen Behörden zu berichten. Hierzu steht die Haltung der Demokratischen Volksrepublik in Widerspruch, die, nach den offiziellen Protokollen, der Kommission jede mögliche Hilfe bei der Ausführung der ihr von der Genfer Konferenz übertragenen Aufgaben gewährt.

Diese gegensätzliche Einstellung tritt klar zu Tage bei den wichtigsten Fragen, mit denen sich die Genfer Konferenz befaßt hat. Da ist zum Beispiel das wichtige Problem der Garantierung demokratischer Freiheiten, insbesondere für diejenigen, die am Befreiungskrieg teilgenommen haben. Dieses Problem wird geregelt in Artikel 14 c des Genfer Abkommens. § 15 des zehnten Zwischenberichtes der

Internationalen Kommission stellt fest: „Die Kommission überprüfte die Situation und stellte fest, daß in bezug auf 64 Beschwerden gem. Artikel 14 c, auf die bereits im neunten Zwischenbericht Bezug genommen wurde, und 27 neuerliche Beschwerden, die vom Oberkommando in Nordvietnam in der Zeit vom 1. September 1958 bis zum 31. März 1959 eingegangen sind, und die zur Stellungnahme an die Regierung der Republik Vietnam (Diems Regime) weitergeleitet wurden, die Partei (d. i. Diem) nicht alle mögliche Hilfe und Zusammenarbeit im Sinne des Artikels 25 des Genfer Abkommens geleistet hat, um es der Kommission zu ermöglichen, die Einhaltung des Artikels 14 c in diesen Fällen zu überwachen."

Die Lage ist noch ernster hinsichtlich der Einführung von neuem Militärpersonal und von Waffen oder der Einrichtung von ausländischen Militärstützpunkten, die nach der Genfer Vereinbarung verboten sind. Zum Beispiel äußerten die südvietnamesischen Behörden in bezug auf den Flugplatz Bien Hoa, daß „sie nicht in der Lage seien, die von der Kommission angeforderten Berichte zu geben, da sie in den Bereich militärischer Geheimnisse fielen"!

Wiederum stellt der zehnte Zwischenbericht in § 51 fest: „Es gab 86 Fälle in der Republik Vietnam, in denen Flugzeuge entweder ohne vorherige Ankündigung landeten, beziehungsweise von denen keine Erklärungen oder andere Dokumente von der Partei (Diem) während des Berichts-Zeitraumes beigebracht wurden."

Im Oktober 1960 erklärte das nordvietnamesische Oberkommando, daß über 100 US-Militärflugzeuge an die südvietnamesische Luftwaffe geschickt worden seien und daß dort eine amerikanische Luftwaffeneinheit von einer ständigen Basis aus operiere. Die Weigerung der südvietnamesischen Behörden, der Internationalen Kommission die Ausführung ihrer Inspektionsaufgaben zu gestatten, dient nur der Bestätigung der Wahrheit dieser Berichte.

Eine ähnliche Situation ergibt sich bei der Frage der verschiedenen amerikanischen Militärmissionen, die in Südvietnam operieren, und hier insbesondere der „Military Aid Advisery Group (MAAG)", der Beratergruppe für militärische Hilfe, und der sogenannten „Temporary Equipment Recovery Mission (TERM)", der Zeitweiligen Mission zur Überholung und Ausrüstung. In bezug auf die MAAG haben sich die südvietnamesischen Behörden glattweg geweigert, wiederholten Anfragen der Internationalen Kommission um Information nachzukommen. Was die TERM angeht, so hatte die Kommission eine Entscheidung gefällt, nach der die Tätigkeit dieser Organisation am 30. Juni 1959 beendet sein mußte. Diese Entscheidung wurde von den Amerikanern und den Diem-Behörden ignoriert, und die Kommission beschloß gegen die Stimme der polnischen Vertreter, den Zeitraum bis Ende 1960 auszudehnen. Als der 31. Dezember kam, haben die Amerikaner zwar die TERM aufgelöst, aber anstatt das ganze Personal nach Amerika zurückzuschicken, versetzten sie 89 Mann zu MAAG!

Inzwischen hat die Kommission berichtet, daß allein im Zeitraum von zwei Jahren, vom 7. Januar 1956 bis zum 28. Dezember 1957, 759 Mann amerikanischen Personals mehr in Südvietnam ankamen, als das Land verließen. Eine illegale amerikanische Militär-Intervention in Südvietnam ist bewiesen, ohne auch nur den geringsten Zweifel. Angesichts der gegenwärtigen amerikanischen Propaganda ist es wichtig, zu vermerken, daß diese Intervention nun schon mehrere Jahre lang stattfindet.

Es sind auch die Amerikaner, die ein Großteil der Verantwortung für den Fehlschlag des wichtigsten Teiles des Genfer Abkommens tragen, nämlich der Wiedervereinigung von Vietnam durch freie Wahlen, die nicht später als im Juli 1957 abgehalten werden sollten.

Die Amerikaner hatten niemals die Absicht, diese Vereinbarung auszuführen. Ohne jeden ersichtlichen Anlaß machten sie sich daran, die vorläufige Demarkationslinie in eine permanente Grenze als einen Teil ihrer antikommunistischen Front zu verwandeln. Diese amerikanische Haltung, die die reaktionäre Politik ihres Strohmannes Ngo Dinh Diem voll unterstützt, hat zu einer fortgesetzten Teilung Vietnams geführt mit all ihren Konsequenzen: wirtschaftlichen Härten, politischer Unterdrückung und vor allem menschlichem Leid, verursacht durch die Trennung von Eltern von ihren Kindern, Männern von ihren Frauen und Brüdern von ihren Schwestern, — das Leid wurde verlängert ein Jahr um das andere, wie eine Wunde, die niemals heilt.

Das fortgesetzte Hinausschieben der Hoffnung auf Wiedervereinigung und die zunehmende Unterdrückung durch das Diem-Regime haben ihr unausbleibliches Ergebnis gezeitigt. Anfang 1960 entschlossen sich die Anhänger Ho Chi Minhs, von denen viele in Südvietnam geblieben waren und ihre Waffen in der Hoffnung auf eine baldige friedliche Wiedervereinigung weggesteckt hatten, daß der Zeitpunkt für das Volk gekommen sei, sich in einer Revolte gegen das Diem-Regime zu erheben. Es begann mit Attacken auf Polizei-Stationen und mit kleineren Sabotage-Akten; langsam intensivierten sich ihre Maßnahmen, bis sie in der Lage waren, in großen Teilen des Landes einen Bürgerkrieg in voller Breite zu führen. Bombenangriffe der Diem-Luftwaffe, die diese Handlungen unterbinden sollten, sind fehlgeschlagen, und heute kontrollieren einige 7000 Guerillas ganze Städte und Dörfer und erhalten die Unterstützung von vielen weiteren Tausenden von Bürgern.

Es ist diese Aktivität der Guerillas, die die Amerikaner zum Vorwand nahmen, um die Intensivierung ihrer eigenen Militär-Intervention zu rechtfertigen. Ihr Propaganda-Märchen ist, daß Südvietnam ein „Bollwerk der freien Welt" und durch die kommunistische „Aggression" und „Unterwanderung" bedroht sei. Das Diem-Regime mit solchen Worten zu beschreiben, ist eine schiere Verdrehung des Begriffes „Freie Welt". Jeder skrupellose Diktator, von General F r a n c o bis zu Dr. S y n g m a n R h e e , ist anscheinend so lange ein Kandidat für den Klub der „Freien Welt", als er ein hinreichend strammer Antikommunist ist.

Was die „kommunistische Aggression und Unterwanderung" anbetrifft, so würde es natürlich verwundern, wenn Ho Chi Minh nicht versuchen würde, seinen Landsleuten in ihrem Kampf gegen den unbarmherzigen Gegner der Wiedervereinigung zu helfen. Schließlich ist Vietnam e i n Land, und eine Unterstützung des Südens durch den Norden würde zu nicht mehr führen als der Teilnahme an einem Bürgerkrieg, nachdem andere Mittel, ein Ende von Teilung, Ausbeutung und Unterdrückung zu erreichen, fehlgeschlagen sind. Dennoch erscheint es unwahrscheinlich, daß irgendwelche größere Militärhilfe vom Norden gekommen ist. Die Landesgrenzen am 17. Breitengrad sind im wahrsten Sinne des Wortes unpassierbar, und die See- und Luftwege sind von kombinierten Marine- und Luftwaffenstreitkräften der Amerikaner und der Diem-Behörden völlig kontrolliert. Es muß schließlich wiederholt werden, daß die einzige a u s l ä n d i s c h e Intervention die der Amerikaner gewesen ist, die seit der letzten Genfer Konferenz vor sich geht.

Dennoch scheint Präsident K e n n e d y , noch unter dem Kuba-Fiasko und dem Rückschlag in Laos leidend, gewillt, einen Versuch zur Wiederherstellung des amerikanischen Prestiges zu unternehmen, indem er einen Schlag für die „Freiheit" in Südvietnam führt. Dies ist also der Brennpunkt der amerikanischen antikommunistischen Aktivität. In seiner ersten Rede nach dem Kuba-Fehlschlag vor

der amerikanischen Gesellschaft der Chefredakteure verband Kennedy Südvietnam mit Kuba als Beispiel des „unbarmherzigen Kampfes in allen Ecken der Welt". Seitdem hat jede Rede, jede Pressekonferenz eine Passage enthalten, die sich mit Südvietnam und der Notwendigkeit befaßt, Streitkräfte für eine „Gegen-Subversion" gegen die kommunistischen Guerillas zu organisieren.

Als Vorgeschmack amerikaniser Absichten hat Vizepräsident Lyndon Johnson Saigon besucht und Ngo Dinh Diem verstärkte Militär- und Wirtschaftshilfe versprochen. Einhundert von General Maxwell Taylors „special force"-Leuten sind nach Südvietnam geflogen worden mit der Aufgabe, die Haltung der Diem-Soldaten zu versteifen, sie auszubilden und gegen die Guerillas zu führen. Während in Genf die Diplomaten der USA eine verspätete Unterstützung von Frieden, Neutralität und Unabhängigkeit in Laos verkünden, bereiten sich ihre militärischen Führer vor, Südvietnam in ein weiteres Schlachtfeld des Kalten Krieges zu verwandeln.

Wieder einmal ist die Welt einer Lage konfrontiert, deren erste Opfer die herzlichen, freundlichen Menschen eines kleinen asiatischen Landes sind, aber deren Opfer letztlich die ganze Menschheit werden mag. Was kann man dagegen tun?

In Genf sind alle interessierten Parteien zusammengekommen, um über das Laos-Problem zu verhandeln. Sie alle haben ein gleiches Interesse an Vietnam. Wenn die Konferenz eine Lösung der Laos-Frage gefunden hat, sollte sie ihre Aufmerksamkeit Vietnam zuwenden. Die Vorsitzenden sollten die Internationale Kommission für Vietnam ersuchen, einen besonderen Bericht über die gegenwärtige Lage in jenem Lande zu unterbreiten, über die Ereignisse, die zu dieser Situation geführt haben, und über das Ausmaß, in welchem die Genfer Übereinkommen ausgeführt wurden oder nicht.

Es sollte dann Aufgabe der Konferenz sein, zu entscheiden, welche Schritte zu unternehmen sind, um sicherzustellen, daß freie Wahlen in ganz Vietnam durchgeführt werden und daß die so gewählte Regierung als die Regierung des ganzen Landes anerkannt wird. Man braucht nicht sonderlich zu erwähnen, daß Südvietnam sowohl als auch Laos und Kambodscha aus den „Schutzzonen" des Manila-Vertrages herausgenommen werden müssen. Das würde eine Garantie der Nichtintervention durch alle die Mächte ermöglichen, die auf der Konferenz vertreten sind.

Obgleich die neue Regierung von Vietnam sehr wohl eine Koalition von Kommunisten und Nicht-Kommunisten sein kann, gibt es doch nur geringe Zweifel, daß die führende Kraft die Lao Dong, die von Ho Chi Minh geführte Arbeiterpartei sein wird. Es wäre zuviel verlangt, zu erwähnen, daß eine solche Regierung politisch neutral wäre. Aber angesichts der strategischen Lage Vietnams, in bezug auf den Golf von Siam und Malaya, wäre es nicht zuviel verlangt, darauf zu bestehen, daß das wiedervereinigte Land eine klare Politik militärischer Blocklosigkeit übernimmt. Präsident Ho Chi Minh wäre vielleicht bereit, eine solche Politik zu akzeptieren, und Russen und Chinesen sollten überzeugt werden, dem zuzustimmen gegen eine Zurücknahme amerikanischen militärischen Einflusses von diesem Gebiet.

So wäre der Weg geebnet für die militärische Neutralisierung aller Nachfolgestaaten des früheren Indo-China. Und durch eine solche Lösung wäre es ganz Südost-Asien möglich, vorwärtszuschauen in eine neue Zeit der Stabilität und der Ruhe an Stelle des Aufruhrs und der Angst der letzten zwanzig Jahre.

Das Beispiel Laos

Eine Dokumentation

Das Drama von Laos zerfiel in zwei Akte: Die Zerstörung der Genfer Neutralitätspolitik durch die Vereinigten Staaten und die Niederlage von Washingtons Politik des militanten Anti-Kommunismus.
Times v. 29. 3. 1961

Am 16. Mai ist in Genf nach langwierigen Vorverhandlungen die am 24. April von Großbritannien und der Sowjetunion gemeinsam einberufene neue internationale Konferenz zur Lösung des Laos-Problems zusammengetreten. Sie wird einen Weg zur weltpolitischen Neutralisierung und zur inneren Befriedung des in den letzten Jahren zum Schlachtfeld der Machtblöcke gewordenen Landes zu suchen haben.

Auf der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 war Laos die Selbständigkeit zugesprochen und seine Neutralisierung beschlossen worden. Es wurde zur Überwachung der letzteren eine Internationale Kontroll-Kommission eingesetzt, mit Indien, Kanada und Polen als Mitgliedern. Innenpolitisch kam es im November 1957 zu einem Übereinkommen zwischen der neutralistischen Regierung des Prinzen Souvanna Phouma und der nord-laotischen National-Bewegung Pathet Lao unter der Führung seines Stiefbruders Prinz Souvannouphong. Prinz Souvannouphong trat als Wiederaufbauminister in eine Koalitionsregierung unter Souvanna Phouma ein.

Im Juli 1958 beendete die Internationale Laos-Kommission ihre Tätigkeit. In demselben Jahr wurde Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma mit Hilfe der Amerikaner von dem pro-westlichen und anti-neutralistischen General Phoumi Nosavan, einem Neffen des thailändischen Diktators Marschall Sarit, gestürzt. Die Amerikaner waren nicht bereit, die Genfer Vereinbarungen und die Neutralitäts-Politik Souvanna Phoumas anzuerkennen. Sie taten alles, um Laos zu einem anti-kommunistischen Stützpunkt des Westens in Süd-Ost-Asien zu machen.

Am 9. August 1960 verhalf der Fallschirmjäger Hauptmann Kong Le dem früheren Ministerpräsidenten Souvanna Phouma wieder zur Macht. Abermals bemühte dieser sich sowohl um einen inner-laotischen Ausgleich, wie auch um eine neutralistische Außenpolitik. Doch wiederum intervenierten die Amerikaner und ließen durch General Phoumi Nosavan den rechtmäßigen Ministerpräsidenten abermals stürzen. Im Dezember 1960 besetzten die von den Amerikanern ausgebildeten Truppen den Regierungssitz Vientiane; Prinz Souvanna Phouma mußte nach Kambodscha fliehen.

Schon bald aber zeigte sich, daß diese offene Intervention der USA nur zu einer Verschärfung des laotischen Bürgerkrieges führen konnte, die dem Westen teuer zu stehen kam. Das von den Amerikanern eingesetzte Regime des Prinzen Boun Oum konnte sich nur mit amerikanischer Unterstützung an der Macht halten. Nach einigen militärischen Anfangserfolgen geriet es bald in wachsende Bedrängnis. Die USA hatten dem politischen Kompromiß die militärische Auseinandersetzung vorgezogen — und auf dieser Ebene erwiesen sie sich sehr bald als die Schwächeren! Das Triumphgeschrei nicht nur der amerikanischen Anti-Neutralisten wich sehr schnell einer spürbaren Beklommenheit. Am 6. Januar 1961 noch schrieb die Deutsche Zeitung: „Die Utopie einer neutralistischen Regierung in Laos, die in den letzten Jahren ausprobiert wurde, ist ausgeträumt. Es gibt in Laos keine Politik der Neutralisierung mehr, sondern nur noch eine Politik des Entweder-Oder." Aber gerade dieser radikale militär-politische Anti-

Neutralismus (den die genannte Zeitung natürlich auch für Deutschland empfiehlt) wurde dem Westen zum Verhängnis. Denn diese strikte anti-neutralistische Politik mobilisierte nicht allein die kommunistischen Nachbarstaaten des Landes, sondern auch alle diejenigen Kräfte in Laos selbst, die, ungeachtet aller innerpolitischen Differenzen, in dem Bestreben sich einig waren, jede ausländische Einmischung in die laotischen Probleme abzuwehren.

Die militärischen Operationen in den ersten Monaten dieses Jahres verliefen in immer stärkerem Maße zu Ungunsten des Putschisten-Regimes Boun Oum. Die Amerikaner hatten Laos zu einem Bollwerk des Anti-Kommunismus machen wollen — mit dem Ergebnis einer wachsenden Zunahme des Einflusses der nordlaotischen National-Bewegung Pathet Lao! Angesichts dieser katastrophalen militärischen Entwicklung erklärte sich schließlich die Regierung K e n n e d y bereit, das Prinzip der Neutralisierung im Falle Laos anzuerkennen. Lange genug hatte Washington den Neutralismus in Laos mit allen Mitteln der Subversion und Intervention bekämpft — nun ist es froh, wenn es ihm überhaupt noch gelingt, eine welt-politische Neutralisierung des Landes auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Das Prestige der USA in Süd-Ost-Asien ist durch diese desaströse Politik nicht minder reduziert worden, als ihr effektiver politischer und militärischer Einfluß, ganz zu schweigen von der Position des von den Amerikanern ausgehaltenen Systems Boun Oum (ihm entspricht in Süd-Vietnam das Regime Ngo Dinh Diem).

Auf der Genfer Konferenz steht nicht mehr das Prinzip der Neutralisierung zur Diskussion, das bereits 1954 von den Unterzeichnern des Indochina-Abkommens akzeptiert worden ist; die Auseinandersetzung geht „nur" noch um die Modalitäten einer solchen neutralistischen Lösung. Eine solche von allen Großmächten anerkannte Ausklammerung des Landes aus dem gegenwärtigen Ost-West-Konflikt ist längst dringlich, da das Laos-Problem zu einem der gefährlichsten weltpolitischen Krisenherde geworden ist. Eine allseitig garantierte und respektierte Neutralität kann dem Lande selbst am meisten dienen und eine weltpolitische Entspannung am ehesten fördern. Die Lehre aber, die der Westen aus seinem Laos-Debakel zu ziehen hat, ist am 6. Januar von dem angesehenen britischen Wochenblatt New Statesman am besten formuliert worden: „Der Versuch, unentwickelte Gemeinschaften, deren einziger Wunsch ist, in Ruhe gelassen zu werden, zu Bastionen des Anti-Kommunismus zu machen, endet mit ihrer Verwandlung in Kommunisten-wider-Willen." A. v. B.

Prinz Sihanouk's Neutralisierungs-Vorschlag

Der Staatschef von Kambodscha, Prinz N o r o d o m S i h a n o u k , gab am 18. November 1960 in Paris eine Grundsatzerklärung über seine außenpolitischen Ziele ab, in der es nach AFP hieß: „Ich habe bereits in den Vereinigten Nationen meinen Plan zur Neutralisierung von Laos und Kambodscha dargelegt. In dieser besonders empfindlichen Zone Asiens sollte eine Gruppe von Pufferstaaten geschaffen werden, die einen direkten Kontakt zwischen den Mächten des Ostens und Westens verhindern kann. Die von Kambodscha befolgte Neutralitätspolitik ist imstande, Laos aus der gefährlichen Lage herauszubringen, in der es sich gegenwärtig befindet. Diese Neutralitätspolitik, die von den Großmächten garantiert werden sollte, würde es ermöglichen, die internen Rivalitäten zu beschwichtigen, welche die Laoter entzweien und die gegenwärtig von außen her eifrig genährt werden."

Neutralismus für den Westen günstiger

Das Foreign Office ist ... der Auffassung, daß von den Vereinigten Staaten nicht General N o s a v a n , sondern der neutralistische Ministerpräsident Prinz S o u v a n n a P h o u m a , der nach Kambodscha geflüchtet ist, hätte unterstützt werden sollen. Man glaubt in Whitehall, ein neutralistisches Regime in Laos wäre für den Westen weniger

gefährlich gewesen als der Kampf zwischen einem „russischen" und einem „amerikanischen" Lager.

Neue Zürcher Zeitung v. 12. 12. 60

Die amerikanisch-thailändische Intervention in Laos

Die Agentur Tass verbreitet eine vom „Radio der loyalistischen Streitkräfte" in Hanoi ausgestrahlte Erklärung des Hauptmanns Kong Le, in der es heißt: „Nach fünf Tagen heroischen Ringens gegen die von den Vereinigten Staaten, Thailand und der verräterischen Clique Phoumi Nosavans und Boun Oums durchgeführte Aggresion haben die Regierungsstreitkräfte des Pathet Lao und die bewaffnete Jugend den Befehl erhalten, ihre Stellungen in Vientiane aufzugeben und den Kampf weiterzuführn."

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass berichtete unter Bezugnahme auf die nordvietnamische Nachrichtenagentur, im Namen „der legitimen Regierung des Prinzen Souvanna Phouma" habe Informationsminister Pholsena „die Aggression gegen Laos und die Verletzung der laotischen Souveränität durch amerikanische Imperialisten und thailändische Reaktionäre scharf verurteilt. Der Angriff gegen Vientiane sei von amerikanischen Offizieren geleitet worden. Unter den Truppen Phoumi Nosavans befänden sich Offiziere und Soldaten aus Thailand, den Philippinen, Südvietnam und Formosa. Die Vereinigten Staaten hätten den Rebellen Sturmwagen, Kanonenboote, Flugzeuge, Geschütze und Mörser geliefert. Die Rebellen hätten die Botschaften der Vereinigten Staaten, Thailands und Südwietnams als Stützpunkte gegen die Regierungstruppen benützt. Zum Schluß forderte Pholsena alle Länder, die an der Genfer Konferenz von 1954 teilgenommen hatten, sowie alle afrikanischen und asiatischen Länder und alle friedliebenden Regierungen auf, „die Aggression gegen Laos zu verurteilen und den Kampf des laotischen Volkes zu unterstützen."

Die Tat (Zürich) v. 20. 12. 60

Sinnvoller Neutralismus

Heute sollte es offensichtlich sein, daß neutralistische Regierungen, wie diejenigen in Afghanistan, Nepal, Indien und Burma an den Grenzen Chinas, die chinesischen Befürchtungen wegen des amerikanischen „Imperialismus" beschwichtigen und innerhalb dieser Länder selbst die politischen Spannungen vermindern. Ihr Neutralismus führt keineswegs dazu, daß sie in den chinesischen Machtbereich einbezogen oder der chinesischen politischen Infiltrierung preisgegeben werden. Eine neutralistische Regierung ist überdies nicht weniger besorgt darum, ihre nationalen Interessen zu verteidigen, wenn, wie im Falle von Indien, ein Konflikt entstehen sollte.

Times v. 24. 12. 60

Souvanna Phouma — die Schlüsselfigur

Der laotische Bürgerkrieg scheint eine tragische Entwicklung zu nehmen. Prinz Souvanna Phouma und die meisten Mitglieder seiner neutralistischen Regierung sind in die neutralen Staaten Burma und Kambodscha geflüchtet. Mit Prinz Souvanna Phouma ist die einzige Persönlichkeit gegangen, die gegenwärtig in der Lage gewesen wäre, die widerstreitenden Elemente der laotischen Innenpolitik unter einen Hut zu bringen und damit zu gleicher Zeit zu einem Kompromiß mit dem kommunistisch orientierten Pathet Lao unter Führung seines Stiefbruders Prinz Souvannouphong und dem prowestlichen „Revolutionären Komitee" von General Phoumi Nosavan zu kommen.

Die Tat (Zürich), v. 29. 12. 60

Invasion des Vietminh in Laos?

Einem Communique der laotischen Regierung ist zu entnehmen, daß fünf Bataillone des kommunistischen Vietminh in Laos eingedrungen sind.

AFP, 30. 12. 60

Hanoi dementiert

Die Regierung des kommunistischen Nordvietnam hat am Freitag die Berichte dementiert, wonach Nordvietnam sich in die Unruhen in Laos eingemischt und Fallschirmjäger in Nordlaos gelandet habe. Gleichzeitig beschuldigte Nordvietnam laut Radio Hanoi die

Vereinigten Staaten, derartige grundlose Anklagen aufzugreifen, um die Regierung Ho Chi Minhs in Mißkredit zu bringen. Washington versuche damit nur, „seine eigene flagrante Aggression in Laos zu verbergen".
UPI, 30. 12. 60

Washington gegen Einberufung der Überwachungskommission

Wie von offizieller Seite am Freitag in Washington verlautete, hat der amtierende amerikanische Staatssekretär Livingston Merchant in einer Unterredung mit dem indischen Botschafter Chagla den indischen Vorschlag abgelehnt, die internationale Überwachungskommission für Laos erneut einzuberufen. Die Vereinigten Staaten haben außerdem andere interessierte Regierungen von diesem Entscheid in Kenntnis gesetzt. Die Überwachungskommission war nach der Genfer Indochinakonferenz 1954 gebildet worden. Ihr gehörten Indien, Kanada und Polen an.
UPI, 30. 12. 60

Die amerikanische Einmischung

Die Lage in Laos hat nun den Punkt erreicht, an dem sie sich nicht weiter versteifen darf. Auf Wegen, über die das amerikanische Volk niemals ausreichend unterrichtet worden ist, hat sich seine Regierung tief in die inneren Angelegenheiten von Laos verstrickt.
Walter Lippmann in: New York Tribune (Europ. Ed.) v. 30. 12. 60

Die USA für den Bürgerkrieg verantwortlich

Wenn der außenpolitische Kurs der Regierung von Prinz Souvanna Phouma auch immer einen Neutralismus à la Kambodscha bedeutet hätte, so wäre dem Lande zumindest ein Bürgerkrieg oder eine kommunistische Machtergreifung erspart geblieben. Für diesen Bürgerkrieg tragen die Amerikaner weitgehend die Verantwortung, denn er wäre ausgeblieben, wenn General Phoumi nicht militärische und moralische Hilfe von den USA und dem benachbarten Thailand erhalten hätte.
Süddeutsche Zeitung v. 30. 12. 60

Die Schuld der Amerikaner

Korrespondenten, die soeben aus Ostasien zurückgekommen sind, sagen übereinstimmend, die sich ständig zuspitzende Lage in Laos sei nur darauf zurückzuführen, daß die Amerikaner sich mit der neutralistischen Regierung Souvanna Phouma nicht hätten abfinden wollen und ihr ständiges Drängen auf das Herausstellen pro-westlicher Vertreter schließlich die anti-westlichen Kräfte so sehr mobilisiert hat, daß augenblicklich die prokommunistischen Vertreter über die Neutralisten die Oberhand gewonnen haben.
Die Zeit v. 30. 12. 60

Großbritannien gegen die amerikanische Laos-Politik

Die britische Regierung ist der Auffassung, mit einer Regierung auf breiter Basis, die die verschiedenen politischen Elemente des Landes repräsentiert, könne Laos zwischen Ost und West neutral bleiben. Das ist ein Differenzpunkt zwischen Großbritannien und den USA, die das gegenwärtige Regime in Laos unterstützen, die ausgesprochen prowestliche Regierung des Ministerpräsidenten Boun Oum... Verschiedene britische Zeitungen haben erklärt, daß die USA verantwortlich seien für die Auseinandersetzung in Laos, weil sie es abgelehnt hätten, eine stabile neutralistische Regierung zu unterstützen... Zusammen mit der Behauptung, Laos könne neutral bleiben, sagen die Briten, die Laoten wünschten nicht, in den Kampf zwischen Ost und West verstrickt zu werden.
New York Times (Intern. Ed.) v. 30. 12. 60

Die fatalen Folgen der amerikanischen Laos-Politik

Die USA bestanden darauf, daß alle, die nicht für sie sind, gegen sie sind, und dadurch hat Washington tatsächlich manche Kräfte gegen sich aufgebracht... Sie wurden in die Arme ihrer Gegner getrieben. Seit Monaten schien dies unvermeidlich zu sein. Über-

raschend ist nur, daß verschiedene kommunistische Regierungen nicht schon früher mit großer Schärfe reagierten.

The Guardian v. 2. 1. 61

Keine echten Beweise

Das britische Außenministerium gab am Sonntagabend bekannt, daß es bisher nicht über „echte Beweise" eines Eingreifens nordvietnamesischer Truppen in den laotischen Bürgerkrieg verfüge... Auch von offizieller französischer Seite wurde am Montag erklärt, man habe bisher keine Bestätigung dafür erhalten, daß nordvietnamesische Truppen in den laotischen Bürgerkrieg eingegriffen hätten.

Frankfurter Rundschau v. 3. 1. 61

Fragwürdige „antikommunistische" Verbündete

Es ist eine der schlimmen Tatsachen der amerikanischen Diplomatie, daß — genau wie in Kuba, Korea und der Dominikanischen Republik — die Amerikaner in Laos korrupte semi-faschistische Regierungen unterstützen, um die Kommunisten fernzuhalten.

Daily Express v. 3. 1. 61

Der amerikanische Anti-Neutralismus

Es ist offensichtlich, daß die Regierung Souvanna Phouma durch eine amerikanisch unterstützte Rebellion gestürzt worden ist. Es ist also nicht verwunderlich, wenn die kommunistischen Mächte aus den Ereignissen den Schluß ziehen, es sei den Amerikanern nun mit gleicher Münze heimzuzahlen. Das scheinen sie auch zu tun: die Berichte über die sowjetrussische Luftversorgung der Truppen des Hauptmanns Kong Le sind ohne Zweifel zutreffend. Der entscheidende Punkt ist aber, daß die Sowjetunion und Nordvietnam die Verwirklichung der Genfer Laos-Weisungen von 1954 fordern, während die USA sich nie dazu bequemen wollten, diese Weisungen zu sanktionieren. Die Vereinigten Staaten wollen kein neutrales Laos. Sie ziehen es vor, ein weiteres Land aufzuspalten, wenn es ihnen dabei bloß gelingt, die eine Hälfte unter ihrem Einfluß zu behalten. Diese Haltung widerspricht klarerweise den Interessen des laotischen Staatswesens und Volkes.

Dr. Hans Fleig in: Die Tat (Zürich) v. 3. 1. 61

The German to the front

Die „New York Times" berichtet am Montag, daß ein geheimnisvoller amerikanischer General, ein ehemaliger Deutscher, der an der Militärakademie in West Point den Spitznamen „der Preuße" erhielt und dessen Existenz von der Armee und dem Pentagon verneint wird, die laotischen Regierungstruppen in ihrem Kampf gegen die prokommunistischen Streitkräfte des Pathet Lao schule.

Jack Raymond, einer der Washingtoner Korrespondenten der „New York Times", meldete aus der amerikanischen Bundeshauptstadt, die Erfolge, welche die laotische Regierung bisher gegen den Pathet Lao errungen habe, könnten weitgehend der Ausbildung durch eine besondere amerikanische Einheit unter Leitung des erwähnten Generals zugeschrieben werden. Der Korrespondent, der sich auf Informationen von gut unterrichteter Seite in Washington stützt, weist darauf hin, daß es sich bei dem mysteriösen General um den 48 Jahre alten John Arnold Heintges handle, der als Leiter einer Sondergruppe von über hundert Technikern von den Vereinigten Staaten im Rahmen der Genfer Indochina-Abkommen vom Jahre 1954 nach Laos beordert wurde, um die Laoten anzuleiten, wie sie amerikanische (militärische) Ausrüstungen zu unterhalten und zu verwenden hätten.

Raymond berichtet, daß Heintges im Jahre 1936 an der Militärschule in West Point die Abschlußprüfung bestand und zum Rang eines Brigadegenerals emporstieg. Sein Name war im offiziellen Armeeregister bis Ende 1958 aufgeführt. In den Jahren 1959 und 1960 war Heintges darin nicht mehr vermerkt. Im Verteidigungsdepartement fand sich niemand, der zugeben wollte, daß er Heintges kenne, wiewohl man wußte, daß er nach Laos beordert wurde.

In der Meldung heißt es, Heintges sei 1912 in Koblenz geboren worden. Im vergangenen Krieg diente er mit der 3. amerikanischen Division in Frankreich und Italien. Nach dem Weltkrieg diente er bei westdeutschen Truppen als militärischer Berater. Heute soll er sich in einem Armeelager bei Vientiane aufhalten.

Reuter, 9. 1. 61

Russischer Einmarsch in Laos?

Der laotische Informationsminister Norasingh erklärte am Dienstag an einer Pressekonferenz, der Kommandant der Regierungsoperationen in der Provinz Xieng Khouang, Oberst Khamkhone, habe mitgeteilt, daß russische Truppen in Laos einmarschiert seien und sich zusammen mit nordvietnamesischen und laotischen Guerillas an den Kämpfen in dieser Provinz beteiligten.

Reuter, 11. 1. 61

Der große Bluff

Es gibt keine ausländische Invasion in Laos, dem kleinen Nachbarn Rot-Chinas. Es gibt keine Bataillone kommunistischer Truppen aus Nord-Vietnam, Chinas Satelliten-Staat, die über Berg-Dschungel-Straßen einmarschieren, um eine Situation zu schaffen, die einen neuen koreaähnlichen Krieg entfachen könnte.

In den fünf Tagen, seitdem der Regierungssender in Laos anfing zu schreien, daß fünf rote Bataillone — später wurde die Zahl auf sieben erhöht — die Grenze von Nord-Vietnam überschritten hätten, gab es nicht eine einzige Schlacht und nur ein paar Unfälle.

Ich weiß es aus den zuverlässigsten Quellen, die in Laos erhältlich sind, einem Land der Lügen und Übertreibung, daß es keinerlei Beweise für irgendwelche größeren nordvietnamesischen Einheiten gibt, die auf laotischem Boden operieren.

Was in diesen Minuten in Laos passiert, ist eine verstärkte Fortsetzung eines alten Kampfes. Einheimische Guerilla-Truppen, die für den Kommunismus sind, bekämpfen die Rechts-Regierung, die sich selbst prowestlich nennt.

Rußland leistet den Guerillas Hilfe. Der Grund dafür ist, so sagt Moskau, daß sie auf der Seite der „legitimen" Regierung sind, die von den Kräften des rechten Flügels gestürzt worden ist.

Natürlich hat die russische Unterstützung den Guerilla-Truppen einen mächtigen Auftrieb gegeben.

Aber nach Meinung aller westlichen Botschafter in Laos scheint die sowjetische Unterstützung nicht einmal ein Vorspiel einer groß angelegten Invasion zu sein.

Wir befinden uns nicht am Abgrund eines zweiten Korea. Laos hat die Dinge gefährlich hochgespielt und die Situation so ziemlich an den Punkt der Explosion gebracht.

Aber gerade das paßt der Rechts-Regierung. Der Premierminister, Prinz Boun Oum, weiß, daß sein System unpopulär ist. Er hofft, dadurch Unterstützung zu gewinnen, daß er Laos als Opfer einer Aggression von außen hinstellt.

Die Regierung des Prinzen denkt sich, daß, je stärker die Spannungen, sie um so mehr amerikanische Hilfe hereinziehen kann.

Für die ersten ein oder zwei Tage hielt die Regierung die Welt in Atem. Beginnend mit dem „Invasions"-Schrei des Radios am letzten Freitagmittag hat sie eine Flut von alarmierenden Berichten losgelassen.

Die amerikanische Botschaft in der Hauptstadt Vientiane ordnete an, daß alle nicht unabkömmlichen Angestellten abreisen sollten. Die Regierungsämter wurden von indischen und siamesischen Staatsangehörigen belagert, die in aller Eile Ausreise-Visa haben wollten, und die das nächste Flugzeug oder die nächste Flußphäre schnappten, um rauszukommen.

Aber jetzt läuft die Aufregung aus wie Bier aus einem geborstenen Faß und ein klareres Bild der Wahrheit tritt zutage.

Rote Kader aus Nord-Vietnam scheinen die Vorhut eines Ablenkungsangriffes der laotischen Kommunisten über die Grenze gebildet und sich dann zurückgezogen zu haben.

Das ist die Art von Manöver, wie sie sie schon seit Jahren ausgeführt haben.

Diesmal sind sowjetische Iljuschin-Transport-Flugzeuge darüber geflogen. Augenschein-

lich haben sie rebellierende Fallschirmjäger der laotischen Armee abgesetzt, die jetzt auf der Seite der laotischen Kommunisten stehen.

Die von Hauptmann Kong Le angeführten Fallschirmjäger vertrieben laotische Regierungstruppen von einem wichtigen Flugplatz mit Mörser- und Artilleriefeuer.

Diese Niederlage ließ die laotische Regierung ihr Gesicht verlieren. Die Niederlage konnte am besten erklärt werden mit Geschichten von einem Angriff von starken Truppen von außerhalb.

So dachte sich die Regierung auf dem Wege der Erklärung die Geister-Geschichte von den sieben roten Bataillonen aus, die von Nord-Vietnam einmarschiert seien. Die Invasionsangst war ausgebrochen.

Frische Alarmmeldungen folgten schnell. Dem Informationsminister von Laos, Bouavan Norasing, wurde erzählt, daß der Radio-Kontakt mit einem Außenposten der Regierung in der Phong Saly Provinz unterbrochen sei. Er erzählte der üblichen Vormittags-Presse-Konferenz, daß die Provinz selbst gefallen sei. Ein Reporter fragte: „An wen gefallen?" Der Minister drückte mit seinem Finger auf den Tisch, starrte an die Decke und antwortete: „An chinesisch-kommunistische und nordvietnamesische Truppen."

So hatten wir jetzt auch Rot-China drin.

Was aber wirklich passierte in Phong Saly, war, das wurde mir von westlichen Militär-Attachés versichert, daß eine Garnison übergelaufen ist, was Garnisonen bekanntermaßen vorher schon in Laos getan haben.

So wurde der Welt fälschlicherweise ein beunruhigendes Bild von 3000 patriotischen Regierungssoldaten gegeben, die bis zur letzten Kugel kämpften und schwere Verluste von übermächtigen Kräften erlitten haben, während sie in Wirklichkeit zur Gegenseite übergelaufen sind, ohne auch nur einen Schuß zu feuern.

Oberst Khammouane Boupha, der dortige militärische Kommandeur, ist bekannt als wankelmütig, bereit sich auf die jeweils stärkere Seite zu schlagen. Wir könnten so jederzeit von einem ruhmreichen Sieg der Regierungsseite hören — das heißt mit anderen Worten, daß der Oberst seine Meinung wiederum geändert hat.

Ich würde sagen, daß es unter den westlichen Diplomaten in Laos weniger nervöses Nägel-Kauen gibt als in Washington oder in Bangkok, Hauptquartier-Städten der Südwest-Asien-Pakt-Organisation, die sich vorgenommen hat, diesen Teil der Welt vor einer kommunistischen Aggression zu schützen.

Der Grund für diese Ruhe ist, daß die Diplomaten ein besseres unmittelbares Bild von dem bekommen, was wirklich geschieht.

Die Leute, die das ungenaueste Bild bekommen, sind diejenigen, die die Meldungen lesen, die von der laotischen Regierung weitergegeben werden.

Um einen Bericht überhaupt aus Laos herauszukriegen, muß man zuerst einen Zensor erwischen. Es gibt drei Zensoren — alle Minister — und diese streichen im Turnus das aus dem Bericht eines Reporters, was nicht mit der Regierungsversion der Ereignisse übereinzustimmen scheint. Die Zensoren sind selten in ihren Büros. Man kann sie auf einer Cocktail-Party finden, oder auf dem Tennisplatz, im Bett oder im Bad. Das ist die Art und Weise, wie sie ihren Krieg führen.

Deshalb bin ich nach Bangkok geflogen, um diesen Bericht zu senden.

Daily Express, Mitte Januar 61

Die pro-westliche Regierung gibt zu: Schwindelmanöver!

Die Regierung von Laos gestand heute, daß sie blinden Alarm geschlagen hat, als sie behauptete, kommunistische Truppen seien in das Land eingedrungen. Die pro-westliche Regierung des Prinzen Boun Oum sagte, daß ihre Hilfsgesuche an internationale Organisationen nur der inneren Propaganda hatten dienen sollen.

New York Times (Intern. Ed.) v. 27. 1. 61

Frankreich für neutrales Laos

Die ganze Linie der französischen Politik geht darauf aus, die Neutralität von Laos wiederherzustellen; denn es sei viel klüger, diesen Staat als neutrales Niemandsland zu erhalten, als die Gefahr heraufzubeschwören, daß es, wie Korea oder Indochina, teilweise oder ganz kommunistisch werde.

FAZ v. 21. 1. 61

Senator Mansfield für neue Laos-Politik

Der demokratische Fraktionsführer im amerikanischen Senat, Mansfield, hat am Sonntagabend vorgeschlagen, Laos zu neutralisieren. Diese Neutralität sollte von Indien, Pakistan und Afghanistan garantiert werden. Mansfield sagte in einem Fernsehinterview, die Zeit für eine neue Politik in Laos sei gekommen. Die USA hätten in den letzten sechseinhalb Jahren „zuviel Zeit und Energie" in Laos verschwendet, ohne Erfolge ihrer Politik aufweisen zu können.

DPA, 6. 2. 61

Späte Einsicht?

Eine Neutralisierung von Laos wird von der Regierung Kennedy als bester Ausweg aus einer Lage angesehen, die hier für noch bedrohlicher gehalten wird, als es der koreanische Krieg war.

Die Welt v. 13. 3. 61, Bericht aus Washington

Vorposten der „Freien Welt"?

Ein ziemlich großes Gebäude mit geschlossenen Fenstern und mit Militärpolizisten in den Eingängen macht darauf aufmerksam, daß sich seit der Zeit des milden Prinzen Souvanna Phouma manches geändert hat. Es ist die von General Phoumi eingeführte „Gestapo".

FAZ v. 25. 3. 61, Bericht aus Vientiane

Die sowjetische Auffassung

Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika die Existenz eines neutralen und unabhängigen Laos wünschen, so ist es klar, daß sie nichts tun dürfen, was den Kriegskonflikt in Laos ausdehnen könnte. Thailand darf nicht als Durchgangsetappe für die Unterstützung der Putschisten dienen, und die amerikanischen militärischen Berater sollen aus Laos zurückgezogen werden. Die Sowjetunion schlägt schon seit langem und nachdrücklich die Maßnahmen für die friedliche Lösung der Situation in Laos auf dem Wege von Verhandlungen vor. Die Sowjetregierung tritt, wie auch eine Reihe von anderen Regierungen, dafür ein, daß man unverzüglich eine internationale Konferenz für die Lösung des laotischen Problems einberuft. Es ist zweckmäßig, eine solche Konferenz im Kreise der Teilnehmerstaaten der Genfer Konferenz von 1954, darunter auch der Vereinigten Staaten, sowie auch einiger anderer interessierter Länder abzuhalten. Eine solche Konferenz könnte die notwendigen Direktiven zuhanden der Internationalen Kontrollkommission für Laos ausarbeiten, die auf der Genfer Konferenz von 1954 gebildet wurde und die, mit neuen Vollmachten ausgestattet, einen wertvollen Beitrag zur Lösung der Laosfrage leisten könnte.

Prawda v. 27. 3. 61

Moskau nicht aufgelegt zu militärischen Abenteuern

Begreiflicherweise vermeidet man hier, den Eindruck entstehen zu lassen, die Sowjetunion könen mehr tun, als durch allgemeine Friedensappelle auf die Vorgänge in Laos einzuwirken. Dennoch läßt die Stelungnahme der „Prawda" keinen Zweifel darüber, daß man in Moskau zu militärischen Abenteuern nicht aufgelegt ist.

FAZ v. 28. 3. 61, Bericht aus Moskau

Gespräch mit Souvanna Phouma

Noch heute ist er der Ansicht, daß nur der geringste Prozentsatz der zwei Millionen Laoten wirklich etwas mit dem Kommunismus zu tun haben möchte. Er bestätigt, was er auch früher immer gesagt hat: Selbst unter den Linksradikalen innerhalb der Pathet-Lao wird sich nur eine verschwindende Minorität echter Kommunisten finden.

„Sie sind sich nur in einem Punkt restlos einig", setzt der Prinz gleich hinzu, „und das ist die entschiedene Ablehnung der amerikanischen Politik in Laos." Für Souvanna Phouma sind die Amerikaner das rote Tuch geworden. Immer wieder kommt

er im Laufe des langen Gesprächs auf diese Frage zu sprechen, und dann ist es stets so, daß der sonst so ruhige, liebenswürdige Prinz erregt wird. „Ich glaube den Amerikanern nicht mehr", sagt er und beugt sich in dem roten Armsessel vor, um eine auf dem niedrigen Tisch stehende chinesische Lackdose in beide Hände zu nehmen. „Jetzt warte ich ab, was sie vorschlagen werden. Mein Vertrauen in die USA ist mehr als einmal enttäuscht worden. Am meisten durch ihren Botschafter Browne in Vientiane. Er hat mir immer wieder erklärt, daß sich die USA nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen werden. Was ist daraus geworden? Während Browne mir sein Wort dafür gab, holten seine als Zivilisten getarnten PEO-Instrukteure heimlich die Savannaketh-Rebellen des General Phoumi Nosavan in die Hauptstadt."

„Ich habe heute auch kein Vertrauen mehr zur Kennedy-Regierung", fügt Prinz Souvanna Phouma schließlich noch hinzu. „Es gab zweimal im Dezember letzten Jahres eine Annäherung, es ist dabei aber geblieben. Präsident Kennedy hat mir bis heute nicht auf den Brief geantwortet, den ich im Januar an ihn schrieb, um mit ihm ins Gespräch zu kommen" . . .

Souvanna Phouma fordert auch heute, daß die PEO (Program Evolution Organization), wie ihre Tarnbezeichnung lautet, welche die Ausbildung und Bewaffnung der pro-westlichen laotischen Armeeteile unter sich hat, sofort und restlos das Land verläßt. Wir sprechen den Prinzen auf die Tatsache an, daß die kommunistische Vietminh von Hanoi aus ebenfalls die Streitkräfte der Pathet Lao unterstützen. „Das wird sofort aufhören", erwiderte dieser, „ich habe die mir treuen Truppen in den Provinzen Phongsaly und Xieng Kuangh besucht. Kong Le und auch die Pathet Lao hören auf mich. Sie werden tun, was ich von ihnen verlange. Noch besitze ich volle Autorität über sie. Sie werden meinen Vorschlag für die restlose Neutralisierung annehmen. Sie ist jedoch nur zu erreichen, wenn alle drei Gruppen in Laos, die Pathet Lao, die Neutralisten und die pro-westlichen zusammen eine gemeinsame Regierung bilden." Dieser Punkt im Programm Souvanna Phoumas war bisher der Stein des Anstoßes für die Amerikaner. Sie haben sich stets hartnäckig gegen eine Einbeziehung des Pathet Lao geweigert. Sie glaubten, damit das Land für den Westen erhalten zu können. Sie haben genau das Gegenteil dadurch erreicht.

Die Tat (Zürich) v. 30. 3. 61

Souvanna Phouma in London

Der frühere (neutralistische) Ministerpräsident von Laos Souvanna Phouma hat am Freitag seine Besprechungen mit britischen Politikern über die Laos-Krise fortgesetzt. Er begrüßte auf einer Presekonferenz die „Änderung der amerikanischen Politik", die jetzt eine Neutralisierung von Laos bejahe. Die Unterstützung seiner Gegner durch die Amerikaner habe ihn im November vorigen Jahres gezwungen, die Sowjetunion um Waffenhilfe zu bitten. Auf die Frage, ob er die Russen jetzt um eine Einstellung dieser Hilfe ersuchen würde, um den Bürgerkrieg zu beenden, antwortete Phouma: „Das werde ich sofort tun, wenn die andere Seite keine Waffen und Finanzhilfe mehr von den Amerikanern erhält."

Die Welt v. 1. 4. 61, Bericht aus London

Der Besuch Souvanna Phoumas in Peking

Radio Peking gab am Dienstag bekannt, daß nach den Besprechungen zwischen Prinz Souvanna Phouma und Tschou En-lai ein gemeinsames laotisch-chinesisches Communiqué unterzeichnet worden ist. Im Communiqué wird betont, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ab 1960, als Souvanna Phouma Ministerpräsident wurde, fühlbar besser geworden seien. „Die laotische und die volkchinesische Regierung erachten den Hinweis als notwendig, daß die Vereinigten Staaten in einem Moment, da sie sich einverstanden erklärten, das laotische Problem auf friedliche Art zu lösen, den Charakter ihrer militärischen Intervention verstärkt haben, indem sie die Einsetzung einer militärischen Hilfsgruppe beschlossen, um in direkter Weise am laotischen Bürgerkrieg teilnehmen zu können." Volkschina und Laos sprechen sich für die Einberufung der Konferenz der 14 Staaten aus, wie sie von Prinz Norodom Sihanouk von Kambodscha vorgeschlagen wurde. Auch seien die beiden Länder entschlossen, normale diplomatische Be-

ziehungen aufzunehmen, Botschafter auszutauschen und ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu festigen. Radio Peking präzisierte noch, daß auch Präsident Mao Tse-tung den Prinzen empfangen habe und daß die Besprechungen sehr herzlich gewesen seien.

AFP, 25. 4. 61, Bericht aus Peking

Der Westen muß seine Versäumnisse teuer bezahlen

Prinz Norodom Sihanouk (der Ministerpräsident von Kambodscha) erklärte auf der Durchreise nach Genf, der Kompromiß, den jedermann als Ergebnis der Genfer Laos-Konferenz wünsche, werde ohne Zweifel zum Nachteil der Westmächte ausfallen, die es nicht verstanden hätten, die ihnen gebotene Gelegenheit zu ergreifen und mit den östlichen Mächten zu einem „Unentschieden" zu gelangen.

Weiter führte Prinz Sihanouk aus: „Ich habe am 1. Januar dieses Jahres die Initiative zu einer Konferenz von 14 Ländern ergriffen. Mein Vorschlag wurde aber von den Vereinigten Staaten erst im letzten Augenblick in Erwägung gezogen, als die prokommunistischen Kräfte des Pathet Lao bereits den größeren Teil des Landes kontrollierten. Die Konferenz über Laos kann das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Laos nicht unberücksichtigt lassen. Ich werde mein Möglichstes tun, um die verschiedenen Standpunkte auszugleichen, damit ein einiges, unabhängiges und souveränes Laos entstehen kann, dessen Neutralität international garantiert wird. Meine Aufgabe als Vermittler wird aber schwierig und undankbar sein."

AFP, 14. 5. 61, Bericht aus Neu-Delhi

Die CIA und der Sturz Souvanna Phoumas

An der Nachmittagssitzung der Laos-Friedenskonferenz ergriff als erster Quinin Pholsena, Delegierter des „neutralistischen" ehemaligen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma, das Wort. Er erklärte, die amerikanische Abwehr (CIA) „und das Pentagon" seien für den Sturz Souvanna Phoumas verantwortlich. Bevor sich die Vereinigten Staaten eingemischt hätten, habe er über einen großen Teil des Landes Autorität ausgeübt.

UPI. 17. 5. 61, Bericht aus Genf.

Ein Neutralisierungsplan Norodom Sihanouks

Die Konferenz zur Regelung der Frage von Laos ist am Abend des 16. Mai um 18 Uhr im Palais des Nations eröffnet worden. Die Delegationschefs nahmen um den ein Hufeisen bildenden Tisch im früheren Saal des Völkerbundsrats Platz. Nur die für Thailand, Südvietnam und die königliche laotische Regierung reservierten Plätze blieben leer.

Prinz Norodom Sihanouk, der Staatschef von Kambodscha, war eingeladen worden, die Eröffnungsrede zu halten; er entledigte sich dieser Aufgabe, indem er ein eigentliches Programm für die Herstellung der Neutralität und Unabhängigkeit von Laos entwickelte. Er erinnerte daran, daß er sich entschlossen habe, nach Genf zu kommen, weil sowohl der König von Laos wie die Prinzen Souvanna Phouma und Souphanouvong ihn ausdrücklich ersucht hätten, seine Friedensmission zugunsten ihres Landes fortzusetzen. Damit gewann sein Aufruf an die Führer von Laos, sich zu einem „Gipfeltreffen" zusammenzufinden, um im Interesse ihres Landes eine provisorische nationale Koalitionsregierung zu bilden, die für das ganze Land sprechen könne, einen gewissen Nachdruck.

Das Programm Sihanouks sieht vor, daß Laos nach dem Vorbild Österreichs zu neutralisieren sei. Diese Neutralität wäre durch die an dem Abkommen teilnehmenden Staaten solidarisch zu garantieren, und sie würden sich verpflichten, auf jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zu verzichten. Der Staatschef von Kambodscha schlug in aller Form die Einschließung seines eigenen Landes in dieses Neutralisierungs- und Garantiesystem vor. Die Einbeziehung von Burma, Thailand oder Südvietnam, von der gelegentlich die Rede war, lehnte er dagegen ab. Dem Gedanken einer Teilung von Laos trat er mit Nachdruck entgegen.

Neue Zürcher Zeitung v. 18. 5. 61, Bericht aus Genf

Der sowjetische Entwurf für ein Abkommen über Laos

Der Abkommensentwurf, den Außenminister Andrej Gromyko im Namen der Regierung der Sowjetunion der Laoskonferenz unterbreitete, umfaßt 13 Artikel in zwei Kapiteln. Der volle Text lautet:

Erstes Kapitel

Art. 1. Alle ausländischen militärischen Einheiten und das ausländische Militärpersonal werden innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens aus Laos zurückgezogen. Der Begriff „ausländisches Militärpersonal" umfaßt alle ausländischen Militärmissionen, die militärischen Berater, die Instruktoren, die Beobachter und alle andern ausländischen Militärs mit Einschluß jener, die im Dienste der laotischen Streitkräfte stehen, sowie alle ausländischen Zivilpersonen, die sich mit der Lieferung, dem Unterhalt, der Lagerung und der Verwendung des Militärmaterials befassen.

Art. 2. Der Rückzug der ausländischen militärischen Einheiten und des ausländischen Militärpersonals aus Laos erfolgt über jene Routen und Orte, die von den Vertretern der drei politischen Richtungen (oder der Regierung) von Laos gemeinsam bestimmt werden.

Art. 3. Allen in Art. 1 erwähnten ausländischen militärischen Einheiten und dem ausländischen Militärpersonal ist ein Einmarsch in Laos untersagt.

Art. 4. Nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens muß die Einfuhr aller Arten von Rüstungen, Munition und militärischem Material in Laos mit Ausnahme einer bestimmten Menge von Rüstungen konventioneller Art, die zur Verteidigung von Laos notwendig sind, eingestellt werden.

Art. 5. Auf Verlangen der laotischen Behörden übt die auf Grund der Genfer Abkommen von 1954 geschaffene, aus Vertretern Indiens, Kanadas und Polens zusammengesetzte Internationale Überwachungs- und Kontrollkommission für Laos die Überwachung und die Kontrolle des Waffenstillstandes in Laos aus. Sie übt ihre Tätigkeit strikte in den Grenzen des von den drei laotischen politischen Richtungen geschlossenen Waffenstillstandsabkommens und in enger Zusammenarbeit mit den laotischen Behörden aus.

Art. 6. Die Internationale Kommission wird mit der Überwachung und der Kontrolle des Rückzugs der ausländischen Truppen und des ausländischen Militärpersonals, wie er in Art. 1 des Abkommens vorgesehen ist, betraut.

Art. 7. Auf Weisung der beiden Co-Präsidenten der Genfer Konferenz untersucht die Internationale Kommission Fälle von Verletzungen der Bestimmungen von Art. 3 des gegenwärtigen Abkommens betreffend das Verbot, irgendwelche ausländischen militärischen Einheiten und militärisches Personal in Laos einmarschieren zu lassen.

Zweites Kapitel

Art. 8. Die Internationale Kommission vollführt alle ihre Überwachungs- und Kontrollarbeiten in Zusammenarbeit mit der Regierung von Laos, die weitgehend zu ihrer Tätigkeit beitragen wird. Um ihre in Art. 6 vorgesehenen Funktionen zu erfüllen, wird die Kommission in Übereinstimmung mit der Regierung von Laos angemessene Gruppen bilden.

Art. 9. Die Beschlüsse der Internationalen Kommission über alle Fragen bedürfen einhelliger Annahme, ausgenommen die Beschlüsse, die ausschließlich Verfahrensfragen betreffen, für deren Annahme die Mehrheit erforderlich ist.

Art. 10. Die Internationale Kommission übt ihre Tätigkeit unter der allgemeinen Leitung und der Überwachung der beiden Co-Präsidenten der Genfer Konferenz von 1954 aus.

Art. 11. Die Ausgaben für den Unterhalt der Internationalen Kommission werden unter alle Staaten, die an der gegenwärtigen internationalen Konferenz teilnehmen, verteilt. Die Beitragsquoten der einzelnen Teilnehmer werden nach einer besonderen Vereinbarung unter ihnen festgesetzt.

Art. 12. Die Frage der Dauer der Tätigkeit der Internationalen Kommission wird von den beiden Co-Präsidenten der Genfer Konferenz von 1954 und der Regierung von Laos

geregelt werden, die nach Ablauf von drei Jahren geeignete Konsultationen über diese Frage vornehmen und alle Partner des vorliegenden Abkommens von ihren Beschlüssen in Kenntnis setzen werden. Die Regierung von Laos kann nötigenfalls bei den beiden Co-Präsidenten der Genfer Konferenz die Frage der Einstellung der Tätigkeit der Internationalen Kommission vor Ablauf der vorerwähnten Frist aufwerfen.

Art. 13. Das vorliegende Abkommen tritt mit der Unterzeichnung in Kraft. Es wird in den Archiven der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Großbritanniens deponiert, die allen Teilnehmerstaaten an der internationalen Konferenz über die Regelung der laotischen Frage, dem Abkommen entsprechend, bescheinigte Kopien zukommen lassen.

Dr. Viktor Kadalie

Die Freiheitsbewegung in Angola

Die vierhundertjährige portugiesische Kolonialherrschaft in Afrika hat ihre Endphase erreicht. Und dieses Ende ist grausam, blutig, unmenschlich. Angola gilt als das rückständigste unter allen früheren und noch bestehenden Kolonialgebieten auf dem afrikanischen Kontinent. Hunger, Zwangsarbeit, diktatorische Unterdrückung, menschenunwürdige Behandlungsweise, die Verhinderung einer wirtschaftlich-sozialen, politischen Entwicklung der 4,5 Millionen zählenden afrikanischen Bevölkerung — das sind die Kennzeichen des portugiesischen Kolonialsystems. Die nachteilige Auswirkung auf die Lebenssituation der afrikanischen Bevölkerung geht nicht nur auf das Schuldkonto des Staates Portugal, sie haftet auch dem Westen an.

Die Blockbildung Ost—West nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte zur Wahrung und Förderung gemeinsamer ideologischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen. Die Solidarität bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen schließt aber auch ein gemeinsames Schuldigwerden ein. Portugal ist ein Glied des Westens, und die Dinge, die es vor allem im Namen des Christentums in seinen afrikanischen Kolonien Angola und Mozambique tut, belasten somit auch den Westen. Das ist nicht nur eine zwangsläufige theoretische Überlegung, die Praxis liefert Beweise. So ist es auch ein offenes Geheimnis, daß die USA und England Waffen an die Südafrikanische Union liefern, obwohl man weiß, daß damit auf afrikanische Menschen geschossen wird. Die Weltbank bewilligt der Union Anleihen, um ihren Devisenschwund aufzufangen. Die Firma Krupp hat gerade in diesen Tagen in Angola einen Auftrag von über 180 Millionen DM zum Abschluß gebracht, eine Summe, die von Portugal garantiert wird. Und in der Bundesrepublik erfolgte von offizieller Seite das statement, daß Portugal einer der verläßlichsten Partner europäischer Partner sei.

Die westliche Presse — und das gilt vor allem auch für die Presse der Bundesrepublik — bringt Berichte und Aufnahmen von Überfällen der Eingeborenen Angolas auf weiße Siedlungen, von getöteten Farmerfamilien und dergleichen mehr. Selten nur wird berichtet von den unvorstellbar grausamen Vergeltungsmaßnahmen, welche die Weißen durchführen, von den brennenden Dörfern, den KZ-Lagern und Folterungen. In wenigen Wochen ist die Zahl der getöteten Afrikaner auf 50 000 angestiegen. Noch seltener aber wird in der westlichen

Presse von der vorausgegangenen, sich über Jahrzehnte und — im Falle Angolas — über Jahrhunderte hinweg erstreckenden brutalen Unterdrückung afrikanischer Menschen berichtet, die der Anlaß zu dem heutigen Ausbruch von Gewalt und Haß ist. Genau wie bei dem Mau-Mau-Aufstand in Kenya, bei den Ereignissen im Kongo wird auch jetzt wieder in Angola zu wenig auf die Hintergründe der Aufstandsbewegung eingegangen. In den meisten Berichten der westlichen Presse beginnt man beim Tage des Aufstandes, obwohl dieser nicht Ursache, sondern nur Folge, nicht Aktion, sondern nur Reaktion ist. Wie im Falle Kenyas, des Kongo und jetzt wieder in Angola gibt es diese verzerrten Darstellungen von aufgehetzten „Wilden", die messerschwingend aus dem Busch hervorbrechen und die Weißen umbringen, von Zaubertränken, die sie in Mordlust versetzen, von blutigen Eiden, die sie zu diesen Taten zwingen. Und dieser „wilden" Übermacht hält der weiße Mann stand, denn es gilt die abendländische Zivilisation zu verteidigen. Der Schwur der Angola-Portugiesen „Wir bleiben hier, ob über oder unter der Erde" bekommt dann etwas Tragisch-heldenhaftes.

Durch solche und ähnliche Presseberichte und Darstellungen in Illustrierten wird der Durchschnittsbürger in der Bundesrepublik nur allzu oft über die Situation in Afrika „informiert" und sein Werturteil auf verhängnisvolle Weise festgelegt.

Wir Afrikaner verfolgen diese Dinge stets mit großem Bedauern. Für viele von uns tut sich hier trotz aller persönlichen und echten Freundschaftsbeziehungen, die wir zu den verschiedensten Bevölkerungskreisen des Westens und auch in der Bundesrepublik haben, eine Kluft des Nichtverstehens auf, eine Scheidungslinie, die sich weder realpolitisch und noch weniger vom Emotionellen her schließen kann.

Immer wieder treffen wir auf diese zweiseitige Moral, wenn es um die Tötung eines weißen oder afrikanischen Menschen, wenn es um die Lebensrechte der weißen Siedler oder der afrikanischen Bevölkerung geht. Solange die westlichen Partner auf dem afrikanischen Kontinent Vorgänge tolerieren, wie sie unter portugiesischer Herrschaft geschehen, solange haben die Argumente des Westens gegen das kommunistische System, gegen die Zustände in den Ostblockstaaten keine Überzeugungskraft für uns.

Die jüngste Geschichte Europas hat bewiesen, daß Gewalt und Brutalität keine internationalen Probleme zu lösen vermögen. Das Scheitern der verschiedenen Kolonialsysteme hat doch deutlich gemacht, daß Unterdrückung und die Unterbindung elementarster Lebensrechte niemals eine Fremdherrschaft zu legalisieren vermag. Aus der jüngsten Vergangenheit ließen sich wahrlich genügend Lehren ziehen. Portugal hatte die Entwicklung der letzten zwölf Jahre auf dem afrikanischen Kontinent vor Augen: die Ausbreitung der afrikanischen Nationalbewegung, den Abbruch des britischen Kolonialimperiums, die Auflösung der französischen Kolonialmacht, die Versuche einer Neugestaltung der Beziehung zwischen ehemaligem Mutterland und den selbständig gewordenen afrikanischen Staaten. Während diese Entwicklung im Gange war, hatte Belgien seine Machtposition im Kongo sicher gewähnt und schwor auf die Richtigkeit seines eigenen Systems, das keine an europäischen Universitäten ausgebildete Elite der Afrikaner kannte, keine allmählich vorbereitende Entwicklung mit self-government, dem Aufbau eines Parlamentswesens und dergleichen mehr. Stolz verwies Belgien auf die vorbildliche Ruhe in seinem Kongo-Gebiet, während Großbritannien und Frankreich sich mitten in den Wirren und harten Auseinandersetzungen in ihren Kolonialgebieten befanden. Wie trügerisch und falsch interpretiert diese Ruhe in Belgisch-Kongo war, bewiesen die

Ereignisse der jüngsten Zeit. Das hätte auf Portugal wie ein rotes Warnsignal wirken müssen. Als dann über Nacht die „treuen" boys aus den Haushaltungen der Angola-Portugiesen verschwanden und die ersten Überfälle einsetzten, als sich herausstellte, daß sogar der afrikanische katholische Klerus sich an dem Aufstand beteiligte, war man fassungslos. Und gerade diese Fassungslosigkeit der Angola-Portugiesen, dieses zunächst ungläubige Staunen darüber, wie es überhaupt möglich sein kann, daß sich die „Wilden" gegen den weißen Mann erheben, diese Haltung erbittert uns am meisten.

1491 wurde Angola von Portugal annektiert. Zunächst diente es den Portugiesen ausschließlich als billiges Menschenreservoir für die Versorgung seiner reichsten Kolonie Brasilien mit Sklaven. Der vormalige Inspekteur für Überseegebiete und spätere Offizier zur See Henrique Galvão machte nach seiner Inspektionsreise durch Angola die Feststellung, daß es den Sklaven damals wohl noch besser ergangen sei als der afrikanischen Bevölkerung im heutigen Angola. Ein Sklavenhalter legte wenigstens Wert darauf, seine Sklaven einigermaßen zu ernähren, um sie für lange Jahre arbeitsfähig zu erhalten. Das portugiesische System der Zwangsarbeit dagegen vermietet heute Menschen auf begrenzte Zeit gegen ein Kopfgeld von etwa DM 5,— an Arbeitgeber auf dem Inlandmarkt und an die Goldminen der Südafrikanischen Union. Allein 1954 wurden 300 000 Afrikaner in Angola und 100 000 in Mozambique auf diese Weise rekrutiert.

Jeder portugiesische Bezirks-Officer (Chefe de Posto oder Chefe de Cantão) muß eine bestimmte Anzahl arbeitsfähiger Eingeborener für den Arbeitsmarkt bereitstellen. Wenn die Nachfrage größer ist als das normal zur Verfügung stehende Angebot, werden bei Nacht die Dörfer von Militärs umstellt und die Gefangenen mit Gewalt abtransportiert. Die portugiesische Regierung rechtfertigt diese Methode damit, daß Neger von Natur aus faul seien und Zwangsarbeit die beste Methode wäre, Afrikanern die Würde der Arbei beizubringen. Ein Gesundheitsdienst existiert für die afrikanische Bevölkerung nur dem Namen nach. Die Kindersterblichkeit liegt bei 60%, und 1/3 der Erwachsenen sind halbinvalid oder leiden an hochgradiger Unterernährung.

Die portugiesischen Kolonien werden — wie vormals die französischen und belgischen — zentralistisch von der Metropole des Mutterlandes her verwaltet. Die gesamte Kolonialpolitik liegt in Händen des Ministers für Überseeische Territorien in Lissabon. Seine Entscheidungen werden von den Gouverneuren in jeder Kolonie durchgeführt, die selbst keinerlei legislative Befugnisse haben, nur die Ernennung von Mitgliedern des örtlichen Kolonialrates steht ihnen zu. Dieses Council hat einen beratenden Charakter und entwirft Vorschläge für den Kolonialminister in Lissabon. Jedes dritte Jahr kamen bisher die Gouverneure aus den einzelnen portugiesischen Kolonien in der Hauptstadt des Mutterlandes zusammen. Sie kamen aus Macao (an der chinesischen Küste), aus Goa, Damao und Diu (in Indien), von den Madeirischen Inseln, den Azoren und Cap Verde; aus Afrika von den Inseln Sao Thomé und Prinzipe, von Angola und Mozambique. In den portugiesischen Kolonien in Afrika leben zusammen 9 Millionen Afrikaner. Die politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stehen ausschließlich unter europäischer Kontrolle. Der afrikanische Nationalismus wurde mit allen Mitteln unterdrückt — Parteien und sonstige Organisationen waren verboten. Versammlungen durften ohne offizielle Erlaubnis nicht abgehalten werden. Afrikaner dürfen ohne Wissen des Chefe de Posto oder Chefe de Cantão ihre Dörfer nicht verlassen.

Ähnlich wie im französischen Kolonialsystem gibt es auch im portugiesischen für die Afrikaner die Möglichkeit der Assimilation. Um diesen Status eines

assimolandos zu erreichen, muß der betreffende bestimmte Bedingungen erfüllen: den katholischen Glauben annehmen, fließend portugiesisch sprechen, sich die portugiesische Kultur zu eigen machen, seine Militärzeit abgedient haben, eine Arbeitsstelle mit einer bestimmten Einkommenshöhe nachweisen, er muß Gehorsam vor dem Gesetz bezeugen und sich der Verpflichtungen als portugiesischer Bürger bewußt sein. Da Angola die rückständigste europäische Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent ist und die wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Möglichkeiten für die Afrikaner überaus beschränkt sind, haben nach über 400jähriger Herrschaft nur 1% der Bevölkerung den Status von assimolandos. Und von diesen knapp 400 000 sind noch die meisten Mischlinge!

Mit den Unruhen in Angola ist nunmehr der Kreis geschlossen. Jedes der Kolonialsysteme, ob britisch, französisch, belgisch oder portugiesisch, ist gescheitert, so unterschiedlich ihre Prinzipien der Kolonialpolitik auch waren. Nicht einmal das System der Portugiesen, die glaubten, durch ein Absorbieren der kleinen Elitegruppe jede Opposition gegen die Kolonialmacht auszuschalten, hat sich als haltbar erwiesen. Die Soldaten Salazars verhafteten den 70jährigen farbigen Monsignore Manuel Mendes das Neves, Generalvikar der Erzdiözese Luanda. Er und seine ihm unterstellten Geistlichen sind der Mitbeteiligung an der Erhebung der afrikanischen Nationalbewegung in Angola verdächtig. Keta M-Kelle, einer der führenden Leute der angolesischen Freiheitsbewegung „Movimento Popular de Libertacão de Angola", gehört ebenso zu dieser kleinen Elite, die, mit portugiesischen Bürgerrechten ausgestattet, für Salazars System den angeblichen Sicherheitsfaktor darstellen sollten, wie Kidio Machador, der Vizepräsident der Freiheitsbewegung, wie Pascoal da Costa und eben der geistliche Vater Neves. Sie und tausende andere sitzen in den Gefängnissen. Die PIDE (Policia International de Defenda do Estado), die nach dem Vorbild der Gestapo ausgebildete Geheime Staatspolizei, führt die Massenverhaftungen durch. Sie verfolgen nicht nur jeden Afrikaner in Angola, der lesen und schreiben kann, schon ein Eingeborener auf einem Fahrrad ist der Verfassung von Flugblättern und der Organisation des Widerstandes verdächtig. Die afrikanischen Dörfer im Norden Angolas wurden bombardiert, die Reservationen nahe der Hauptstadt Luandas wurden in KZ-Lager verwandelt.

Das Typische an der Freiheitsbewegung der afrikanischen Nationalbewegung auf dem Kontinent kennzeichnet auch den Aufstand in Angola. Die politischen Führer der Afrikaner stammen aus der kleinen Elite. Es hat sich gezeigt, daß die Rechnung der Kolonialmächte nicht aufging, mit Hilfe der gebotenen Chance der Assimilation „schwarze Weiße" aus ihnen zu machen. Trotz oder vielleicht sogar wegen ihrer Privilegien, verglichen mit der Masse der Bevölkerung, finden sich beide Teile zusammen, bilden eine Einheit, kämpfen Seite an Seite gegen die Unterdrückung und die Fremdherrschaft der Europäer. Der Aufstand in Angola hat aber noch einen ganz besonderen, einmaligen Akzent. Er wird getragen von einer schwarz-weißen Widerstandsbewegung. Neben der rein afrikanischen Organisation ist eine rassengemischte „Volksbewegung zur Befreiung Angolas" entstanden. Im Februar dieses Jahres stürmten Weiße zusammen mit Afrikanern die Gefängnisse der Hauptstadt Luanda und befreiten politische Gefangene. Weiße Portugiesen hatten dem Kolonialregime Salazars den offenen Kampf erklärt.

Während die seit Jahrhunderten im Land sitzenden portugiesischen Siedler jenen Siedlertypus in Kenya, Algerien und Kongo noch bei weitem übertreffen, was ihre Mentalität und ihre Haltung gegenüber den Eingeborenen betrifft, und nur noch mit den Buren der Südafrikanischen Union verglichen werden können, — erfolgte seit Ende des letzten Weltkrieges ein ständiger Zustrom von Um-

siedlern, von Weißen aus Portugal nach Angola, mit einer jährlichen Durchschnittsrate von etwa 2000. Salazars Plan war, durch diesen Zustrom von Umsiedlern das weiße Element in dieser Kolonie zu verstärken. Die Umgesiedelten fanden hier die gleiche Diktatur vor wie im Mutterland. Es bildeten sich unter Führung des Portugiesen Mario de Andrade oppositionelle Gruppen, — Anti-Salazar-Gruppen, die gleichzeitig zum Widerstand gegen diese Art von Kolonialregime aufriefen. Die „Santa Maria"-Affäre gab das Signal zum offenen Kampf.

Salazar versucht die Bedrohung seiner Diktaturherrschaft sowohl in Portugal wie auch in seiner afrikanischen Kolonie durch militärische Übermacht brutal zu ersticken. Es kann erwartet werden, daß er früher oder später den mit der Südafrikanischen Union abgeschlossenen und auf Gegenseitigkeit beruhenden Verteidigungspakt in Anspruch nehmen wird, um mit dieser Hilfe die Hochburg des weißen Nationalismus in Afrika zu halten.

Die Entwicklung in Angola bestärkt uns Afrikaner aus allen anderen Teilen des Kontinents in der bitteren Überzeugung, daß keine europäische Kolonialmacht aus den Ereignissen der letzten 12 Jahre eine Lehre zu ziehen vermag; daß keine aus der Einsicht in den unabänderlichen Lauf der Zeitgeschichte, in die sich verändernden Machtverhältnisse, von sich aus eine Änderung in den Beziehungen zu ihrem Kolonialvolk anstrebt.

Im Gegenteil, je kleiner und unbedeutender die Kolonialmacht — wie im Falle Belgiens und Portugals —, desto hartnäckiger klammern sich diese europäischen Staaten an ihren Kolonialbesitz, desto gefährlicher, brutaler und blutiger wird der Kampf zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Nur auf dem Rücken ihres Kolonialvolkes stehend, glauben diese europäischen Kleinstaaten den Ruhm ihrer versunkenen historischen Macht, ihr heutiges außenpolitisches Prestige und ihre interne Ökonomie aufrecht erhalten zu können. Und diese Herrenvolk-Mentalität, welche die eigene staatspolitische und kulturell Unbedeutendheit auf Kosten der unterdrückten und ausgebeuteten afrikanischen Bevölkerung zu verschleiern sucht, ist im Grunde genommen noch hassenswerter als der kompromißlose Fanatismus der weißen Siedler, die „über oder unter der Erde" dort bleiben wollen, in Angola, in der Südafrikanischen Union, in Algerien.

Die Auswirkungen der Angola-Krise auf die übrigen Gebiete des Kontinents wird nicht ausbleiben. Bisher hat noch eine jede dieser Krisen ihren ganz typischen, sich immer wiederholenden Verlauf genommen. Er erinnert manchmal an die Aufführung eines und desselben billigen Schauspiels mit verteilten Rollen: dieselbe Reaktion der Siedler, die gleiche Abwehrstellung des kolonialen Mutterlandes; nur die Brutalität der Maßnahmen gegen die Aufständischen bildet die einzige Variante, dagegen bleibt ebenfalls gleich die Rolle der westlichen Partner. Wenn sie nicht direkt die Kolonialmacht stützen, so tolerieren sie das Vorgehen ihres europäischen Bundesgenossen.

Die neutrale Politik der unabhängigen afrikanischen Staaten wird dadurch Schritt für Schritt auf eine verstärkte Tendenz der Ablösung vom Westen hingedrängt. Nach den Ereignissen im Kongo, in Algerien und in der Südafrikanischen Union wird die jetzige Entwicklung in Angola sehr wesentlich zu einer Beschleunigung dieses Vorganges beitragen.

***

Zur Lage in Persien

Vorbemerkung der Redaktion: Vor kurzem versammelten sich in der Kölner Universität mehr als zweihundert in Köln, Düsseldorf und Aachen studierende junge Iraner zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Mißstände in ihrer Heimat. Aus dem Kreise dieser oppositionellen persischen Studenten — die aus Gründen ihrer persönlichen Sicherheit ungenannt bleiben müssen — stammt der folgende Aufsatz. Er erhellt eine Wirklichkeit, die bedeutsamer und spannungsreicher, allerdings auch ernster ist als der sentimentale kleine Ausschnitt Soraya—Schah—Farah, der vom größten Teil unserer Presse — und nicht den Illustrierten allein — in einfallsloser, absichtsvoller Monotonie immer wieder in Color angestrahlt wird.

Korruption, Analphabetentum, Unterdrückung und Demagogie — das ist das Ergebnis zwanzigjähriger persischer Feudalherrschaft, für die letzten Endes der Schah die Verantwortung trägt.

1920 beseitigte der damalige Kriegsminister Reza Pahlewi mit Unterstützung Englands die alte Ghadjar-Dynastie, weil die englische Regierung ein williges Werkzeug zur Wahrung ihrer Ölinteressen benötigte. Pahlewi regierte 20 Jahre zur vollständigen Zufriedenheit seiner Kolonialherren.

Während dieser Zeit wurde jede Emanzipationsbestrebung des iranischen Volkes gewaltsam unterdrückt. Einkerkerungen, Folterungen und Erschießungen derjenigen, die sich für die nationale Unabhängigkeit, für Pressefreiheit und Menschenrechte im Iran einsetzten, waren an der Tagesordnung. Unter diesem absoluten Herrscher wurden mit den Engländern neue Ölabkommen ausgehandelt, die den Iran noch fester an die Kette des Kolonialismus legten. Von nun an bestimmten die englischen Ölmagnaten die iranische Politik. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Reza Pahlewi von seinem ältesten Sohn, dem jetzigen Schah Mohammed Reza Pahlewi, abgelöst, der sich als ein „würdiger" Nachfolger seines Vaters erwies. Jetzt schalteten sich auch amerikanische Monopolgesellschaften in die iranische Ölgewinnung ein, und die Ausbeutung des iranischen Volkes geschah gegenüber früher auf noch breiterer Basis.

Dies ist aber auch die Zeit, da sich im Iran eine starke Bewegung bildete, die Unabhängigkeit von ausländischer Bevormundung forderte. Unter dem Druck dieser innenpolitischen Entwicklung wurde Mohammed Mossadegh Ministerpräsident der iranischen Regierung. Er leitete Maßnahmen zur Nationalisierung der iranischen Ölvorkommen ein, wodurch der Iran internationales politisches Gewicht bekam. Da Mossadegh also Hand an die ausländischen Ölkonzerne legte, machte er diese zu seinen erbitterten Feinden, und sie begannen mit dem Schah als Helfershelfer gegen ihn und seine legale Regierung einen Putsch zu organisieren. Dieser Putsch, der ihnen im August 1953 gelang, stellte die koloniale Abhängigkeit — die sich bis heute nicht verändert hat — wieder her und mit Hilfe eines neugegründeten Sicherheitsdienstes, vergleichbar dem nationalsozialistischen SD, auch die mittelalterliche feudale Herrschaftsform. Seither sind die Gefängnisse wieder gefüllt mit nationalen Kämpfern. Soziale und kulturelle Einrichtungen, z. B. die Universität Teheran, sind unter dem Vorwand politischer Betätigung gegen die Regierung geschlossen worden. Die nationalen Zeitungen wurden verboten; gleichzeitig wurden die regierungstreuen Zeitungen durch große Subventionen unterstützt bzw. neue Zeitungen gegründet. Das Verbot der nationalgesinnten politischen Parteien und die Gründung zweier Regierungsklubs unter den Decknamen Melliun- und Mardum-Partei hat gezeigt, daß

die iranische Regierung die Charta der Vereinten Nationen und die iranische Verfassung, zu denen sie sich vor der Öffentlichkeit bekennt, mißachtet. Im Auftrage der Regierung geht der Sicherheitsdienst auf das brutalste gegen jeden vor, der der Korruption irgendeinen Widerstand entgegensetzt; er bespitzelt im In- und Ausland jeden, der als Oppositioneller verdächtig ist.

Unter dieser die Freiheit einschränkenden Regierung ist in den letzten acht Jahren im Iran zweimal gewählt worden — und jedesmal sind die untauglichsten Leute als Abgeordnete ins Parlament eingezogen. Die Einmischung der Regierung in die Parlamentsbildung war so offenkundig, daß innerhalb einer kurzen Zeit das Parlament zweimal aufgelöst worden ist — und zwar vom Schah selbst, der an seiner Bildung entscheidend mitgewirkt hatte. Dies beweist, daß die herrschende Schicht an einer parlamentarischen Regierungsform nicht interessiert ist.

Entgegen dem Willen der Wähler gab die Legislative dem Schah noch mehr Machtbefugnis in die Hand. Heutzutage ist der Schah gezwungen, Parlament und Senat aufzulösen, die er selber in dieser Zusammensetzung dem Volk aufgezwungen hatte, und nun hat er eine vorläufige Regierung unter Premierminister A l i A m i n i eingesetzt.

Es ist klar, daß ohne Freiheit und Sicherheit während der heutigen Unterdrükkung für die Nation kein Recht zur Meinungsäußerung bleibt. Unter diesen Bedingungen wird die Kultur des Landes erstickt. die Lehrer haben keine Möglichkeit, sich mit ihren Schülern frei zu unterhalten. Das Kulturbudget ist im Verhältnis zu anderen, nicht notwendigen Ausgaben so klein, daß nach langen Jahren keines der obligatorischen Erziehungsprogramme, die unter der Regierung Mossadegh einst entwickelt worden sind, verwirklicht werden konnte.

Obwohl der Iran nur zwanzig Millionen Einwohner zählt— von denen laut einer UNESCO-Statistik 90 % Analphabeten sind —, unterhält die Regierung eine Streitmacht, die laut „Time" größer ist als die Streitmacht Westdeutschlands oder Japans. Bei einem jährlichen Einkommen von 280 Millionen Dollar — ausschließlich aus Ölkonzessionen — gibt die iranische Regierung jährlich 200 Millionen Dollar für das Militär aus und über 150 Millionen für den neugegründeten Saatssicherheitsdienst. Das Defizit wird durch Anleihen bei ausländischen Banken gedeckt. Bei einem solchen Unmaß von unproduktiven Staatsausgaben ist es verständlich, daß der Staat z. B. für einen Lehrer in der Hauptstadt Teheran nur 35 Dollar Monatsgehalt erübrigt.

Die wirtschaftliche Situation ist so katastrophal, daß die Lehrer für die Verwirklichung ihrer Rechte keinen anderen Ausweg sahen als Auflehnung gegen die Regierung. Es ist aber auch klar, daß das heutige verfaulte Regime auf die Forderungen der Lehrer zunächst keine andere Antwort hatte als Einkerkerungen, Folterungen und Erschießungen. Das beste Beispiel dafür ist, daß, als vor einigen Wochen mehrere tausend Lehrer und Studenten vor dem Parlament wegen Erhöhung ihrer Gehälter demonstrierten, zwei von ihnen erschossen und viele verletzt worden sind.

Die Kinder in den Dörfern und bei den verschiedenen Stämmen in der Provinz haben keinen Lehrer. Die iranischen Universitäten werden nicht nur nicht erweitert, sondern die Regierung drosselt radikal den Zustrom der iranischen Jugend zu den Universitäten, die seit langem Bastionen des nationalen Kampfes sind. Deswegen beträgt die Zahl der in Europa und in Amerika studierenden Iraner 15 000 — das sind zwei Drittel aller Studenten, die an iranischen Universitäten studieren!

Das Studium an den Oberschulen des Landes, das bis vor fünf Jahren kostenlos war, muß jetzt unter dem Vorwand, daß die Schulen Sache des Volkes seien, auf folgende Weise finanziert werden: Die Schüler müssen fünftausend Rials (250 DM)

jährlich an Schulgeld bezahlen. Das ist eine der Maßnahmen der herrschenden Kreise im Iran, um den Zuwachs an Intelligenz zu vermindern.

Die exklusive Vetternwirtschaft der Regierungsschicht mit dem Schah an der Spitze, die sich allein durch einen Mangel an Fachkenntnis auszeichnet, betrachtet das Staatsbudget als ihre private Kasse. Die im Jahre 1954 neu abgeschlossenen verräterischen Ölverträge mit den USA, England, Frankreich und Holland — Unterzeichner war der damalige Finanzminister Ali Amini — sollten angeblich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern; aber die wirtschaftlichen Programme sind nie verwirklicht worden. Gemäß der Statistik des sogenannten Sieben-Jahres-Planes betrugen die Einnahmen des Iran aus der Ölgewinnung bis Anfang 1961 über 1,75 Milliarden Dollar, wovon zur Verwirklichung der vorgesehenen Projekte nur 1,15 Milliarden nötig gewesen wären. Trotz dieses gewaltigen Überschusses wurde nur ein winziger Bruchteil aller Projekte in Angriff genommen, das gesamte Geld aber aufgebraucht und darüber hinaus noch ausländische Anleihen aufgenommen. Von 1954 bis Anfang Februar 1959 betrug das Öleinkommen 650 Millionen Dollar. Dieser Betrag war ausreichend für die Erfüllung der in Angriff genommenen Projekte — und doch ist in der gleichen Zeit noch eine Staatsanleihe von 310 Millionen Dollar dazu aufgenommen worden! Jetzt stellt sich die Frage nach der Verwendung dieser riesigen Summe. Das iranische Volk weiß genau, daß diese Gelder in die Taschen des Schahs und seiner Clique geflossen sind. Sie dienten dazu, dem Schah einen luxuriösen Aufenthalt in Paris und an der Riviera zu finanzieren und seine Mannequins mit kostbaren Geschenken zu überhäufen. Sie diente ferner dazu, der herrschenden Schicht Luxusvillen und verschwenderisches Leben zu ermöglichen. Beispielsweise hat der ehemalige Chef des Sicherheitsdienstes B a k h t i a r sich einen Palast für „nur" 15 Millionen DM geleistet.

Dieses verfaulte und korrupte Regime im Iran betreibt eine Finanzpolitik, die die Währung des Landes in eine Katastrophe treibt. Nach einem Gesetz vom April 1957 wurde der Gegenwert für ein Gramm Gold von 36 Rials auf 85 Rials erhöht, wodurch die Kaufkraft des Rial um 120 % verringert wurde. Auf Grund dieser Maßnahme sind allein in den Jahren 1958/59 3,5 Milliarden Rials (175 Millionen DM) neu in Umlauf gesetzt worden. Man kann also eindeutig von einer Inflation sprechen.

Diese Politik am Rande des Abgrundes wird gegen den Willen des Volkes durch Terrormaßnahmen aufrecht erhalten. Der iranische Sicherheitsdienst unter persönlicher Führung des Schahs unterdrückt jede oppositionelle Regung.

Die A g r a r f r a g e ist seit langem eine der brennendsten in unserem Lande. Nach offiziellen statistischen Angaben sind von der Gesamtfläche des Iran (143,3 Millionen Hektar) 50 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbar, 18 Millionen Hektar bewaldet, 10 Millionen Hektar Weiden und die übrige Fläche Wüsten und Gebirge. Dieselbe Statistik weist aus, daß 1957 von 50 Millionen Hektar anbaufähigen Bodens nur 5,7 Millionen Hektar bewirtschaftet wurden; bewässert wurden davon nur 1,6 Millionen Hektar. Die Viehzucht nimmt in der Wirtschaft des Landes eine wichtige Stellung ein. Nach vorliegenden Schätzungen bringt die Viehwirtschaft annähernd die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Produktion auf. Tierische Erzeugnisse nehmen — außer dem Erdöl — im Export einen bedeutenden Raum ein. Die Hauptform des Eigentums an Boden und Wasser ist das gutsbesitzerische Großeigentum, während die Hauptform der Beziehungen zwischen Gutsbesitzer und Bauer die Pacht ist. Der Grundbesitzer verpachtet dem Bauern Land und Wasser, er stellt ihm auch Saatgut und Vieh, und der Bauer bearbeitet dafür den Boden. Die Ernte wird nach bestimmten Regeln zwischen dem Gutsbesitzer und dem Bauern geteilt. Das geschieht nach dem Prinzip, wie viele von

den fünf Faktoren Arbeitskraft, Arbeitsmittel, Boden, Wasser und Saatgut der Bauer selber besitzt; sein Anteil am Ertrag steht im gleichen Verhältnis wie sein Anteil an diesen fünf Faktoren. Da nach genauesten statistischen Angaben 60 % aller iranischen Bauern landlos sind, also von den fünf Faktoren nur einen, nämlich ihre eigene Arbeitskraft, in das Pachtverhältnis einbringen, erhalten sie vom Ertrag nur ein Fünftel. 23 % besitzen weniger als ein Hektar Land, 10 % ein bis drei Hektar und nur 7 % aller iranischen Bauern mehr als drei Hektar. Nach einer Statistik der UNO von 1955 gehören im Iran 14 % der gesamten Anbaufläche den Bauern, 85 % aber den Gutsbesitzern, dem Staat oder religiösen Institutionen, der Rest von 1 % entfällt auf bäuerliches Gemeinland.

Die Hauptforderungen der armen Bauerschaft sind folgende: Boden und landwirtschaftliche Geräte — unentgeltlich und ausreichend — für landlose und landarme Bauern, Befreiung dieser Bauern von der unerträglichen Schuldenlast, der vom Gutsbesitzer abhängige Zinsbauer muß ein selbständiger und freier Bauer werden.

In der jüngsten Zeit haben sogar einige Vertreter der herrschenden Kreise Irans zugegeben, daß eine Agrarreform notwendig ist. Der Schah und eine Gruppe seiner politischen Vasallen reden davon, daß der Grundbesitz eingeschränkt und ein gewisser Teil des Großgrundbesitzes an die Bauern verteilt werden müsse. In Wirklichkeit kann von einer „Verteilung" keine Rede sein, vielmehr handelt es sich um einen reinen Verkauf. Der Schah selbst begann einen Teil seiner Besitzungen gegen langjährige, bis zu hundertjährige Raten an arme Bauern zu verkaufen. So sind diese nun aufs neue verschuldet und dürfen ihren „Wohltätern" dafür auch noch die Füße küssen. Parallel zu dieser Aktion ging die Gründung einer sogenannten „Bodenbank" vor sich, die dem Schah das gesamte Kapital seiner verkauften Ländereien auf einmal auszahlte, um es sich mit Zinsen von den Bauern wiedergeben zu lassen.

Es ist trotz allen Proklamationen festzustellen, daß die großen Feudalherren in ihrer Mehrheit gegen jedwelche Änderung der Agrarverhältnisse sind. Sie meinen, daß allein der Grundbesitzer Änderungen an seinem Besitz vornehmen dürfe. Ein anderer Teil der Gutsbesitzer hält Agrarreformen für möglich, doch nur solche, die ihre eigenen Interessen nicht schmälern.

Die Arbeiter, Handwerker, die kleinen Beamten und Lehrer befinden sich in einer ähnlichen Lage wie die Bauern. Die Hälfte der Arbeiter ist ständig arbeitslos. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden am Tag für einen Lohn von 80 Rials (4 DM). Sozialversicherung, Krankenkasse, Altersversorgung — alles das ist für unsere Arbeiter ein Traum. Mit am schlechtesten gestellt sind die Hunderttausende von Kindern, Frauen, Männern und Greisen, die von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang für fremden Gewinn die in der ganzen Welt so viel bewunderten persischen Teppiche knüpfen.

Alle die hier geschilderten Mißstände werden sich auch unter Amini nicht ändern. Er selbst gehört jenen „tausend Familien" an, die für alle Mißstände die Verantwortung tragen und ihre eigenen Interessen und Profite über das Wohl des ganzen Volkes stellen. Alle wohlklingenden Versprechungen, die Amini seit seinem Regierungsantritt gemacht hat, haben in Wirklichkeit nur den Zweck, die Erregung im Volke zu mildern und der immer stärker werdenden National-Iranischen-Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das aber könnte nur mit Taten, niemals mit Worten erreicht werden.

Propst D. Dr. Heinrich Grüber

Gegen die Verniedlichung

Für einen Menschen mit einem Werdegang wie dem meinen ist es nicht einfach, zu Äußerungen von Staatsoberhäuptern oder gewesenen Staatsoberhäuptern Stellung zu nehmen oder aber Kritik daran zu üben. Sie muß da, wo die Staatsoberhäupter nicht unmittelbar die Politik ihres Volkes und Staates bestimmen, in einer höflichen und parlamentarischen Form erfolgen. Staatsmänner, die das politische Geschehen ihres Volkes unmittelbar beeinflussen, müssen sich alle Kritik gefallen lassen, und je autoritärer sie regieren, umso grundsätzlicher und radikaler muß der Widerspruch und die Kritik sein.

Es wird mir nicht leicht, Stellung zu nehmen zu einer Äußerung des Präsidenten der Bundesrepublik und des ehemaligen Präsidenten, mit dem ich mich seit der Zeit eines gemeinsamen Kampfes gegen das Dritte Reich verehrungsvoll verbunden weiß. Ich sehe aber in der „Verniedlichung", deren sich beide schuldig gemacht haben, eine große Gefahr.

Dr. Lübke hat sich zu dem Fall Eichmann in einer Form geäußert, die schärfsten Widerspruch auslösen muß. Vor allen Dingen, wenn er davon spricht „daß Mitglieder unseres Volkes sich an solchen Verbrechen beteiligen (!) konnten . . ." Ich habe immer auf die große Gefahr hingewiesen, die darin besteht, daß man einen Gegensatz konstruiert zwischen Eichmann und seinen Mordgesellen und den anderen. Dem „Hitler in uns" waren wir alle mehr oder weniger verfallen, und wir haben ihn bisher noch nicht überwunden, wenigstens nicht im öffentlichen Leben. Es geht nicht um den einen Eichmann oder die „Eichmänner" allein, es geht auch nicht um einige verschämte und schwache Andeutungen von irgendeiner Mitschuld, Andeutungen, die um so weniger bedeuten, je allgemeiner sie gehalten sind. An allgemeinen Schuldbeteuerungen hat es nicht gefehlt, auch nicht in meiner Kirche, insonderheit nicht von kirchlichen Würdenträgern, die damals tapfer geschwiegen haben. Nur konkrete Erkenntnisse und Bekenntnisse helfen uns weiter und machen uns frei. Könnten nur mehr Deutsche sich einmal überwinden zu sagen: „Ich habe dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt — und das war politisch nicht nur unklug, sondern verbrecherisch." „Ich habe am 9. November geschwiegen, das war feige." „Ich habe Verfolgten und Gequälten mein Haus nicht geöffnet, und das war unmenschlich."

Schwerwiegender noch empfinde ich die Äußerungen von Prof. Heuss, die er bei der Eröffnung des Amerika-Institutes in Stuttgart getan hat. So wie seine Äußerungen von der Presse wiedergegeben wurden, sind sie ein Freibrief für alle „Fortgelaufenen", nicht nur für einige Menschen, die Prof. Heuss vielleicht im Auge hatte.

Man muß klar unterscheiden zwischen Vertriebenen und Geflüchteten. Im internationalen Sprachgebrauch — ich war ja der erste Deutsche nach 1945 im Ökumenischen Flüchtlingskomitee — unterscheidet man zwischen Expellees und Refugées.

Für die Expellees — und dazu gehörten im Dritten Reich in erster Linie die Opfer der Nürnberger Gesetze, denen das Bürgerrecht eingeschränkt, bzw. abgesprochen wurde — glaube ich sagen zu können, daß sie nach 1945 nicht nur wieder in die alte Heimat eingeladen werden sollten, sondern daß man ihnen die alte Heimat auch wieder „heimisch" machen sollte.

Unter den Refugées, die ein Refugium — eine Zufluchtsstätte — gesucht haben, gab es eine Reihe, die auf Weisung ihrer Organisation oder ihrer Partei den Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, um ihre Tätigkeit fortführen zu kön-

nen. Der größte Teil waren aber solche, denen das System nicht paßte, die nicht die Kraft verspürten, Widerstand zu leisten, und die den Mut nicht hatten, das Opfer der Freiheit und des Lebens zu bringen. Je weniger triftig die Gründe waren, die sie veranlaßt hatten, Deutschland zu verlassen, umso länger haben sie sich nach 45 überlegt, ob sie nach Deutschland zurückkehren sollten, denn Opfer- und Einsatzbereitschaft waren bei ihnen ja nicht groß geschrieben. Aber alle Emigranten, die Flüchtlinge waren, haben ein Trauma und sind zum größten Teil mit Antikomplexen erfüllt, die sie nicht zur inneren Freiheit kommen lassen. Diese Spätzurückgekehrten sind wahrscheinlich der größte Schaden für die politische Entwicklung Deutschlands nach 45 gewesen. Die Uniform, die viele unter ihnen in der Fremde trugen, war nicht nur ein zeitbedingtes Kleidungsstück, sondern hat auch ihre Gesinnung gewandelt, so daß sie die Interessen des Gastlandes oft stärker sahen als die ihrer ehemaligen Heimat. Davon abgesehen, haben sie ja auch 12 Jahre entscheidender deutscher Geschichte nur als Fernzuschauer erlebt.

Die Menschen, die in die innere Emigration gingen, sind oft auch nicht frei von diesen falschen Bindungen. Es muß ja doch noch auf ihnen lasten, daß sie Türen, Ohren und Herzen vor den bedrängten und verfolgten Freunden verschlossen. Als wir 1947 erlebten, wie die Remigrierten sich immer stärker in Schlüsselstellungen schoben, gaben wir die Losung aus „Pontifex und nicht Partisan". Wir wollten alle verantwortlichen Deutschen dazu aufrufen, gesamtdeutsche Interessen zu vertreten, nicht die Belange einer Besatzungsmacht. An der Spaltung Deutschlands und Berlins sind die Remigrierten schuldiger als die Besatzungsmächte, in deren Gefolgschaft sie sich begaben und die sie mit schlechten Ratschlägen bedienten. Die kalte Kriegsstimmung, die heute auf beiden Seiten Deutschlands mit erhöhtem Eifer propagiert wird, wird ja im wesentlichen von diesen Remigranten getragen. Zu den Politikern, die die Spaltung förderten, kommen in Westdeutschland die führenden Kreise aus Wirtschaft und Handel. Nach dem Zusammenbruch trat ein führender ausländischer Politiker, Chef einer Delegation, an mich heran und bat, ich möchte versuchen, Wirtschaftler, die unbelastet gewesen seien, einmal zusammenzubringen, damit von diesem Gremium aus eine neue Entwicklung in Deutschland in Ansatz gebracht würde und damit die Fehler, die wir in der Zeit vor 1933 und von 33 bis 45 erlebt haben, vermieden werden könnten. Auf meiner Suche nach führenden Wirtschaftlern, die nicht in irgendeiner Weise durch die Partei gebunden waren, habe ich einen einzigen in Westdeutschland gefunden. Alle anderen haben entweder die Entwicklung Hitlers unterstützt oder waren zumindest nominelle Pgs. und Mitläufer.

Wir kommen in Deutschland nur weiter, wenn wir die Dinge in der Vergangenheit klar sehen und wenn wir in der Gegenwart ebenso klar stehen. Und darum halte ich alle solche Verharmlosungen, auch der augenblicklichen Situation, für eine Gefahr, die aufs neue einem Ungeist den Boden bereitet.

Studentenpfarrer Rudolf Weckerling

Propst D. Dr. Heinrich Grüber

Aus Anlaß seines 70. Geburtstages

Im zweiten Monat des Eichmann-Prozesses wurde Heinrich Grüber als erster deutscher Zeuge in Jerusalem vernommen. Nicht die Öffentlichkeitswirkung, die sein Name damit durch Presse, Rundfunk und Fernsehen erhielt, war das Bewegende bei seinem Auftreten, sondern das Echo, das seine Aussagen fanden. Von zehn Briefen, die ihn erreichen, sind zwei zwar Drohbriefe, aber acht — vorwiegend von jüdischen Menschen — sprechen Dankbarkeit und Anerkennung aus. In Israel wurde ihm gesagt: Jetzt können wir den Deutschen wieder freundlich begegnen. So durfte der Jubilar kurz vor seinem 70. Geburtstag, den er am 24. Juni feiert, in überwältigender Weise erfahren, daß der Einsatz, den er im Dritten Reich gewagt hatte, mit allen Kämpfen und Leiden nicht vergeblich war, sondern vielfältige Frucht getragen hat und trägt.

Herkunft

Grüber entstammt einer Lehrersfamilie. Sein Geburtsort ist Stolberg im Rheinland. Der Vater sorgte dafür, daß er die französische Sprache und Kultur kennenlernete. Seiner Mutter, einer Holländerin, verdankt er die Kenntnis des holländischen Sprach- und Lebensbereichs. So war er früh für einen engstirnigen Nationalismus verdorben. Zu dem rheinischen Temperament kam die Begegnung mit lebendiger reformierter Tradition, die ihn zu einem Praktiker des Reiches Gottes machte. „The kingdom of God is at hand", übersetzt die englische Bibel. Von Natur und durch Gnade ist Grüber in allen Stunden seines Lebens ein Aktivist gewesen, nicht nur ein wacher Aktivist der ersten Stunde, sondern auch in Situationen, in denen selbst gläubige Christen normalerweise verzagen und versagen. Wo er hinkommt, wird es lebendig, aufregend und unbequem. Als dezidierter Frühaufsteher und Schnellschalter bewältigt er ein unheimliches Arbeitspensum. Manchmal droht er mit seiner Aktivität alles an sich zu reißen oder mit der Kirche durchzubrennen, aber dann wird überraschend deutlich, daß sein starkes, selbstbewußtes, aktives Ich — das keine falsche Scham, sondern ein hochdosiertes Selbstbewußtsein und eine entwaffnende ursprüngliche und naive Überzeugtheit von sich selbst kennt —, umschlossen, gehalten, gefangen und getragen ist von einem anderen „Anochi" (hebräischer betonter Ausdruck für Ich, wie er auch von Gott gebraucht wird). Daß er nach allem Erlebten und Erlittenen noch so von Leben sprüht, ist nach Expertenaussage ein medizinisches Wunder. Hier spiegelt sich etwas von der paulinischen Aussage: „Ich lebe aber: doch nun nicht ich, sondern Christus lebt in mir. Denn was ich jetzt lebe im Fleisch, das lebe ich in dem Glauben des Sohnes Gottes, der mich geliebt hat und sich selbst für mich dargegeben."

Nach dem Abitur trieb er zuerst philosophische und historische Studien, bis er sich dann für die Theologie entschied und in Bonn, Berlin und Utrecht studierte.

Sozialer Dienst

Nur 5 Jahre lang betätigte sich Grüber im Dienst einer Ortsgemeinde (Dortmund-Brackel.). Dann wurde er 1925 in die Arbeit der Inneren Mission gerufen und wirkte als Anstaltspfarrer in Alt-Düsseltal. Bald darauf ging er in das Erziehungsheim Waldhof bei Templin in der Uckermark und widmete sich der Jugend, die sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen hatte. Dabei erkannte er, daß das Evangelium nicht nur in Worten ausgerichtet werden will, sondern die Form der Fürsorge für

den ganzen Menschen anzunehmen hat. In dieser Arbeit entwickelte er seine praktischen Fähigkeiten nach vielen Seiten. Sein Organisationstalent gab ihm die Möglichkeit, später aus evangelischer Verantwortung die wachsende Arbeitslosigkeit unter der Jugend anzugehen. Er gehörte zu den ersten, die einen freiwilligen Arbeitsdienst aufbauten. Er sah damals klar, welche Gefahr hier lauerte: Wenn die ziellose Jugend nicht in die Gesellschaft integriert würde, dann würden die Versprechungen des Nationalsozialismus auf fruchtbaren Boden fallen.

Um die Kronrechte Christi

1933 kam durch die Machtergreifung Hitlers die Arbeit im Waldhof zum Erliegen. So übernahm er eine Pfarrstelle in der Berliner Vorortgemeinde Kaulsdorf. Bald nahm er Verbindung auf mit Martin Niemöller, damals Pfarrer in Dahlem, und mit Kurt Scharf, damals noch Pfarrer in Sachsenhausen bei Oranienburg und bald Präses der Bekennenden Kirche in Brandenburg. Er trat dem Pfarrernotbund bei und nahm führend am Leben und Kampf der Bekennenden Kirche teil. 1937 wurde er zum ersten Mal mit vielen anderen verhaftet. Die Jahre des sog. Kirchenkampfes sind, wie der Historiker Karl Kupisch und auch Karl Barth in vielen Darstellungen gezeigt haben, kein Heldenepos. Aber es formierte sich in diesen Jahren eine Gruppe von Zeugen Jesu und eine große Zahl Bekennender Gemeinden, die im totalen Staat den Totalitätsanspruch Jesu Christi auf das ganze Leben erfaßten und — wie es der schottische Reformer John Knox in seiner Zeit formulierte — für die „Kronrechte Christi" eintraten. Damit überwanden sie eine verhängnisvolle Mißdeutung der Lehre von den beiden Reichen, die den deutschen Protestantismus für die Lösung der sozialen Fragen im 19. Jahrhundert und der politischen im 20. Jahrhundert weitgehend unfruchtbar gemacht hatte.

Die Brüder aus Israel

Auch die Vorkämpfer der Bekennenden Kirche waren ihrer Herkunft und Erkenntnis nach so stark vom nationalen und bürgerlichen Protestantismus geprägt, daß sie nur sehr langsam die politische Religion des Nationalsozialismus und die von ihm betriebene Revolution des Nihilismus durchschauten. Nicht wenige, die später mit allen Konsequenzen auf klaren Kurs gingen, waren zuerst der Verführung des Nationalsozialismus erlegen, waren sogar Mitglieder der Partei oder der „Glaubensbewegung Deutsche Christen" gewesen. Es dauerte eine geraume Zeit, bis die brutale Unterdrückung und Mißhandlung der politischen Gegner der Nazis, vor allem der Kommunisten und Sozialdemokraten und der Juden, als Herausforderung der Christen erkannt wurde. In der Erklärung des Pfarrernotbundes wurde der sog. Arier-Paragraph abgelehnt, aber es wurde immer noch unterschieden zwischen der Einführung des Arier-Paragraphen in die Kirche und den Nürnberger Gesetzen. In Ländern mit einer anderen christlichen Tradition wie etwa Holland oder Dänemark waren die Voraussetzungen für das Zusammensehen und das christliche Angehen beider Probleme besser gegeben, so daß sich die Christen in Holland von Anfang an nicht nur für die nichtarischen Christen, sondern auch für die Juden einsetzten und in Dänemark König und Volk aus christlicher Verantwortung den größten Teil ihrer jüdischen Mitbürger retten konnten. Hier war Heinrich Grüber der Wachsamste und Konsequenteste, und er hat das große Verdienst, die Bekennende Kirche auf das Bekenntnis zum „Israel nach dem Fleisch", wie Paulus sagt, hingewiesen zu haben. Durch seine Auslandsverbindungen und durch sein Organisationstalent, durch seine Unerschrockenheit und sein Verhandlungsgeschick konnte er eine Hilfsstelle zunächst für getaufte Juden einrichten, die aber auch anderen zugute kam. Über diese Arbeit berichtet

Grüber selbst in einer kleinen Schrift zum Gedächtnis an seinen im August 1942 von der SS im KZ ermordeten Mitarbeiter Pfarrer Werner Sylten:

„Diese Hilfsstelle war im Jahre 1937 von mir in Verbindung mit Männern der Bekennenden Kirche gegründet worden und stellte sich die Aufgabe, allen rassisch Verfolgten die Hilfen zu leisten, die nötig und geboten waren. Es handelte sich nicht nur um die Auswanderungsberatung und -planung, sondern vor allen Dingen auch um die seelsorgerliche Betreuung, die wirtschaftliche Versorgung sowie den erforderlichen Rechtsschutz der Verfolgten. Die Arbeit wurde von dem Reichssicherheitshauptamt geduldet, aber nicht anerkannt, und sie durfte nur den Namen „Büro Pfarrer Grüber" tragen. ... Von den vielen tausenden Menschen, die hilfesuchend in das Haus „An der Stechbahn" kamen, ist keiner ungetröstet fortgegangen. Wenn menschliche Hilfe so oft ausblieb und versagte, dann schied doch jeder, der mit Werner Sylten zusammengekommen war, mit dem Bewußtsein, daß er nicht leer und hoffnungslos von dannen gehe. Manche haben es dankbar bestätigt, daß sie zwar zu ihm gekommen seien und andere Hilfe erwartet hätten, daß sie aber Besseres und Bleibendes mitgenommen hätten.

Als ich im Dezember 1940 verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht wurde, hat Werner Sylten, unterstützt von den Männern des Beirates (Superintendent Albertz, Pfarrer Braune-Lobethal und Amtmann Schako) und den vielen treuen Mitarbeitern des Büros unentwegt die Arbeit weitergeführt. — Im Februar 1941 wurde er dann auch verhaftet und das Büro endgültig geschlossen. Von den letzten Mitarbeitern des Büros — es waren ungefähr 30 — haben nur wenige den Tag der Befreiung erlebt; alle anderen sind entweder gestorben, vergast oder sonst getötet worden."

Ein anderer Mitarbeiter, Legationsrat a. D. Pfarrer Dr. Freudenberg, berichtet über die Atmosphäre im Büro Grüber:

„‚Büro Grüber' — welch eine formlose Bezeichnung in dem Lande anspruchsvoller und weitschweifiger Organisationstitel! Aber gerade so wird die Bezeichnung zu einem Hinweis darauf, daß hier ein tatkräftiger Mann in einen Dienst einspringt, den die Körperschaft Kirche als solche nicht vertreten will oder nicht vertreten kann. ... 1937 war selbst die Bekennende Kirche ... nicht mehr in der Lage, unter eigenem Namen ein Hilfsorgan für die Rasseverfolgten einzurichten; es hätte in solcher Gestalt die Arbeit überhaupt nicht beginnen können. So blieb eben nur als Initiative eines Mannes — das Büro Grüber! Es lag von 1938 an in der Nähe des Berliner Marstalls, in einem großen, etwas verwahrlosten Bürgerhaus. Beim Betreten der Räume roch es förmlich nach unsäglicher Not, nach dem Untergang todgeweihter Menschen. Aber seltsam, wie oft geriet ich dort in ein fröhliches Treiben, wie konnte da im Kreise der zahlreichen Mitarbeiter und mancher Hilfesuchenden noch unter Tränen von Herzen gelacht werden! Nun lag das gewiß zu einem guten Teil am Temperament des fröhlichen Rheinländers Heinrich Grüber und an seinem höchst persönlichen Glauben, der ihn von der Freiheit, zu der Christus ihn befreit hat, bis zum heutigen Tage reichlichen und originellen Gebrauch machen läßt. Doch gab es noch andere Gründe für das befreiende Betriebsklima, das damals an der Stechbahn herrschte. Da waren wirklich kleine Menschen in der großen Welt beieinander, hilflose Leutchen, die gegen eine alles zermalmende Dampfwalze ankämpften. Aber siehe — was sie hier miteinander taten und trieben, hat sich als unendlich viel beständiger erwiesen als der Machtmißbrauch der herrschenden Gewalthaber."

Seinen 50. Geburtstag verbrachte Heinrich Grüber im Konzentrationslager Dachau, wo er bis zum 23. Juni 1943 bleiben mußte. In dieser Zeit hat er das Wüten der Menschenvernichtungsmaschine mit eigenen Augen gesehen, nachdem er

vorher oft genug den Leuten Auge in Auge gegenübergestanden hat, die Vollzugsmaschine und Strategen der „Endlösung" zugleich waren. Obwohl seine Gesundheit in den Haftjahren schwer gelitten hat, verfiel er nicht der Resignation, sondern fand die Kraft, auch im KZ Zeugendienste zu tun und die Brüder zu stärken. Er teilt selbst folgende Episode mit:

„Am Donnerstag der Osterwoche 1941 wurde Martin Niemöller, wie alle 14 Tage des Donnerstags, zur politischen Abteilung des KZ Sachsenhausen geführt, um seinen Besuch zu sprechen. Meine Baracke lag gerade an der Bunkerstraße, und wir versuchten immer wieder, einander von ferne zu grüßen. In diesem kurzen schweigenden Gruß erlebten wir etwas von der Dankbarkeit gegen Gott und der getrosten Zuversicht, von der die Apostelgeschichte im letzten Kapitel berichtet: ‚Als Paulus auf der Straße nach Rom war und die Brüder sah, dankte er Gott und war getrosten Mutes' (Apg. 28,15). Was hier von Paulus auf dem Gang nach Rom gesagt wird, das hat uns als Brüder in den dunklen Zeiten auf den harten Lagerstraßen und den grauenvollen Nächten immer wieder bewegt.

An diesem Donnerstag der Osterwoche hatte ich in der Freizeit die Lagerstraße zu harken, die Martin Niemöller gehen mußte, und ich hatte mit der Harke mit großen Buchstaben auf die Lagerstraße des Wort ‚vivit' gezeichnet. In dieser Gewißheit lag ja die Kraft der brüderlichen Gemeinschaft, in der wir froh und getrost werden durften."

Die Arbeit Grübers und das Wirken der Bekennenden Kirche teilt das Schicksal des Widerstandes im Dritten Reich. Die große Masse derer, die wirklich oder angeblich nichts davon wußte, vielleicht auch nichts davon wissen konnte, hat die Möglichkeit einer nachträglichen Information nicht ausgenutzt. Erst durch den Prozeß in Jerusalem, der am 11. April 1961 begann, ist das, was im Verborgenen geschah und der Vergessenheit anheimzufallen drohte, plötzlich vor die Weltöffentlichkeit gekommen. Auch hier ist es beschämend, daß die Berichterstattung in den meisten Zeitungen sehr bald auf die hinteren Seiten rutschte und immer kürzer wurde. Es ist beschämend, daß die ausführlichste Berichterstattung für den deutschen Leser in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland" steht. Statt des Versuchs einer eigenen Darstellung soll hier der Sonderkorrespondent Alfred Wolfmann mit einem Teil seiner Berichterstattung über Grübers Auftreten in Jerusalem zu Wort kommen:

„Jerusalem, den 20. Mai 1961.

Eine Woche lang war das Hauptgesprächsthema in Israel der Berliner Propst Heinrich Grüber, der vor dem Jerusalemer Bezirksgericht seine erschütternden Aussagen über seine unermüdlichen Bemühungen um die Juden Berlins und über die Leiden der Menschen in den KZ machte. Dieser Mann hatte jahrelang versucht, in den dunklen Tagen des Hitlerreiches für die Juden zu retten, was zu retten war. Sein Gegenüber auf der Gerichtsbühne des Beth Haam in Jerusalem, Adolf Eichmann, war damals der mächtige Gestapoboß in der Judenfrage, von dem nicht zuletzt das Schicksal vieler Juden abhing.

Schon Tage vorher wartete man selten so gespannt auf einen Zeugen wie auf den ersten Deutschen, der vor einem israelischen Gericht als Zeuge aussagen sollte. Die Erwartungen hatten nicht getäuscht. Wer von den Jerusalemern an diesem Tage noch eine Eintrittskarte bekommen konnte und der Verhandlung beigewohnt hatte, spürte nachher, daß er einen denkwürdigen Tag miterlebt hatte. Hier stand ein Mann, der ohne materielle Macht im Rücken gegen die grausame SS-Maschinerie Sturm lief, ohne jede Rücksicht auf die eigene Person, niemals an sich, aber immer an seinen Nächsten denkend und mit ihm fühlend. Es gab nach

diesem Tag niemand in Israel — gleich welcher politischen Couleur —, der nicht ein ganz persönliches Gefühl inniger Dankbarkeit für diesen großen Menschen empfand. So wirken Grübers mutige Taten noch heute nach über 20 Jahren und erzeugen Liebe in den Menschen.

Ruhig trat Propst Grüber in den Zeugenstand. Bescheiden, so als wäre das die natürlichste Sache der Welt, schilderte er sein Eintreten bei der untersten Gestapostelle bis zum Büro Görings und des „Führerstellvertreters", um das Los der Juden zu erleichtern. „Ich hatte insbesondere nach dem November 1938 enge Verbindung zu den drei verantwortlichen Männern der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. . . . Wir besprachen alle Fragen, die die bedrängten Juden in Berlin angingen. Meine Hilfe setzte immer da ein, wo meine Freunde von der Reichsvereinigung sich davon etwas versprachen." Und so konnte Grüber nicht umhin, auch beim machtvollen Judenreferenten Adolf Eichmann im Amt der Gestapo in der Kurfürstenstraße 116 von Zeit zu Zeit vorzusprechen. „Sie müssen wissen, daß in den Kreisen der Berliner Juden der Name Eichmann ein Symbol geworden ist. Ein trauriges Symbol. Er ist so etwas, was wir damals einen Landsknechtstyp nannten, gewesen."

Aber Propst Grüber fand auch Unterstützung bei Beamten der offiziellen Stellen. Er versuchte, möglichst viele Vertrauensleute zu gewinnen. Staatsanwalt Bar Or fragte den Zeugen direkt: „Außer den Leuten, die ihres Glaubens wegen mit Ihnen in Verbindung standen, hatten Sie denn auch Verbindung mit Regierungsbeamten?" „Ich hatte das Glück, ungefähr in allen Ministerien mindestens einen Menschen zu haben, zu dem ich Vertrauen haben konnte und der mich auch über das, was in den Ministerien beschlossen wurde, informierte." . . . Das Publikum im Gerichtssaal war begeistert von diesem Menschen . . . Grüber erzählte eine Begebenheit, die zu Herzen ging: „Einmal — es war gerade an einem Pessachfest —, ging wieder eine Schreckenskunde durch die Berliner Juden. Es hieß, in Weißensee würden Baracken gebaut, auf dem Friedhof, und dann werden alle Juden ins Ghetto gebracht. Man kam weinend zu mir und fragte, was ist zu machen? Ich sagte: ‚Ich weiß nicht, was zu tun ist, aber eines verspreche ich euch. Wenn ihr nach Weißensee ins Ghetto müßt, dann werde ich mit euch gehen.' Und dann habe ich gemerkt, wie diese Worte die Menschen befreit haben." Und wieder kam die Rede auf Eichmann. „Haben Sie bei Eichmann etwas erreicht?" fragte der Staatsanwalt. Langsam entgegnete Propst Grüber: „Meistens war es ein Nein oder ‚Sie müssen warten und wiederkommen'. Niemals ging ich aus seinem Zimmer mit einer positiven Antwort. Ich wüßte nicht einen Fall, wo er gesagt hätte, er müßte mit einer höheren Instanz Rücksprache nehmen. Später lud man mich zur Gestapo vor und warnte mich. Ich sagte, solange ich arbeiten könnte, würde ich fortfahren. Daraufhin erklärte man mir, man werde mir schon das Handwerk legen." So wurde das Büro Grüber zum Begriff für die Juden. . .

„Hörten Sie während Ihres Aufenthalts in Dachau von Maidanek und Auschwitz?" wollte Staatsanwalt Bar Or wissen. „Wir hörten nicht nur davon, wir haben auch etwas davon gesehen. Es kamen viele Kleider der in Auschwitz vergasten Menschen zu uns nach Dachau, sie wurden dort sortiert . . . Als wir bei der ersten Sendung ein paar kleine Kinderschuhe dabei hatten, da ging es uns durch die Seele, und wir Männer, die wir viel gewöhnt waren, mußten mit unseren Tränen kämpfen, denn es stand das ganze Leid dieser Kinder vor uns. Dann kamen immer mehr Kinderschuhe, und das war etwas, was wieder zu dem gehörte, was uns die Zeit am bittersten gemacht hat. Das Mitleiden mit dem Leid der anderen."

Der Trümmerpropst

Nach seiner Entlassung aus Dachau am Tag vor seinem 52. Geburtstag, zu der seine Frau und sein ältester Sohn wesentlich beitrugen, hat Grüber mit „ungebrochener" Initiative — längst ehe das Dritte Reich vollständig in Trümmern lag — Aufbaupläne geschmiedet.

Zu den wenigen deutschen Namen, die ein Kriegsgefangener hörte oder las, gehört der von Heinrich Grüber. Ihm, der als Repräsentant des „anderen Deutschland" von den bald disalliierten Alliierten anerkannt wurde, fielen eine Fülle von Aufgaben, Verantwortungen und Positionen zu, die ihn bis zum letzten in Atem hielten. An den kommunalen Aufbauarbeiten beteiligte er sich als „Beirat für kirchliche Angelegenheiten" beim noch ungeteilten Berliner Magistrat. Nach Gründung der beiden deutschen Teilstaaten wurde er „Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland" bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Gleichzeitig trat er die traditionsreiche Stelle des Propstes zu Berlin an der Marienkirche an, die als eine der ersten Berliner Kirchen dank seiner unermüdlichen Tätigkeit wieder hergerichtet und voll in Gebrauch genommen werden konnte. Noch mehr nahm ihn sein Dienst als Bevollmächtigter des Evangelischen Hilfswerks für den gesamten deutschen Osten in Anspruch.

Dazu kam die Arbeit in seiner alten Hilfsstelle, jetzt „für ehemals Rasseverfolgte", in der Bahnhofsmission, in der Gefangenenfürsorge, in der Frauenhilfe, im Berliner Stadtsynodalverband, in der für das kirchliche Schrifttum im östlichen Bereich so wichtigen „Evangelischen Verlagsanstalt".

Ökumenische Weite

Das Schuldbekenntnis, das der Rat der Evangelischen Kirche im Oktober 1945 in Stuttgart beim ersten Zusammentreffen mit Vertretern ausländischer Kirchen ablegte, öffnete eine Tür, die sich nach dem ersten Weltkrieg viel später aufgetan hat. Von Stuttgart kam der Bischof von Chichester nach Berlin und sprach mit dem russisch-orthodoxen Erzbischof Alexander und Bischof Dibelius in der Marienkirche zu einer großen Gemeinde. Bischof Bell hat in einmaliger Weise am Weg der Bekennenden Kirche in Deutschland teilgenommen, hat auch während des Krieges etwa durch seine Begegnung mit Bonhoeffer in Schweden im Mai 1942 die Verbindung aufrecht erhalten und auf Ersuchen von Propst Grüber die englische und die Weltöffentlichkeit zur Hilfeleistung für die Überlebenden aus den Lagern, für die Kriegsgefangenen, die Flüchtlinge und die Hungernden aufgerufen. In einem Bericht über die Lage der Kirche in Deutschland sagt D. Bell: „Die Führung der Deutschen Evangelischen Kirche liegt in den Händen ausgezeichneter Männer, ... die ein glühendes Zeugnis für Gott im Widerstand gegen Adolf Hitler ablegten. Diese Männer wissen, daß die Entnazifizierung von Deutschland nur von innen kommen kann und daß die christliche Kirche die stärkste Quelle einer geistigen Erneuerung ist. Daher kann man sie wohl ermutigen, die Initiative in dieser Richtung zu ergreifen und sich selbst zu helfen. Gleichzeitig brauchen sie alle Sympathie und alle Unterstützung, die wir ihnen geben können, die Zusicherung unserer Gebete, unsere „praktische Hilfe und unser Verständnis." Als Freund dieses Mannes hat Grüber mit Niemöller und anderen dazu beigetragen, daß die Christen vieler Länder wirkungsvolle materielle Hilfe nicht nur in die außerdeutschen Notstandsgebiete, sondern auch nach Deutschland selbst brachten. Dabei wurde er nicht müde, auf das „und" hinzuweisen, das die 4. und die 5. Bitte verbindet: „Unser täglich Brot gib uns heute u n d vergib uns unsere Schuld ..."

Er hat mit der Predigt von Schuld und Vergebung bei Christen wie Nichtchristen viel Unverständnis, Undank und Feindseligkeit geerntet. Aber die Menschen in

der Sowjetunion, in Polen und in der Tschechoslowakei haben seine Botschaft richtig verstanden. Als ihm die Amos Comenius Fakultät in Prag die Würde eines Theologischen Ehrendoktors verlieh, wurde er von Bundesminister Seebohm öffentlich angegriffen. In seiner ebenso öffentlichen Entgegnung sagte Grüber im Juli 1956: „Es gibt für mich nichts Schöneres, als zu erleben, daß Menschen und Völker das vergeben und vergessen wollen, womit ich mit meinem Volke schuldig wurde. Die größten Augenblicke in meinem Leben waren die, in denen vergebende Liebe und vergebende Schuld sich die Hand reichten. Weil ich an der Schuld des Volkes so schwer trage, darum ist mir die Vergebung so wesentlich. . . . Aber vielleicht wissen Sie, Herr Minister, nicht, was unser Volk dem tschechoslowakischen Volke angetan hat. Ich empfehle Ihnen, einmal eine Reise in die CSR zu machen, und bin überzeugt, daß Sie genau so freundlich aufgenommen werden wie ich. . . . Fahren Sie einmal nach Lidice, sehen Sie sich die Stätte des Grauens an und lassen Sie sich von den paar zurückgekehrten Frauen etwas erzählen über ihr Geschick. Gehen Sie in Prag in die alte Synagoge, auf deren Wänden die Namen der mehr als 50 000 Juden eingetragen sind, die auf grausamste Weise ermordet wurden. Wenn Sie nach Theresienstadt kommen und Dunkelzellen und Folterkammern sehen, dann ahnen Sie vielleicht etwas vom unsagbaren Leid, das diese Mauern gesehen haben. Ich habe mit vielen Tschechen jahrelang im KZ gesessen und wußte, daß ihr Leid schwerer war als unser Schicksal. Erst als ich die Stätten des Grauens gesehen habe, ist mir die Größe der Schuld klar geworden. . . .

Ich darf Ihnen, Herr Minister, sagen, daß die staatlichen Stellen in der CSR mir immer viel Verständnis entgegenbrachten, wenn ich mit Bitten kam, ganz gleich, ob es sich um die Begnadigung ehemaliger SS-Führer, um die Entlassung des ehemaligen Reichsprotektors, um die Zusammenführung von Familien handelte oder um Beseitigung anderer Nöte und Härten."

Pontifex — nicht Partisan

Seinen Dienst an der Grenze zwischen Kirche und Welt beschreibt Grüber gern als Pontifex, d. h. als Brückenbauer. Immer wieder wurde er in der gehässigsten Weise als Partisan des Ostens verschrieen, tragischerweise auch von solchen, zu deren Freilassung er nachweislich beigetragen hatte. Wenn er über seinen Besuch in den Lagern der DDR berichtete, wurde ihm voll Unverstand alles angekreidet, was er darüber nicht sagte. Dieselben Leute aber, die an ihm Rufmord übten, erwarteten, daß er sich bei den kommunistischen Behörden für ihre Angehörigen einsetzte. Als die „Evangelische Verantwortung" einen feindseligen Artikel eines aus östlicher Haft Entlassenen gegen ihn gebracht hatte, nahm er dazu in einem Brief Stellung, den er am 2. Januar 1957 an den Oldenburger Bischof Jacobi richtete:

„Es geht mir nicht um meine „Rechtfertigung", sondern um Herrn v. K. und seine Leidensgenossen.

Viele — um nicht zu sagen, die meisten — der Menschen, die lange in Haft waren, leiden unter einem seelischen Trauma; sie sind nicht nur verkrampft, sondern psychisch labil geworden. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht das Wort „psychopathisch" brauchen, da in dieser Bezeichnung eine Abwertung liegt, die ich unter allen Umständen vermeiden möchte. Man soll solche Menschen, ebenso wie Flüchtlinge, mit ihrer inneren und äußeren Not ernst, sehr ernst nehmen. Man darf sie aber mit ihren dramatisierten und entstellten Äußerungen nicht w i c h t i g nehmen. Damit leistet man ihnen einen schlechten Dienst.

Man soll ihnen helfen,, von sich und ihrem Trauma loszukommen. Aus diesem Grunde hat auch das Evangelische Hilfswerk, dessen Bevollmächtigter ich damals war, für die entlassenen Gefangenen Erholungskuren und Freizeiten eingerichtet, um ihnen bei der Überwindung ihrer Haftpsychose zu helfen.

Man hat Herrn v. K. einen sehr schlechten Dienst geleistet, daß man die aus einer solchen seelisch kranken Situation geborenen Ergüsse zum Abdruck bringt und ihm damit hilft, die Rolle eines „Kämpfers" für Freiheit, Gerechtigkeit und evangelisches Gemeindebewußtsein zu spielen."

Grüber hat sich nie verbittern, aber auch nie einschüchtern lassen und mehr als einen Stier bei den Hörnern gepackt. Nach Osten und Westen hin nahm er nie ein Blatt vor den Mund. Auch öffentlichen Diskussionen hat er sich nie entzogen. So kam es im Juli 1956 zu einer öffentlichen Diskussion mit dem damaligen Landesbischof Herntrich vor dem evangelischen Studentenforum in Hamburg. Grüber wandte sich gegen das Gerede vom „Eisernen Vorhang", ein „dummes und gefährliches Schlagwort, das Papageien im politischen Raum nachplappern". Tatsächlich besteht eine sich vertiefende Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland, angesichts deren es die Aufgabe der Kirche sei, „Pontifex — im wörtlichen Sinn — und nicht Partisan zu sein". Er wagte es, die „Kettenreaktion" zu beschreiben, die die Entwicklung in Westdeutschland, z. B. die Einführung der Wehrpflicht, das KP-Verbot und vor allem der offizielle antikommunistische Trend vieler Kirchenführer im Osten auslösen. Gleichzeitig machte er deutlich, daß die Kirche auch im sozialistischen Staat einen öffentlichen Wächterdienst wahrzunehmen habe. Sie könne dies „am Ende des konstantinischen Zeitalters" nur tun, wenn sie entschlossen auf die Krücken des Staatskirchentums verzichtet und zu einem neuen Selbstverständnis wie zu einem tieferen Verständnis ihrer Mission in der sozialistischen Gesellschaft komme, „die Wahrheit in der Liebe zu sagen", wobei weniger das Wort als das gelebte Zeugnis gilt. Die Gefahr für die Kirche komme nie von außen, sondern erwachse von innen, sobald sie den Staat sakralisiert. Die Schwierigkeiten der Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik lägen weithin auf der Ebene der mittleren und unteren Instanzen. Es gehört zur Schuld der Kirche, vielfach der Gleichung „politisches Ressentiment = christliches Bekenntnis" Vorschub zu leisten. Koexistenz bedeute daher, in Spannungen, aber nicht in todbringender Feindschaft miteinander zu leben.

Eine große Zeitung apostrophierte den Propst für diese realistische Sicht als „typisch deutschen Idealisten".

Im Frühjahr 1958 hielt Grüber auf der gesamtdeutschen Synode eine Rede, in der er sich wegen schwerer östlicher Angriffe gegen Bischof Dibelius — wie er nachher äußerte — vor diesen stellte, weil er sich unmöglich hinter ihn stellen könne. Diese Ritterlichkeit, die Menschen, wenn sie angegriffen werden, unter großem Einsatz schont, auch wenn sie seinem Brückenbauerdienst entgegengewirkt haben, ist typisch für Grüber. Zuletzt bewährte er sie bei der Vernehmung in Jerusalem.

Als die Mission Grübers in Pankow zum Erliegen kam, erhielt er eine geneigte Presse im Westen: „Grüber tritt in den Hintergrund — ein Mann, der sich täuschte und der enttäuscht wurde, der sich viele zum Feinde machte und der doch immer — auch wenn er irrte — aus der tiefen Gläubigkeit des überzeugten Christen handelte. Seine Tragik ist die Tragik unserer Zeit."

In kirchlichen Kreisen atmeten viele auf und meinten: Nun hat er es endlich eingesehen und ist wieder vernünftig geworden.

Wer hoffte, nun sei der Propst endlich Partisan der westlichen Welt geworden, sah sich bald getäuscht. Im Januar 1959 trat er wieder in den Vordergrund durch seine entschiedene Mitwirkung bei dem Westberliner Studentenkongreß gegen atomare Bewaffnung. Schon auf der Tagung des Weltfriedensrats in Stockholm 1956 hatte er sich eindeutig erklärt:

„Ich komme aus der christlichen Friedensarbeit und weiß, mit wieviel Mißtrauen und Voreingenommenheit man dort Ihrer großen Bewegung gegenübersteht. Ich

denke dabei gar nicht an die Presse, die vom kalten Krieg lebt, die uns beschimpft, die meint, in der Abstempelung von Bewegungen und Menschen läge der Weisheit letzter Schluß. Wenn das französische Sprichwort sagt: „La guerre c'est le plus grand simplificateur" — dann gilt das auch vom kalten Krieg. Wenn in der vorigen Woche die Zeitungen Westdeutschlands in hämischer Aufmachung die Nachricht brachten: „Grüber fährt nach Stockholm zum Weltfriedensrat", dann blieb mir nach der Formulierung der Schreibenden nur die Möglichkeit, zwischen Dummheit und Charakterlosigkeit zu wählen. Entweder sehe ich nicht — so will man mir suggerieren —, was hier geschieht, oder ich will es sehen, sonst müßte ich erkennen, daß es sich hier um eine rote, von Moskau ferngelenkte Unternehmung handelt. Ich kann nun nicht so geistlos sein und den Schreibenden den Vorwurf zurückgeben und sagen: Entweder seid ihr borniert oder gekauft.

Ich kann nur sagen, daß mir hier mehr Würdenträger religiöser Gemeinschaften als Funktionäre marxistischer Parteien in die Augen fallen. Wäre es andererseits nicht die größte Schmach für Menschen, die religiöse Bindungen haben, wenn dieser große Auftrag von ihnen nicht erkannt werden würde? Haben nicht alle großen Religionen die Versöhnung und die Verantwortung für den Mitmenschen im Zentrum ihrer Lehre stehen? Muß ich die Christen unter Ihnen daran erinnern, daß das Wort „Friede" in der Botschaft der drei christlichen Feste steht?

Aber, und das muß ich offen sagen, ich hätte die Einladung angenommen, auch wenn sie nur von Marxisten ausgegangen wäre. Wenn ein Mensch ins Wasser gefallen ist, dann greife ich mit zu und sehe mir nicht zuerst an, welche Abzeichen die tragen, die am Rettungswerk sich beteiligen. Hier, bei der Friedensarbeit, gilt es nicht, einen Menschen zu retten, sondern eine ganze Welt. Ich darf in diesem Zusammenhang ein persönliches Bekenntnis einflechten: Ich würde nicht hier stehen und reden, wenn mir nicht kommunistische Kameraden im KZ Dachau zweimal unter persönlichem Einsatz das Leben gerettet hätten. Soll ich mich von der Einsatzbereitschaft meiner alten Kameraden beschämen lassen?"

Ein Rundbrief mit dem Titel „Der Christ und die Wasserstoffbombe" schließt: „Bei der Frage nach den Massenvernichtungs- und Weltzerstörungskräften geht es um eine Entscheidung entweder für Christus, den Herrn des Lebens, dem nach der Himmelfahrt alles untertan ist, oder für den Widersacher, der der Mörder von Anfang her ist. Jede Verharmlosung dieser Frage ist eine Verharmlosung der Ur- und Grundsünde der Menschheit. Ist es darum übertrieben, wenn wir sagen: In der Entscheidung für die Wasserstoffbombe liegt eine Entscheidung gegen Christus!'?"

Der „Friedenspropst", der ein Grüberhaus in Ostberlin eingerichtet und ein zweites Grüberhaus in Westberlin erbaut hat, geht ins 8. Jahrzehnt seines Lebens als streitbare Gestalt, voller Unruhe und Unausgeglichenheit, ein Mensch der Widersprüche, der oft den Nagel auf den Kopf trifft und beim Ausholen die Lampe oder sonstiges Porzellan beschädigt, ein Mann der freimütigen Rede und voll unermüdlicher Tatkraft, ein Mensch, der sich nie unnahbar macht und mit institutioneller Würde umgibt, ein Mensch mit unverwüstlichem Humor und schonungsloser Selbstironie: Wenn ich nicht in Spannungen zu leben habe, dann erzeuge ich sie. Das Zentrum seines Lebens und Wirkens ist das Ereignis, das in der Festschrift zu seinem 70. Geburtstag im Titel zum Ausdruck kommt: „Durchkreuzter Haß". Eine kritische Beobachterin aus England, die in der britischen Militärregierung in Berlin tätig und ihm zugleich ökumenisch verbunden war, meinte: Er hat fast immer die kritischen Punkte erkannt und das Entscheidende getan. Es ist aber immer bezeichnend gewesen für den Jubilar, daß er ohne Überheblichkeit in voller Solidarität mit den Verführten und den Verführern geblieben ist: Der Hitler in uns hat dem Hitler über uns erst Macht verliehen!

PROPST D. DR. HEINRICH GRÜBER

Karl Barth hat in seiner Rede zum Volkstrauertag 1954 in Wiesbaden unter anderen auch Grübers Namen als beispielgebend genannt. Es wäre an der Zeit, daß Barths Anfrage endlich positiver von uns und unter uns beantwortet würde!

„Das Schicksal ist dazu da, daß der Mensch ihm rüstig die Stirn biete! Es ist jetzt noch nicht zu spät. Aber sehen wir zu, daß es nicht plötzlich doch wieder zu spät sei! Den drohenden Anfängen widersteht — und das nicht nur theoretisch, sondern praktisch —, wer nicht will, daß die Opfer des letzten Krieges und die des Nationalsozialismus nun wirklich umsonst gefallen seien. Deutsche Männer wie Martin Niemöller, Ulrich Noack, Gustav Heinemann, Heinrich Grüber und manche andere haben das Nötige dazu längst gesagt. Sollen sie wirklich vergeblich geredet und gerufen haben?" [1])

Heinrich Steege

Theologie und politische Wirklichkeit bei Karl Barth

1. Das Ja zur Welt

Ist es abwegig, wenn wir auch in diesen politischen „Blättern" daran erinnern, daß Karl Barth vor kurzem sein 75. Lebensjahr vollendet hat und zu diesem Anlaß ein ehrendes Gedenken verdient? Wer Barth kennt, weiß, daß er, als Theologe mit Ernst und Leidenschaft seiner Aufgabe hingegeben, doch stets der geschichtlichen Wirklichkeit nahe blieb und sich nicht versagte, wenn er sich zum politischen Bekenntnis aufgerufen glaubte. Das ist vielen, die ihm sonst zugetan sind, eine befremdliche, ja eine ärgerliche Sache. Und in der Tat: Es ist erregend und erhebend zugleich, zu beobachten, wie dieser Mann im Strudel der Ereignisse mit überlegener Ruhe Entscheidungen trifft, davon überzeugt, daß sie vom Evangelium her so und nicht anders richtig und heilsam sind. Man kann im einzelnen abweichender Meinung sein. Sicher ist, daß Barth auch in seinen aktuellen Äußerungen vom Grundsätzlichen her verstanden werden möchte. Barth ist Theologe in der Überzeugung, daß Kirche und Theologie der Welt zugewandt sein und um der aufgetragenen Botschaft willen der Welt dienen müssen, und daß eine sich selbst genügende, introvertierte Theologie eine verfehlte Sache ist. Eine Kirche, die, wie es so oft geschehen ist, der Geschichte nachhinkt, verpaßt ihren prophetischen Beruf.

Von dieser Erkenntnis her hat Barth sich früh bestimmen lassen. Sein Weg in die Sozialdemokratie und sein Anschluß bei den Christlich-Sozialen machen deutlich, daß schon der junge Pfarrer von den über das Herkömmliche hinausgehenden neuen Fragen der Zeit bewegt ist. In Christoph Blumhardt d. J. hat er einen Mann kennen gelernt, bei dem sich biblische und sozialistische Eschatologie miteinander verbunden haben. Wir wissen nicht, wie weit Barth dieser christlich-sozialen Ideologie für einen Augenblick verfallen ist. Jedenfalls ist sie ihm bald fragwürdig geworden. Viel mehr wird er wahrscheinlich geleitet durch den Gedanken, daß der Zeuge des Evangeliums an der Seite der Bedrängten zu stehen habe und ihr Anwalt in der Welt sein müsse, selbst dann, wenn die, deren Sache

[1]) Aus Karl Barth: Der Götze wackelt, S. 174, Käthe Vogt Verlag, Berlin

er damit zu der seinigen macht, „Gottlose", Kirchenfremde und Abtrünnige sind. Fordert das nicht von ihm die Nachfolge seines Herrn, der eben damit der Welt die Barmherzigkeit Gottes bezeugt hat, daß er sich den Verlorenen auf der Schattenseite des Lebens solidarisch machte?

Freilich, das ist so unerhört, daß es von der Kirche und ihren Dienern selten wirklich verstanden und ernst genommen wird. Die Kirche versteht sich, entgegen ihrer Botschaft, viel eher als die Gemeinde der Heilen und Frommen, der innerlich Gesunden und Tüchtigen, der Ehrbaren und Gesitteten. Sie ist im Bunde mit den aufbauenden und erhaltenden, den konservativen Kräften der Geschichte und verfemt alle revolutionären Bewegungen, zumal wenn diese — wirklich oder vermeintlich — kirchen- und religionsfeindlich sind. Für die Zeit, um die es hier geht, ist das völlig eindeutig. Das Erbe des 19. Jahrhunderts steht voll in Geltung. Die Verbindung „Christlich-konservativ" bleibt selbst bei denen unangefochten, die, wie Adolf Stöcker und Friedrich Naumann, etwas von einer sozialen Verpflichtung wissen. Und es ist bemerkenswert, daß auch die Vertreter des Kulturprotestantismus, die sich in besonderer Weise ihrer Weltaufgeschlossenheit und ihres fortschrittlichen Denkens rühmen, an der Verbürgerlichung des Christentums in der Verbindung mit den alten Mächten festhalten und an den brennenden Fragen der Zeit vorbeileben.

Für Barth und seine Freunde ist der Weg der Kirche, der den andern als fraglos richtig erscheint, plötzlich fraglich geworden. Wie, wenn die Legitimität jenes Bündnisses zwischen Kirche und Welt, Thron und Altar vom Evangelium her angezweifelt werden müßte? Wie, wenn die christliche Botschaft gar nicht so selbstverständlich als eine Stütze der bestehenden Weltordnung sich erwiese? Ist das Evangelium wirklich konservativ? Ist es nicht vielmehr revolutionär? Gleicht es nicht dem Sauerteig, der gärend und umwälzend, und dem Dynamit, das sprengend wirkt? Ist es nicht vielmehr vorwärts als rückwärts gerichtet, im Gegensatz zu unserm trägen, unbußfertigen Denken, das viel mehr auf die Erhaltung angeblich göttlich sanktionierter kirchlicher und staatlicher Institutionen bedacht ist als auf den wahren Fortschritt in der Welt, das Kommen des Gottesreiches, die neue Zukunft der Menschheit?

Das sind die Fragen, die den jungen Pfarrer von Safenvil bewegen und die ihn ratlos machen, wenn er sich rüstet, am Sonntag zu predigen. Was soll er der Gemeinde sagen? Über die Welt braust der Wettersturm des Ersten Weltkrieges. Es ist, wie Barths Freund Eduard Thurneysen gesagt hat, „das Gericht über alles, was fest und hoch gebaut war". Die höchsten Werte und Ideale sinken in den Staub; was der Mensch vielfach idealisiert und glorifiziert hat, Volk und Vaterland, Thron und Reich, hat seinen Glanz verloren. Auch die Kirche hat sich weithin an dieser Verabsolutierung irdischer Mächte beteiligt und nicht mehr auf das Wort gehört, das die Ehre des unsichtbaren, ewigen Gottes verkündigt. Nun ist die große Verlegenheit da, die Barth nötigt, ganz neu auf die biblische Botschaft zu hören. Der Brief, den der erste christliche Missionar an seine Glaubensgenossen in Rom geschrieben, wird ihm über 1900 Jahre hinweg bedrängend gegenwärtig. 1918 erscheint das Buch, das die Welt aufhorchen läßt: Der Römerbrief. 1922 folgt die zweite völlig veränderte Auflage, die dann in Geltung bleibt.

Was ist das? Eine Zeitkritik als Gegenstück zu Spenglers „Untergang des Abendlandes"? Also Ausdruck einer weitverbreiteten Zeitstimmung? Von außen her könnte man so urteilen. Aber Spenglers Buch ist längst vergessen. Barths Buch wird der Ausgangspunkt einer kirchlich-theologischen Erneuerungsbewegung, die immer noch weitergeht und weit über den kirchlich-theologischen Bereich hinauswirkt. Barth verkündigt die Wahrheit Gottes, die er im Evangelium vernommen. Im Grunde geht es um das große Ja: Gott bekennt sich zu

der Welt, die er geschaffen hat. Aber weil er ihr Heil will und ihr Heil ist, darum muß er dem Menschen alle Versuche zerschlagen, die zu einer eigenen Lösung seiner Probleme führen sollen. Darum also um des Ja willen das unerbittliche Nein gegenüber allen Anstrengungen der Welt, in Wissenschaft und Kultur, in Kunst und Technik, in der Politik den Turm zu bauen, dessen Spitze an den Himmel reicht. Das ist keine öde Verneinung. Aber es ist das heiße Bemühen, die Dinge an den richtigen Ort zu stellen und das richtige Verhältnis wieder hervorzukehren: Gott ist im Himmel und der Mensch auf Erden. Und zwischen Himmel und Erde besteht ein unendlicher qualitativer Unterschied. Daß es überhaupt eine Verbindung gibt, das ist das Wunder, das von oben her kommt und von unten in keiner Weise zu bewerkstelligen ist. Alle Versuche, von unten her gegen den Himmel sich zu erheben, stoßen auf eine unerbittliche Schranke, auf die harte Grenze des Todes und der Vergänglichkeit. Angesichts dieser „Todeslinie" aber werden die sonst so bedeutsamen Gegensätze des geschichtlichen Lebens wie Natur und Kultur, Materialismus und Idealismus, Kapitalismus und Sozialismus, Imperialismus und Demokratie, Weltlichkeit und Kirchlichkeit relativ und letztlich bedeutungslos. Alles bekommt ein negatives Vorzeichen. Alles steht in den unverrückbaren Grenzen der Endlichkeit. Das gilt auch und erst recht von der christlichen Welt, von der Kirche. Auch die Religion ist keine Stufenleiter von unten nach oben. Wenn sie es meint, dann ist sie die Spitze des Widerstandes gegen Gott. Auch das religiöse Bemühen führt nicht zum Heil, es sei denn, das Wunder geschähe und die Gnade der Umkehr werde ihm zuteil. Barth ist sehr kritisch gegenüber allem Bindestrich-Christentum. Daher kann er auch der christlich-sozialen Verlockung nicht länger folgen. Diese Ideologie zerbricht, wie ihm die christlich-bürgerliche längst zerbrochen ist. Es ist gefährlich, ja, gotteslästerlich, wenn der christliche Name dazu mißbraucht wird, bestimmte Ziele durchzusetzen und den gegen Gott anrennenden Trotz der Welt zu rechtfertigen. Es ist gefährlich, wenn auch die Kirche sich an dem schon erwähnten Turmbau beteiligt, statt die Welt vor diesem Unternehmen, das immer im Zusammenbruch endet, zu warnen.

Man hat wohl mit Recht gesagt, Barth sei in dieser ersten Phase allzusehr im Negativen stecken geblieben. Er hat das selbst zugegeben. Gegenüber den Verhärtungen des Kulturprotestantismus kam es darauf an, daß die evangelische Theologie wieder zu ihrem Thema kam und daß die Kirche wieder deutlich machte, was sie meint, wenn sie von Gott redet, — von dem Gott, den wir nicht kennen, der sich uns aber bekannt machen will. Gott aber ist nicht nur Nein, Gott ist Ja. Gott ist Liebe und Güte. Gott ist Gnade, d. h., er ist t r o t z d e m, dennoch gut und hält Treue, obwohl die Welt im Trotz wider ihn steht. Barth vernimmt aus dem Evangelium diese unerhörte Anzeige, daß Gott für uns ist, obwohl er gegen uns sein müßte. Weil er zunächst deutlich machen muß, daß das wahrlich keine Selbstverständlichkeit, sondern das Unerhörteste vom Unerhörten ist, darum die starken Negationen in der Auslegung des Römerbriefes, die die eigentlich gemeinte Position fast überdecken. Aber Barth ist nicht im Negativen stecken geblieben, — schon damals nicht, und später erst recht nicht. Immer klarer, immer überzeugender ist sein Grundanliegen zutage gekommen. In einem reichhaltigen theologischen Schrifttum, vor allem aber in der seit 1932 erscheinenden, bisher auf 12 umfangreiche Bände angewachsenen „Kirchlichen Dogmatik" wird das christliche Zeugnis in einer außerordentlich positiven Weise entfaltet. Man macht im Umgang mit diesen Bänden eine eigenartige Entdeckung. Wo man sie aufschlägt, geht es ums Ganze, nämlich um das Wunder, das von dem Namen Jesus Christus bezeichnet wird. Jesus Christus — das ist nach Barth die grundsätzliche Hinwendung Gottes zur Welt. Die Inkarnation, die Fleisch-

werdung des Wortes, — das bedeutet, daß der Schöpfer unbedingt und restlos dem Geschöpf zugewandt ist und sich seiner angenommen hat. Was das heißt, das sucht Barth nach allen Seiten immer wieder zu durchdenken und zu entfalten. Das ergibt eine Theologie, die für die Welt, den Menschen zu glauben und zu hoffen wagt, wie das sonst kaum vorgekommen ist. Hatte Barth 1920 von der Göttlichkeit Gottes geredet, so bezeugt er jetzt, daß gerade seine Göttlichkeit seine Menschlichkeit ist, daß Gott im Himmel der Partner des Menschen auf Erden wurde. Gottes Göttlichkeit verwehrt es ihm nicht, sondern ermöglicht es ihm, daß er sich in freiem Erbarmen für die Welt, für die Menschen aufschließt, wie er es in Jesus Christus getan hat.

Das ist in der Tat ein Wandel im Denken um 180 Grad, eine Akzentverschiebung, die ihm selber erstaunlich vorkommt. Und es ist bemerkenswert, daß die Einwände von früher sich genau ins Gegenteil gewandelt haben. Besorgte man früher, Barth bleibe in einem unfruchtbaren Dualismus stecken, so hört man heute vielfach, er gehe zu weit in seiner positiven Bewertung des Menschen und in seiner optimistischen Beurteilung der Welt. Man fragt sich, ob die negativen, widerstrebenden Kräfte, die Rivalität des Bösen in der Welt, hier nicht zu wenig ernst genommen werden. Auf die Fragen können wir hier im einzelnen nicht eingehen, haben aber noch einmal zu betonen, daß Barth vom Zentrum der christlichen Botschaft hier zu dieser positiven Beurteilung der Dinge kommt. Sein Denken ist von der Wurzel her christologisches Denken. Weil Gott in Jesus Christus zur Welt Ja gesagt hat, darum kann der Mensch nicht Nein sagen oder auch nur das göttliche Ja einschränken und in Frage stellen. Hinter die in Jesus Christus gesetzte Tatsache kann er nicht zurück; über sie kommt er auch nicht hinaus.

2. Das Nein zur Teilung

Von daher ergeben sich nun sehr weitreichende Folgerungen für das Leben und Zusammenleben der Menschen in der Welt. Um in der Welt leben und handeln zu können, braucht der Mensch einen Standort, einen Ausgangspunkt. Er fragt nach dem Guten und Richtigen, nach einer Norm und einem Gesetz, nach Religion oder Religionsersatz. Christliches Handeln kennt keinen Maßstab, der ihm außerhalb und unabhängig von der in Jesus Christus bewirkten neuen Wirklichkeit gegeben wäre. Diese von Barth entfaltete neue Wirklichkeit ist, wenn sie geglaubt wird, der Anspruch auf unser Leben, das Gesetz unsers Handelns. „Wo besonderes Evangelium ist, da ist auch besonderes Gesetz. Wo Gott in beonderer Weise gnädig ist, da will er auch in besonderer Weise heiligen."

Dabei ist Barth davon überzeugt, daß, so wahr die von der christlichen Gemeinde bezeugte Wahrheit die Wahrheit ist, so wahr das hier aufgerichtete Gebot für alle verbindlich und das hier ermöglichte und geforderte neue Leben für alle das allein richtige und heilsame ist. Zwar lebt die Welt das neue Leben nicht. Wir alle, Christen und Nichtchristen, stehen unserm natürlichen Sein nach unter einem anderen Gesetz und kommen nicht hinaus über das „Wollen habe ich wohl, aber vollbringen das Gute finde ich nicht". Dennoch gehört zu der neuen Wirklichkeit die Gemeinde, die aus dem Wunder Gottes lebt und in aller Fragwürdigkeit seinen Willen tut. Es ist keine Frage: Es gibt in dieser Welt diese neue Wirklichkeit der Gemeinde Jesu Christi, in der die Menschen durch die Predigt des Evangeliums zusammengerufen werden, die etwas erkannt haben, was den andern noch verborgen ist. Es gibt also die beiden Bereiche: Es gibt diese Gemeinde in der übrigen Welt. Aber nun ist es Barth wichtig zu sehen, wie das Verhältnis der beiden Bereiche zueinander ist. Und es ist ihm gewiß: Von der Kirche her darf das Verhältnis auf keinen Fall ein exklusives sein. Die Kirche

darf sich auf keinen Fall und in keiner Weise der Welt gegenüber abschließen. Sie hat das leider immer wieder getan. Damit aber hat sie, um es mit einem Wort der Bibel zu sagen, das Licht, das allen leuchten soll, unter den Scheffel gestellt.

Barth fragt also nach dem richtigen Verhältnis von Kirche und Welt und geht entschlossen neue Wege. Zwei seiner kleineren Schriften sind hier wegweisend. Zunächst die Abhandlung „Rechtfertigung und Recht" aus dem Jahre 1938. Da werden die Fragen mit aller Deutlichkeit herausgestellt: „Gibt es eine Beziehung zwischen der Wirklichkeit der von Gott in Jesus Christus ein für allemal vollzogenen Rechtfertigung des Sünders allein durch den Glauben und dem Problem des menschlichen Rechtes?" Barth fragt weiter: „Gehört das Problem der Ordnung, die nicht mehr oder noch nicht die des Reiches Gottes, das Problem des Friedens, der nicht mehr oder noch nicht der ewige Gottesfriede, das Problem der Freiheit, die nicht mehr oder noch nicht die Freiheit der Kinder Gottes ist, — gehört das alles hinein in den Bereich der Wirklichkeit der neuen Zeugung des Menschen durch Gottes Wort, in die Wirklichkeit seiner Heiligung durch den Geist?" Barth stellt die Fragen und sucht die Antwort in direkter Weiterführung dessen, was die Reformatoren gesagt haben. Ihre Auskunft scheint ihm nicht mehr ausreichend zu sein. Sie haben nach seinem Empfinden nicht genügend deutlich gemacht, wie diese beiden Wirklichkeiten — die Wirklichkeit, von der der Christ im Glauben weiß, und die natürliche Wirklichkeit dieser Welt — miteinander in Beziehung stehen. Es scheint, als ob sie beziehungslos nebeneinander ständen. Viele Christen glauben, daß der Glaube sich am besten heraushalte aus den Händeln dieser Welt, die, wie man meint, eben doch unter einem fremden Gesetz stehe. Kirchlicher und weltlicher Bereich werden als zwei ganz gesonderte Bezirke gesehen. Die politische Welt wird zwar als legitim anerkannt — „Es ist keine Obrigkeit ohne von Gott!" —, aber sie bleibt sich selbst überlassen und also ohne das Licht, das alles erleuchten will. Barth kann sich damit nicht abfinden, obwohl man sich auf die Reformatoren beruft. In einer gründlichen Besinnung auf das biblische Zeugnis kommt er zu neuen Erkenntnissen.

Sie werden acht Jahre später in dem ebenfalls aufsehenerregenden Vortrag über das Thema „Christengemeinde und Bürgergemeinde" entfaltet. Da wird das Verhältnis der beiden Wirklichkeiten zueinander ganz eng gesehen. Es geht um zwei ineinander liegende Kreise um einen Mittelpunkt. Die Mitte ist die zukünftige, aber doch schon gegenwärtige Königsherrschaft Gottes. Um sie als innerer Kreis die Gemeinde der Christen, aber auch als äußerer Kreis die Bürgermeinde, die Welt. Denn auch die Welt ist nicht sich selbst überlassen. Auch die Welt gehört, auch wenn sie es nicht weiß, zum Bereich der in Jesus Christus aufgerichteten Herrschaft Gottes und ist mit dem Licht der Wahrheit dieser Herrschaft zu durchdringen. Barth meint geradezu, die Gerechtigkeit des Staates sei in christlicher Sicht zu sehen als ein Gleichnis, eine Entsprechung, ein Analogon zu dem in der Kirche geglaubten und von der Kirche verkündigten Reiche Gottes. Er sucht zu zeigen, wie ein politisches Handeln beschaffen sein muß, das diesem Analogon entspricht.

Diese mutigen Vorstöße Karl Barths haben eine heftige theologische Debatte entfacht. Das reformatorische Anliegen ist dabei erneut zur Sprache gekommen; man hat mit Recht gefragt, ob nicht vor allem von Luther die politische Wirklichkeit, das „Reich zur Linken", nüchterner gesehen und beurteilt worden sei als von Barth, der hier in Gefahr zu sein scheint, zu idealisieren und dem Schwärmertum zu verfallen. Barth hat sich durch solche gewiß ernst zu nehmende Fragen nicht von seinem Wege abbringen lassen. Er ist der Überzeugung, daß es gelte, die Verheißung und das Gebot Gottes nicht von der geschichtlichen

Wirklichkeit her zu verstehen, sondern vielmehr diese Wirklichkeit in das Licht dieser Verheißung und dieses Gebotes zu rücken. In dem 1951 erschienenen Bande der „Kirchlichen Dogmatik", in dem es um „Das Gebot des Schöpfers" geht — eine christliche Ethik aufgrund der Lehre von der Schöpfung —, findet sich auch ein Paragraph mit der Überschrift „Freiheit zum Leben", der die hier anstehenden Fragen der politischen Ethik behandelt. Von Albert Schweitzer entlehnt Barth den Begriff der „Ehrfurcht vor dem Leben", verwendet ihn freilich anders als Schweitzer, der das Leben als der Güter höchstes sieht, als den Wert, an dem sich alle Ethik zu orientieren hat. Es ist nach Barth nicht das Leben an sich, sondern es ist Gottes Leihgabe, die den Menschen verpflichtet. Und es ist der Einsatz des Schöpfers, der sich dieses Lebens angenommen hat und in dasselbe eingetreten ist, der es dem Menschen unmöglich macht, gering zu schätzen, was Gott so hoch geachtet hat. Ein volles Ja zum Leben ist dem Menschen von Gott erlaubt und geboten, obwohl es nur ein vergängliches Gut ist. Was das heißt, wird zunächst nach der positiven und dann nach der negativen Seite entfaltet, indem das Gebot „Du sollst nicht töten!" ausgelegt wird. Damit nimmt Gott unser Leben in Schutz „gegen alle und jede unehrfürchtige Negation und Auslöschung". Eine ganze Reihe von Möglichkeiten, wie das geschehen und damit das Gebot, das das Leben schützt, übertreten werden kann, werden besprochen. Wir beschränken uns darauf, nur noch zu hören, was Barth am Schluß zu der heute wieder aktuellen Frage des Krieges sagt.

Es ist aus grundsätzlichen theologischen und aus praktischen Erwägungen selbstverständlich, daß Barth hier kaum Ja sagen kann, daß er fast ganz Nein sagen muß. Vor jeder leichtfertigen Rechtfertigung oder gar Verherrlichung des Krieges durch die christliche Verkündigung wird gewarnt. „Der Krieg darf nicht als ein normales, ein ständiges, ein gewissermaßen wesensnotwendiges Element dessen anerkannt werden, was nach christlichem Urteil den rechten Staat, die von Gott gewollte politische Ordnung ausmacht". Die Kirche „kann nicht laut genug darauf aufmerksam machen, daß diese Massentötung Massenmord sein könnte, daß nach dieser letzten Möglichkeit wirklich nicht wie nach irgendeiner anderen, sondern eben nur in der letzten Stunde des dunkelsten Tages gegriffen werden dürfte".

Dieser Satz macht freilich auch deutlich, daß Barth hier vor einer letzten Grenze halt macht. Ein absoluter Pazifismus wird von Barth nicht vertreten. Er kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in extremen Fällen der Krieg doch als „gerechter Krieg" bejaht werden muß. Etwa „da, wo ein Volk und Staat rechten Grund hat, die Preisgabe seiner Selbständigkeit nicht verantworten zu können". Die Entscheidung darüber, ob dieser Fall gegeben ist, will Barth aber nicht etwa den Politikern und den Militärs überlassen. Vielmehr „wird man die Frage des gerechten Krieges wie von der Gehorsams-, so von der Glaubensfrage nicht trennen können". Die Kirche „hat auch in diesem Äon den Auftrag, sich der satanischen Lehre entgegen zu stellen, daß der Krieg prinzipiell unvermeidlich und prinzipiell gerechtfertigt sei, daß es in diesem Äon nicht anders sein könne und also in Ordnung gehe, wenn es immer wieder Krieg gebe, an denen dann selbstverständlich auch die Christen teilzunehmen hätten". „Es braucht noch lange keinen Optimismus, sondern nur ein wenig Vernunft zu der Erkenntnis, daß der Krieg zwar nicht absolut, wohl aber relativ, nicht prinzipiell, wohl aber praktisch weithin vermeidlich ist".

Die normale Aufgabe des Staates besteht nach innen und außen nicht darin, menschliches Leben zu vernichten, sondern menschliches Leben zu erhalten und zu fördern. Die Pazifisten irren, wenn sie meinen, daß es allein mit der abstrak-

ten Ablehnung des Krieges getan sei. Es gilt den Frieden zu gestalten — einen Frieden, der nicht schon den Keim des Krieges in sich trägt. „Wo nicht der Mensch, sondern das zinstragende Kapital der Gegenstand ist, dessen Erhaltung und Mehrung der Sinn und das Ziel der politischen Ordnung ist, da ist der Automatismus schon im Gange, der eines Tages die Menschen zum Töten und Getötetwerden auf die Jagd schicken wird . . . Von einem Frieden her, der kein rechter Friede ist, kann der Krieg allerdings unvermeidlich werden. Dies ist also das Erste, Grundlegende, Entscheidende, das die christliche Ethik in dieser Sache zu sagen hat: Es gestalte der Staat, es gestalte die für den Staat verantwortliche Gesamtheit seiner Bürger, es gestalte im Leben des Staates jeder Einzelne in seinem Tun und Lassen den Frieden, solange es nicht zu spät ist, so daß er nicht jener Explosion entgegenführe, den Krieg nicht unvermeidlich, sondern überflüssig und unmöglich mache".

Barth macht darauf aufmerksam, daß „weder die Abrüstung noch die Aufrüstung kann cura prior sein, sondern die Herstellung einer für alle sinnvollen und gerechten Lebensordnung". Die Verantwortung ist nicht dem Staat, seiner Regierung oder einer herrschenden Partei zu überlassen. Den Staat bilden seine Bürger. Sie alle tragen die Verantwortung. „Das bekannte üble, Ludwig XIV. zugeschriebene Wort kann und muß richtiggestellt werden: Jeder einzelne ist an seinem Ort und in seiner Funktion selbst der Staat." Besonders ist die Verantwortung der Christen, der Gemeinde Christi, angesprochen. Jeder Christ ist gefragt: „Hörst du das Gebot und siehst du den Krieg in seiner schrecklichen Wirklichkeit? Was tust du für den rechten Frieden im Volk, von dem her es keinen Krieg geben müßte?" Barth stellt noch eine Reihe ähnlicher Fragen, die dem einzelnen die Verantwortung ins Gewissen schieben.

Weil sich keiner von ihr lossagen kann, darum hält Barth die pazifistische Forderung der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht für kurzsichtig. Freilich: „Die Würde eines unübertretbaren göttlichen Gebotes kann der Militärdienstpflicht nun allerdings nicht zukommen". „Der Staat ist nicht Gott und kann nicht göttlich gebieten." Barth gesteht dem Bürger die Freiheit der Gewissensentscheidung zu, die freilich wirklich begründet sein muß und für die der, der sich gegen die Gesetze des Staates entscheidet, mit allen Konsequenzen einstehen muß. „Die Kirche hat lang genug — und ohne nach dem Gewissen der einzelnen sonderlich zu fragen — den militärischen Gehorsam in jedem Fall für alle — und das im Namen Gottes — zur Pflicht gemacht. Es ist nicht einzusehen, warum sie nicht anstelle dieses üblen Schlendrians zunächst und vor allem klarmachen sollte, daß es sich für alle von Fall zu Fall entscheiden muß, ob der im Namen Gottes zu fordernde Gehorsam nun wirklich mit dem militärischen Gehorsam zusammenfällt." Es ist für den Staat nur heilsam, wenn er Menschen hat, die ihn mit ihrer freien Gewissensentscheidung an seine wesensmäßige Schranke erinnern, besonders in Zeiten, wenn es ums Letzte geht.

3. Das Gebot der Stunde

Jetzt gilt es noch darauf zu achten, wie das alles, was uns an grundsätzlichen theologischen Erkenntnissen und ethischen Folgerungen bei Karl Barth begegnet ist, praktisch und greifbar wird. Es kann von seiner Theologie her nicht anders sein, als daß er immer wieder gegen den Strom schwimmt, weil die Kirche wesensnotwendig bekennende Kirche ist, und weil eben gilt: „Wenn die Kirche bekennt, dann geht sie in Furcht und Zittern gegen den Strom und nicht mit ihm." Wir meinen, hier hätte Georges Casalis recht, wenn er in seinem Buche „Karl Barth, Person und Werk" (Stimme-Verlag) urteilt: „Hier redet kein politischer Freiheitskämpfer, sondern ein Prophet", sofern gilt: „Ein Prophet ist eben

kein in die Zukunft blickender Wahrsager, sondern vielmehr ein Mensch, dessen Hauptanliegen zu allen Zeiten in der Verkündigung des Wortes Gottes des Allmächtigen an seine Zeitgenossen besteht." Wenn das gilt, dann sind Barths Stellungnahmen in den wechselnden Situationen, die die einen mit Verwunderung, die andern mit Befremden aufnehmen, als Äußerungen eines Mannes zu verstehen, dem es mehr als irgendeinem seiner Zeitgenossen gegeben ist, Verheißung und Gebot der Stunde zu erkennen und auszusprechen und damit kund zu tun, was aktuales Bekennen des Evangeliums ist. Er weiß sich keinem Gesetz, keinem Prinzip verpflichtet, sondern dem lebendigen Wort Gottes in der Zeit.

Gibt man das zu, dann dürfte es nicht angehen, das einfach als eine unerlaubte Vermengung von Politik und Theologie zu begreifen, und man wird auch nicht damit durchkommen, zu erklären, Barth sei eben der Schweizer Demokrat, der den deutschen Verhältnissen doch kein rechtes Verständnis entgegenbringen könne. Wie merkwürdig ist dieses Argument, wenn man sich vor Augen führt, mit welcher Leidenschaft dieser in der Tat ja nicht volksdeutsche Westeuropäer am deutschen und europäischen Schicksal teilgenommen hat und teilnimmt. Wir denken dabei zunächst an die Zeit im Dritten Reiche. Vielleicht hat es wenige gegeben, die so früh und so deutlich die Gefahr erkannten, die Hitler und seine Bewegung für das deutsche Volk und mehr und mehr für alle Völker Westeuropas bedeutete. Barth war darum von Anfang an führend am deutschen Kirchenkampf beteiligt und fand sich bald in enger Freundschaft und Kampfgenossenschaft mit Martin Niemöller, dem Gründer des Pfarrernotbundes. In dieser Auseinandersetzung ging es zunächst um die Wahrheit des Evangeliums, und man war peinlich darum bemüht, das Politische auszuklammern. Es war aber kaum möglich, und daß Barth das vielleicht am deutlichsten erkannte und daraus die Folgerungen zog, wurde damals schon von vielen, die zunächst sich mit ihm einig glaubten, als belastend empfunden. Je mehr der Nationalsozialismus sich anschickte, über die deutschen Grenzen vorzustoßen und die Welt zu erobern, war die Welt zum Widerstand aufzurufen. In jener Zeit erhob Karl Barth, der Deutschland hatte längst verlassen müssen und in Basel lehrte, seine warnende Stimme. Vielen Deutschen aber klang es, auch wenn sie keine Nationalsozialisten waren, entsetzlich in den Ohren, als 1938 bekannt wurde, Barth habe an den Prager Theologen Hromadka geschrieben, die Tschechen möchten fest bleiben und der deutschen Aggression Widerstand leisten. Er wage zu hoffen, „daß die Söhne der alten Hussiten dem überweich gewordenen Europa dann zeigen werden, daß es auch heute noch Männer gibt. Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns — und ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann".

Der Brief hat, wie gesagt, nicht nur in Deutschland und nicht nur bei den Nationalsozialisten Bestürzung ausgelöst. Viele seiner Mitstreiter im Kirchenkampf waren längst von Barth abgerückt. Sie sahen ihr Bemühen, das kirchliche Anliegen wirklich aus der Politik heraus zu halten, hier in Frage gestellt. Barth galt ihnen als einer, der wieder einmal unerlaubterweise Theologie und Politik vermengte und überdies den deutschen Fragen nicht gerecht werden konnte. Er ließ sich nicht irremachen. Er sah sich gerufen, gegenüber dem, was damals in Deutschland geschah, zu rufen und zu warnen. Er sah die Menschlichkeit vom Untergang bedroht. Denn „das heutige Deutschland hat die Unmenschlichkeit zum Prinzip erhoben. Nationalsozialismus ist nicht nur verbunden, sondern identisch mit der Unmenschlichkeit." Aus diesem Grunde hat Barth Briefe wie den an

Hromadka auch an die französischen Protestanten und an die Engländer, an die Skandinavier und an die Amerikaner gerichtet.

Und dann erlebte man die erste große Überraschung. Deutschland war besiegt, der Nationalsozialismus zerschlagen. Die Welt stand im Taumel der Begeisterung, die Sieger schrien nach Rache. Barth aber stimmte nicht ein, vielmehr machte er sich zum Anwalt der Deutschen in ihrer Not. In zwei kleinen Schriften: „Die Deutschen und wir" und „Wie können die Deutschen gesund werden?" sucht er das rechte Wort in dieser Lage zu finden. Dabei fällt er auch jetzt vielen in Deutschland und im Ausland auf die Nerven. Während er den einen zu milde mit den vermeintlich Alleinschuldigen verfährt, können es die andern nicht ertragen, daß er in die deutsche Geschichte hineinleuchtet und zu einem wirklichen Neuanfang zu helfen sucht. Damals wurde eine Gelegenheit verpaßt, die sich nie mehr einholen läßt. Die „Gnade des Nullpunktes" wurde versäumt. Zwar entsteht 1945 das von Niemöller angeregte, von allen Kirchenführern unterzeichnete Stuttgarter Schuldbekenntnis, das der Anfang einer wirklichen inneren Gesundung hätte werden können. Aber es wird bald deutlich, daß das deutsche Volk das Wagnis dieses verheißungsvollen Weges einer gründlichen Revision nicht auf sich nehmen will und stattdessen den leichteren Weg der Selbstrechtfertigung und der voreiligen Rehabilitierung geht. Das führt zur Errichtung und Konstituierung der Deutschen Bundesrepublik, damit aber zur vollendeten Aufspaltung des deutschen Volkes und zur Verhärtung der Fronten im Ost-West-Konflikt. Die Kirche geht diesen Weg mit, bis auf eine Minderheit, Kreise der Bekennenden Kirche, die sich an Karl Barth und seiner Theologie orientieren, auch soweit sie eben politische Theologie ist.

Barth trennt sich auch nach 1945 nicht vom deutschen Schicksal. Aber es geht ihm um das ganze deutsche Volk. Er besucht nicht nur die Westzone. Er hält nicht nur Gastvorlesungen in Bonn. Er fährt auch nach Berlin und nach Dresden. Im Frühjahr 1948 unternimmt er eine Reise nach Ungarn und kommt zurück mit dem starken Eindruck, daß die Kirche dort trotz des Druckes unter kommunistischer Herrschaft lebt. Die Welt ist wieder einmal erstaunt und befremdet darüber, daß er nicht so entschieden ablehnend gegen den Osten Stellung nimmt, wie man es im Westen erwartet. Der, der so leidenschaftlich gegen die Hitlerdiktatur gekämpft hat, urteilt jetzt im Blick auf den östlichen Totalitarismus sehr viel milder und nachsichtiger. Wie kommt das? Ist er, seiner einstigen sozialistischen Einstellung entsprechend, doch der kommunistischen Ideologie verfallen? Emil Brunner, einst der theologische Mitstreiter, schreibt einen Offenen Brief an Karl Barth. Und Barth antwortet. Er sucht seinen „Stellungswechsel" zu erklären. Neben der Antwort an Brunner hält er einen Vortrag „Die Kirche zwischen Ost und West", der als Heft der „Theologischen Existenz heute" erscheint. Was Barth sagt, zeugt von einer großen inneren Freiheit. Es ist manches so gesagt, daß es heute noch uneingeschränkt Gültigkeit hat.

Barth sieht, was andere nicht sehen oder nicht sehen wollen. Er sieht die andere Situation. 1948 ist nicht ohne weiteres 1938. Roter Totalitarismus ist nicht ganz dasselbe wie brauner Totalitarismus. Vor allem aber: Vor Hitler und seiner Diktatur war zu warnen, weil die Welt ihr zu verfallen drohte, ohne um die Gefahr zu wissen. Ist die Situation gegenüber dem Osten wirklich dieselbe? Sind wir nicht alle von Angst, Abscheu und Haß gegenüber dem „östlichen Monstrum" erfüllt und damit in Gefahr, in einer kurzschlüssigen Reaktion die Sache nur zu verschlimmern? Kann die Aufgabe, vor allem der Kirche, also heute dieselbe sein wie damals? „Als ob es in der Geschichte solche einfachen Wiederholungen gäbe!" „Ich kann nicht zugeben, daß es eine christliche und kirchliche Aufgabe wäre, mit theologischer Begründung auch noch einmal zu sagen, was jeder Bür-

ger ohnehin täglich kopfnickend auch in seiner Zeitung lesen kann, was von Herrn Truman und vom Papst ohnehin so vortrefflich vertreten wird." Barth macht deutlich, daß christliches Bekennen eben nicht mit der allgemein herrschenden Meinung geht, sondern gegen sie.

Aber ist denn nicht die christliche Existenz bedroht, heute im Osten wie damals im Nazi-Staat? Nun, einmal bezweifelt Barth nach seinen in den östlichen Ländern gemachten Erfahrungen, daß die Art der Anfechtung und das Maß der Unfreiheit wirklich dasselbe ist wie unter Hitler. Der Zweifel besteht auch wohl heute noch, wenn wir in der DDR vielleicht auch besondere Verhältnisse annehmen müssen. Barth sieht den Unterschied darin, daß die östliche Ideologie bei aller prinzipiellen Gegnerschaft dem Christentum gegenüber doch nie wie der Nationalsozialismus den Versuch gemacht habe, das Christentum umzudeuten und zu verfälschen. Der Bolschewismus habe sich des Antisemitismus nicht schuldig gemacht. „Er ist nicht antichristlich, er ist kaltschnäuzig achristlich. Ihm scheint das Evangelium überhaupt noch nicht begegnet zu sein. Er ist brutales, aber wenigstens ehrliches Gottlosentum. Was soll die Kirche dagegen tun? Protestieren? Sich als Vertreter der besonderen Belange des lieben Gottes in eine allgemeine Ostfront einreihen? Es ist mir neu, daß die Christenheit gegenüber den Gottlosen, auf ihre Verachtung, Bedrückung und Verfolgung mit Protesten und mit Aufrufen zu politischen Kampfaktionen zu reagieren habe. Hier gilt etwas ganz anderes, nämlich Geduld und Glaube der Heiligen, fröhliches Bekennen und unerschrockenes Ausharren. Wenn die Kirche das leistet, steht sie auf Felsengrund, kann sie lachen über das ganze Gottlosenwesen, hat sie den Gottlosen, ob sie es hören oder nicht — sie werden es aber einmal hören! — etwas Positives zu sagen." — Für den Dienst echten Bekennens die Christenheit in den kommunistischen Ländern zu rüsten, das wäre eine vordringliche Aufgabe der westlichen Kirche. Barth hat es trotzdem nicht unterlassen, 1953 an Staatsminister Z a i s s e r zu schreiben, zu einer Zeit, da der Druck besonders schwer war. Später aber, 1958, richtete er einen „Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik", in dem er ganz im Sinne des im Neuen Testament sich findenden 1. Petrusbriefes den Bedrängten und Angefochtenen die gerade ihnen geltende göttliche Verheißung gewiß zu machen suchte.

Barth kann nicht mittun in der allgemeinen Front gegen den Osten, weil er, wie er später schreibt, „den prinzipiellen Antikommunismus für das noch größere Übel als den Kommunismus" ansieht. Weil man das aber nicht sehen kann und nicht sehen will, darum kann es im Westen Deutschlands und Europas zu keiner wirklichen Gesundung kommen, vielmehr sind die alten, bereits ausgetriebenen unsauberen Geister in das Haus, das neu für sie hergerichtet wurde, zurückgekehrt. Die — angebliche oder wirkliche — Drohung aus dem Osten bringt es mit sich, daß wir im Westen wieder alles von den äußeren Machtmitteln erwarten und, wenn es sein muß, auch von der Diktatur. Barth macht schon 1948 darauf aufmerksam, „daß der Westen dem spanischen Diktator Franco bis jetzt kein Haar gekrümmt hat, sondern daß er diesen Totalitarismus, von dem z. B. die spanischen Protestanten etwas zu erzählen wissen, nicht ungern in die Planung seiner künftigen Ostfront einbezieht". Er erinnert an manches, was der Westen sich leistet — Holland gegen Indonesien; heute könnte man Suez, Algerien und Kongo hinzufügen —, und kommt zu dem Schluß: „Die Parole, die man uns heute in den Mund legen möchte, kommt als christliche Parole darum nicht in Frage, weil sie sich schließlich nur gegen den Osten richtet. Sie ist, kurz gesagt, nicht ganz ehrlich. Und darum müssen wir es ablehnen, sie in den Mund zu nehmen!"

Es ist schließlich noch die Frage zu erwähnen, die seit 10 Jahren die Welt beschäftigt und an der die Kirche nicht vorbeigehen kann. Es ist die Frage der Atombewaffnung, der Anwendung der Atomenergie im modernen Krieg. Barth hat in dieser Sache nicht geschwiegen, wenn er auch aus begreiflichen Gründen genötigt ist, sich zurückzuhalten. Er hat sich mit den bekannten Thesen der „Kirchlichen Bruderschaft" in Deutschland restlos einverstanden erklärt und diese Haltung auch bezeugt durch ein Votum, das er 1959 an den „Europäischen Kongreß gegen Atomaufrüstung" richtete. Er fordert von den Christen und allen Verständigen entschlossenen Widerstand gegen eine Bedrohung der Welt, wie sie noch niemals bestanden hat, — eine Gefahr, die man wohl sieht, vor der man in großer Sorge lebt, über die man auch wohl tiefgründige philosophische und theologische Erörterungen anstellt, gegen die man aber nichts unternimmt, weil man durch die Furcht vor dem Osten gebannt ist. Barth zeigt die Aufgabe und hört nicht auf zu warnen. Jedenfalls ist er auch hier nicht der Meinung, Kirche und Theologie hätten sich vom Felde konkreter politischer Entscheidungen in einen geschützten religiösen Raum zurückzuziehen. Vielmehr hat sich alles echte Hören des Wortes Gottes und aller wahre Gehorsam zu bewähren im Dienst an der Welt, die Gott geliebt und erlöst hat und dem Verderben nicht preisgeben will.

Prof. Gerhard Gollwitzer

Nachruf auf eine Sumpfblüte

Der Sumpf ist der Kalte Krieg und die ideologische Verhetzung, die Blüte war das Komitee „Rettet die Freiheit". Das Pflänzlein wurde am 20. Februar 1959 in Köln gesetzt durch die Gärtner Minister Strauß, General Heusinger, NATO-Generalsekretär Spaak und andere. Zum Begießen wurde vom Bundesverteidigungsministerium ein fünfstelliger Anfangskredit überreicht. Mit rund 300 000 DM wurde die Pflanze in den ersten drei Monaten zum Blühen gebracht. Die Frucht war das berühmt-berüchtigte Rotbuch, über das in diesen „Blättern" in Heft 4/1960 berichtet wurde. Danach verwelkte es rasch und ist nun geräuschlos verscharrt worden.

Diesem Nachruf sei eine Begegnung mit dem Komitee beigefügt. Am 26. November 1960 besuchte mich ein Kollege, der einer finanziellen Schädigung durch Nichtanerkennung berechtigter Forderungen nachgegangen und dabei nach langer Bemühung auf die Verleumdungen dieses Komitees gestoßen war. Als er sich zur Wehr setzte, sandte man ihm den ihn betreffenden Passus des „Rotbuches", Seite 136, 137: „Verschwörung gegen die Freiheit. Die kommunistische Untergrundarbeit in der Bundesrepublik ... Es sind mehr als 20 000 Angehörige geistiger Berufe in der Bundesrepublik, die bisher Aufrufe und Petitionen des ‚Fränkischen Kreises' oder der verschiedenen Gruppen der vom Fränkischen Kreis initiierten Anti-Atom-Bewegung unterzeichnet haben. Aus diesen Namen suchen sich die Funktionäre die repräsentativsten heraus und drucken sie mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß es sich nur um eine Auswahlliste handle, in großer Auflage ... Die nachfolgende Namensliste ... vermittelt einige interessante Aufschlüsse: Erstens zeigt sie, wie weit die kommunistischen Ak-

tionen reichen, obgleich sich unter den genannten Personen nur eine verschwindend geringe Zahl von Kommunisten befindet; zweitens macht sie deutlich, daß es den Kommunisten gelang, Kontakte bis in die Spitzen aller Sparten der geistigen Berufe zu bekommen; drittens offenbart sie die Universitätsstädte als Schwerpunkte der kommunistischen Kulturarbeit. Die Liste ... sagt nichts darüber aus, auf welche Weise die Funktionäre die Unterschriften erschlichen ... haben."

Weiterhin wurde ihm mitgeteilt, der Verfasser des „Rotbuchs" sei bei der Nennung seines Namens von der Tatsache ausgegangen, daß er den Aufruf „An die Bischöfe und Pfarrer der christlichen Kirchen in der Bundesrepublik" vom 13. Mai 1958 des Prof. Gerhard Gollwitzer unterzeichnet habe. Prof. Gollwitzer sei Beauftragter des sog. Fränkischen Kreises, der diesen Aufruf gegen atomare Bewaffnung an die Bischöfe beider Konfessionen in den Druckschriften des Fränkischen Kreises herausgegeben habe. Dieser Aufruf werde in den Druckschriften des Fränkischen Kreises seit Mai 1958 verbreitet. Man sei selbstverständlich vollkommen davon überzeugt, daß der Genannte keine Ahnung von diesem „kommunistischen Zusammenhang" gehabt habe. Durch die Publikation des Namens sei, wie auch in anderen Fällen, „keinerlei Urteil über die verehrungswürdige Persönlichkeit des Genannten abgegeben, sondern der Mißbrauch der Namen von ahnungslosen Wissenschaftlern" ... festgenagelt worden. Wenn der Geschädigte, nunmehr „über die Hintergründe des Vorgangs unterrichtet", mitteilen werde, daß er hiervon nichts gewußt habe, dann werde er „zu den Wissenschaftlern gehören, deren Name, ohne zu wollen, von dieser kommunistischen Organisation mißbraucht" worden ist.

Soweit der Vorgang! Die Verleumdung des „Fränkischen Kreises" und die Tatsache, daß es offenbar zu den ungeschriebenen Rechten eines bundesrepublikanischen Ministers gehört, unter dem bequemen Schutz der Immunität unbewiesene und unbeweisbare Rufmord-Behauptungen zu verbreiten, ist ein anderes Kapitel. Hier geht es nur um die Frage jenes Aufrufs an die Kirchen, die in den folgenden Briefen behandelt ist.

26. November 1960, Brief an den Unterzeichner des Aufrufs:

„Sehr verehrter Herr Kollege! Am Samstag, 26. 11. 1960, baten Sie mich um Aufklärung über die Hintergründe des von mir am 13. März 1958 an die Bischöfe und Geistlichen der katholischen, evangelischen und reformierten Kirchen Westdeutschlands versandten, von 103 Professoren, darunter auch von Ihnen, unterzeichneten Aufrufs. Sie zeigten mir hierzu einen Brief ... mit beigefügtem Auszug aus dem „Rotbuch". Und Sie sagten mir, es sei Ihnen aus der Nennung in der Liste ein Schaden erwachsen — strikt entgegen der dort gegebenen Versicherung, daß die „Wiedergabe der Liste keinerlei Qualifizierung der Unterzeichner darstelle."

Über die Hintergründe des von mir allein initiierten und versandten Aufrufs gebe ich Ihnen folgende ehrenwörtliche Erklärung ab:

„Du sollst kein falsch Zeugnis reden
wider deinen Nächsten." 2. Mose 20, 16.

1. Zuerst rufe ich den Text des Aufrufs in Ihr Gedächtnis zurück: „Verantwortungsbewußte Männer der Wissenschaft haben beschwörend vor den nuklearen Massenvernichtungsmitteln gewarnt und ihre Mitwirkung bei der Herstellung abgelehnt. Kulturschaffende und Arbeiter haben gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr protestiert. Die Kirchen aber haben bisher geschwiegen oder nur allgemeine, praktisch wirkungslose Erklärungen abgegeben. Wenn auch noch

so viele Generäle und Politiker eine Verteidigung mit diesen ‚Waffen' für möglich und sinnvoll halten, so kann das doch, meinen wir, niemals für einen Christen gelten. Der Friede muß immer gewagt werden und ist nicht zu sichern mit teuflischen Mitteln. Unverbindliche Appelle helfen nicht weiter. Wir bitten die Kirchen dringend um ein eindeutiges Bekenntnis zu einer mutigen Politik der Entspannung und der Nichtbeteiligung der Bundesrepublik am atomaren Wettrüsten im heillosen Zirkel allgemeinen Mißtrauens und Hasses. Wir rufen Sie, die Leiter der christlichen Kirchen, dazu auf, Ihre Stimme gegen den unmenschlichen Wahnsinn zu erheben, ihm jede Unterstützung zu verweigern und die Gläubigen zur gleichen Haltung zu ermutigen."

Im „Rotbuch" heißt es: „Die Namensliste wurde unter Weglassung der Propagandatexte den durch den Fränkischen Kreis versandten Drucksachen entnommen." Man hatte wohl Grund zu dieser „Weglassung", denn wie man diesen Aufruf als „Propagandatext" kommunistischer Funktionäre bezeichnen kann, ist mir und wäre wohl jedem wirklichen Christen unerfindlich. Er wurde von Herrn Pfarrer D a u r , Stuttgart, und mir verfaßt, nachdem ich mich entschlossen hatte, einen derartigen Aufruf zu versenden.

2. Die Sammlung der Unterschriften und der Versand wurde von mir privat und allein, aus meiner eigenen Tasche, finanziert.

3. „... auf welche Weise die Funktionäre die Unterschriften erschlichen haben" („Rotbuch" S. 136/137): Erstens hat kein kommunistischer Funktionär eine Unterschrift eingeholt, sondern allein ich. Zweitens wurde keine Unterschrift „erschlichen", sondern ich versandte den Aufrufsvorschlag zur Rückäußerung an mir bekannte Kollegen, mit der Bitte, ihn im Falle ihrer Zustimmung zu unterzeichnen und ihn auch an ihnen bekannte Kollegen weiterzugeben. Die Belege sind in meinen Händen.

4. Weder bin ich „ein Beauftragter des Fränkischen Kreises" noch hatte dieser Aufruf irgendetwas mit dem Fränkischen Kreis zu tun. Die Behauptung, der Fränkische Kreis habe diesen Aufruf herausgegeben, ist eine Lüge.

5. Der Aufruf sei „in den Druckschriften des Fränkischen Kreises seit 1958 verbreitet worden": Er wurde von verschiedenen Zeitungen (z. B. auch von der Stuttgarter Zeitung) und Zeitschriften im Auszug oder ganz nachgedruckt, denn wir hatten ja nichts zu verbergen, im Gegenteil, uns lag an der Verbreitung. Und so gelangte er auch in den Mitteilungen des Fränkischen Kreises zum einmaligen Abdruck. Im Gegensatz zum unbekannten Verfasser des „Rotbuchs", der seine Verleumdungen anonym verbreitete, haben wir uns nie gescheut, unsere Namen in aller Öffentlichkeit bekanntzugeben und mit unserem Namen zu unserem Wort zu stehen.

6. ... schreibt in der Behandlung Ihres Falles bzw. des von Ihnen unterzeichneten Aufrufs von „kommunistischem Zusammenhang", von „Mißbrauch durch kommunistische Organisationen für deren Zwecke", und das von ihm zitierte „Rotbuch" spricht von „kommunistischer Aktion" und davon, daß es „den Kommunisten gelang, Kontakte bis in die Spitzen der geistigen Berufe zu bekommen". Das heißt, daß zumindest ich, der alleinige Initiator des Aufrufs, der ihn auch allein finanziert hat, ein kommunistischer Funktionär sein muß. Das ist eine ungeheuerliche Verleumdung, deren Zurücknahme ich erwarten darf.

Sie, sehr verehrter Herr Kollege, wissen nun, nachdem ich Sie der Wahrheit gemäß „über die Hintergründe der Vorgänge unterrichtet" habe, daß die Unterrichtung durch ... nicht der Wahrheit entspricht. Diese ebenso wie das „Rotbuch" sind ein erschreckendes Zeugnis dafür, wie gewisse Kreise heute mit Methoden, die an die dunkelste Zeit Deutschlands erinnern und die denjenigen ähneln, die man dem anderen Teil Deutschlands vorwirft, arbeiten, um den Ruf

aufrechter Männer zu ruinieren — aufrechter Männer, die sich um ihr Volk verdient gemacht haben, die in ihrem Beruf Hervorragendes leisten und die ihre demokratische Pflicht erfüllen, in politicis aufmerksam und verantwortungsbewußt mitzudenken, als Christen mitzudenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung! Ihr sehr ergebener G. G."

26. November 1960, Brief an das Komitee „Rettet die Freiheit":

„Mein verehrungswürdiger Kollege, Herr Prof. Dr. ..., kam bei seiner Bemühung, einer Verleumdung, die ihn finanziell schädigte, auf die Spur zu kommen, zu mir. Er legte mir einen Brief ... vor, dem ein Auszug aus dem „Rotbuch" des Komitees „Rettet die Freiheit" beigefügt war. Ich habe in dem abschriftlich beigefügten Schreiben Stellung dazu genommen.

Nachdem dadurch auch Sie der Wahrheit gemäß „über die Hintergründe der Vorgänge unterrichtet" sind, die dem Aufruf an die Kirchen vorausgingen, darf ich von Ihnen eine Zurücknahme der in diesem Zusammenhang ausgesprochenen Verleumdungen erwarten. Denn ich darf annehmen, daß Sie mit mir der Meinung sind, daß mit Unwahrheiten, ja Verleumdungen die Sache der „Freiheit" nicht gerettet wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung! Ihr sehr ergebener G. G."

Keine Antwort!

22. Dezember 1960, Brief an das Komitee „Rettet die Freiheit":

„Das Fest der Geburt des Herrn ist gekommen — offenbar sind Sie entschlossen, es mit der Schuld der Verleumdung auf Ihrem Gewissen zu feiern. Denn bis heute habe ich keine Antwort auf meinen Brief vom 26. 11. 1960 erhalten, in dem ich die Lügen über meinen Professorenaufruf an die Kirchen entlarvte, die das „Rotbuch" enthält.

Der Jahreswechsel steht vor der Türe — noch erwarte ich im alten Jahr die Zurücknahme der Verleumdungen. Da ich andernfalls annehmen muß, daß das 8. Gebot — „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden" — für Sie nicht gilt, sehe ich mich gezwungen, die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen.

Hochachtungsvoll! Ihr sehr ergebener G. G."

Keine Antwort!

Wie oben gemeldet: die Sumpfblüte ist verwelkt und verscharrt. Möge ihr Gift niemandem mehr schaden, und möge es auch nicht unter der Erde noch weiterwirken!

Bemerkungen

Harold Davies, M. P., vertritt im britischen Unterhaus als Abgeordneter der Labour-Party den Wahlkreis Leek. Ebenso wie William Warbey unternahm er vor einigen Jahren eine mehrwöchige Studienreise nach Asien.

William Warbey, M. P., ist Abgeordneter der Labour-Party im Unterhaus und vertritt den Wahlkreis Ashfield.

Rudolf Weckerling wurde 1911 in Wiesbaden geboren. Er studierte Theologie in Heidelberg, Rostock, Berlin, Marburg und London. Als Mitglied der Bekennenden Kirche von der Gestapo mehrfach gemaßregelt und Ende 1938 von ihr aus dem Lande Hessen ausgewiesen. Im Mai 1940 durch das Reichs-Sicherheits-Hauptamt Rede- und Betätigungsverbot für das gesamte Reichsgebiet. Während des Kirchenkampfes Bekanntschaft mit Mitgliedern des Büros Grüber. Seine Frau, damals Vikarin, arbeitete in der Widerstandsbewegung mit Grüber zusammen. Seit Sommer 1941 Soldat, wurde Weckerling nach Kriegsende im Juni 1945 Gemeindepfarrer in Berlin-Spandau. Seit 1953 ist er Studentenpfarrer an der Technischen Universität Berlin.

Weckerling hat in den letzten Jahren in der Anti-Atom-Bewegung und im Provinzialausschuß „Kirche und Israel" der Synode Berlin-Brandenburg mit Propst Grüber zusammengearbeitet und ist Herausgeber der soeben im Käthe Vogt Verlag, Berlin, unter dem Titel „Durchkreuzter Haß" erschienenen Festschrift zu Grüber's 70. Geburtstag.

politik des Westens wird die Dringlichkeit und Möglichkeit eines Disengagement für den mitteleuropäischen Raum ignoriert, der Begriff Abrüstung taucht nicht auf, wenn man von einigen vagen Andeutungen absieht, die sich gegen die Flut energischer Forderungen nach Stärkung der konventionellen und nuklearen Kapazität der NATO verlassen ausnehmen — und wohl auch nach dem Willen des Verfassers nicht sonderlich ins Gewicht fallen sollen. Dieser Eindruck wird durch die außerordentlich milde Kritik Schmidts an der Militärpolitik Bonns verstärkt; dem Bundesverteidigungsminister rät er mit Schlieffen, „mehr zu sein als zu scheinen". Ein Hinweis, der nicht nur Strauß in der Auffassung bestärken wird, daß die SPD gegen das militärische Machtstreben Bonns in der Sache nun nichts mehr einzuwenden hat. H. H.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Rüstungsausgaben Amerikas

Der Senat hat am Montag eine Vorlage für den Ankauf neuer Flugzeuge, Schiffe und Raketen für die Streitkräfte in der Höhe von 12,5 Milliarden Dollar verabschiedet. Die Vorlage geht nun an das Repräsentantenhaus. Die Militärkommission des Repräsentantenhauses hat für dieselben Ankäufe eine Gesamtsumme von 12,368 Milliarden Dollar empfohlen, während die Regierung nur 11,975 Milliarden Dollar beantragt hatte.

Die vom Senat verabschiedete Vorlage hält sich weitgehend an die Empfehlungen Präsident Kennedys, doch enthält sie einen Posten von 525 Millionen Dollar für den Ankauf neuer Langstreckenbomber für die strategische Luftwaffe. Weder Kennedy noch sein Amtsvorgänger Eisenhower hatten eine Verstärkung der strategischen Bomberflotte beantragt.

Neue Zürcher Zeitung v. 17. 5. 61

Kennedy unter starkem Druck

Der Präsident steht unter starkem Druck, das Rüstungsprogramm zu beschleunigen und der militärischen Abwehr von sowjetischen Übergriffen wieder den Vorrang einzuräumen. Innenpolitische Rücksichten bestimmen einige der älteren demokratischen Führer, sich nicht ein zweites Mal dem Vorwurf auszusetzen, sie hätten den Kommunisten nachgegeben. Die Gewerkschaften verlangen Arbeitsbeschaffung, die Atomkommission will die Tests fortsetzen, das Wehrministerium sucht sein Budget zu erhöhen.

Deutsche Zeitung v. 27./28. 5. 61

Pläne für Sabotagetruppen

Nach einer Meldung des „Wall Street Journal" erwägen politische Kreise Washingtons ernsthaft, Guerillatruppen auszubilden, die in kommunistischen Ländern Sabotage- und Diversionsakte ausführen sollen. Hinter der Aktion soll der Chef der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der amerikanischen Armee, Generalleutnant Trudeau, stehen. Nach diesen Überlegungen sollen insbesondere Flüchtlinge aus Ostblockstaaten von amerikanischen Militärs in Guerillataktik ausgebildet und mit Waffen, Geld und Propagandamaterial ausgestattet werden.

FAZ v. 26. 5. 61

„Taktische Atomwaffen auch für begrenzte Kriege"

Der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Gilpatrick hat am Freitag der Annahme widersprochen, daß die Vereinigten Staaten Atomwaffen nur in einem großen Krieg einsetzen würden. Gilpatrick, der in Philadelphia sprach, betonte, daß die

Stärkung der konventionellen Schlagkraft der amerikanischen Streitkräfte keine Kürzung ihrer atomaren Schlagkraft bedeute.

Die atomare Ausrüstung der für einen begrenzten Krieg einsatzbereiten amerikanischen Truppen sei für die allgemeine Strategie von hoher Bedeutung. Der Einsatz von taktischen Atomwaffen in solchen begrenzten Auseinandersetzungen dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Die Welt v. 20. 5. 61

Prawda: Begrenzte Kriege gibt es nicht

Angesichts so vielen entzündbaren Brennstoffs in der politischen Atmosphäre der Welt gibt es keine Garantie, daß selbst ein kleiner Krieg in Europa sich nicht zu einem allgemeinen nuklearen Konflikt ausweiten könnte.

Die amerikanischen Strategen vertreten seit einigen Jahren die Doktrin der sogenannten begrenzten Kriege. Sie hatten nur ein Ziel bei der Veröffentlichung dieser ihrer Erfindung — sie beabsichtigten, die Menschen an den Gedanken der Unvermeidbarkeit solcher Kriege zu gewöhnen, die, wie sie behaupteten, nicht notwendigerweise den Einsatz von Atomwaffen bedeuten.

Die Regierung Kennedy hat den bösen Pfad ihrer Vorgänger beschritten, der zu einem weiteren Prestigeverlust der Vereinigten Staaten führt.

Prawda, Anfang Mai 1961.

Sowjetgeneral: Atomkrieg wäre die größte Katastrophe der Menschheit

Die technische Revolution hat auf militärischem Gebiet Waffen entwickelt, deren Zerstörungskraft alles bisher Bekannte tausendfach übersteigt. In einem Krieg der Zukunft — sofern man den Imperialisten seine Entfaltung gestattet — würde die Raketenkernwaffe als grundsätzliches Mittel der Massenvernichtung dominieren. Die thermonukleare Waffe hat die Möglichkeit geschaffen, Räume gewaltigen Ausmaßes völlig zu zerstören, ganze Staaten buchstäblich von der Erdkante wegzufegen. Geht man davon aus, daß die Fläche, die ein Kernwaffenträger (Bombe oder Rakete) von 10—20 Megatonnen zerstören kann, 700 Quadratkilometer beträgt, wären zur Ausradierung eines Staates von der Größe der USA (ohne Alaska) zirka 8500 derartige Sprengköpfe erforderlich, doch würde für die Schläge gegen die entscheidenden strategischen, wirtschaftlichen und politischen Zentren eine kleinere Menge atomarer Vernichtungsmittel ausreichen. Daneben könnte die radioaktive Verseuchung schon mit einigen hundert, in gewissen Fällen schon mit einigen Dutzend Bomben erwirkt werden. Es ist somit ganz klar, daß im Ernstfall für die Vernichtung von Staaten mit kleinerem Territorium und größerer Bevölkerungsdichte der Einsatz weniger Dutzend Kernbomben durchaus genügt. Lidell Hart, der englische Militärtheoretiker, vertritt die Ansicht, daß 5—10 H-Bomben ausreichen würden, um alle Hauptindustriezentren Englands zu vernichten. Zur Zerstörung aller lebenden und unbelebten Stoffe auf dem Territorium Europas einschließlich der Berge, Wälder usw. würden 15 000 Tonnen des erwähnten Kalibers genügen, für die Zerstörung der Territorien der Länder der NATO, einschließlich aller amerikanischen Basen, kaum mehr als 500 thermonukleare Bomben, für die radioaktive Verseuchung der europäischen Territorien würde sich die genannte Bombenanzahl von 15 000 um einige tausend Einheiten reduzieren. An Zerstörungskraft übertreffen die thermonuklearen Waffen in Form von Sprengköpfen weitreichender ballistischer Raketen oder als Flugzeugbomben jene der atomaren Bomben, deren Wirkung aber ebenfalls ganz beträchtlich ist. So konnte die auf Hiroshima abgeworfene A-Bombe (20 Kilotonnen), die zur Kategorie der sogenannten „taktischen" Atomwaffen zählt, eine Fläche von 30 km² zerstören. Eine Bombe maximalen Kalibers mit einer Sprengkraft von 500 Kilotonnen kann eine Fläche von etwa 650 km² zerstören mit Menschenverlusten in Stadtgebieten bis zu 1 Million Toten, in Industriegebieten bis zu 50 000 Toten und in ländlichen Gegenden bis zu 5000 Toten.

Heute ist die ballistische Rakete grundsätzlicher Träger des thermonuklearen Sprengkörpers an den Explosionspunkt geworden. Eine Möglichkeit, den mit einer Raketenkernwaffe geführten Schlag zu parieren, gibt es nicht. Die von der USA-Presse lancierten Möglichkeiten der Vernichtung von Raketen durch Raketen sind vorerst reine Spekulationen.

Der Krieg der Zukunft würde sich in seinen Formen und Methoden von allen vorhergegangenen Kriegen gewaltig unterscheiden, in denen sich die Hauptschläge gegen die Streitkräfte abspielten. Im modernen Raketenkrieg aber würden sich die entscheidenden Vernichtungsschläge auf die wirtschaftlichen und politischen Brennpunkte konzentrieren, während der Kampf der herkömmlichen Streitkräfte in den Grenzgebieten der kriegführenden Länder nur die Bedeutung einer Hilfsfunktion besitzen wird. Selbst bei einem Verzicht auf den Einsatz chemischer und bakteriologischer Waffen müßte der Raketenkernkampf zur Vernichtung ganzer Länder und Völker führen, zur Verseuchung gewaltiger Räume durch tödliche Strahlenwirkung; die Menschenverluste auf den Territorien der möglichen Hauptkriegsschauplätze mit einer Bevölkerung von rund 800 Millionen würden 500—600 Millionen Menschen betragen. Ein mit Hilfe der Raketenkernwaffe geführter Krieg würde zweifellos die ganze Erdkugel erfassen, und kein beteiligter Staat würde den Vernichtungsschlägen entgehen. Als erste und grundlegende Schlußfolgerung ergäbe sich somit, daß ein solcher Raketenkernwaffenkrieg eine ausschließlich zerstörerische Funktion besitzen würde, wobei sich die allgemeinen Verluste keineswegs nur auf solche beschränken würden, die dem Gegner durch unmittelbare Raketen- und Bombenschläge verursacht werden. Die zusätzliche und besondere Gefahr der radioaktiven Niederschläge besteht darin, daß — lediglich von meteorologischen Verhältnissen beeinflußt — das Verbreitungsfeld im Grunde genommen unbeschränkt ist, so daß die Gesamtbevölkerung unseres Planeten mit der tödlichen Bedrohung durch diese Niederschläge rechnen müßte und nur eine verbrannte und verseuchte Wüste übrig bliebe. Schließlich würden zusammen mit den Menschen auch die Haustiere umkommen, die Lebensmittelvorräte verseucht werden, abgesehen von den genetischen Konsequenzen eines Kernkriegs, mit denen sich gegenwärtig die Erbforscher befassen. Auch müßte damit gerechnet werden, daß durch die Entwicklung der Raketentechnik die Wirksamkeit des Einsatzes chemischer und bakteriologischer Waffen beträchtlich gesteigert werden kann.

Die tödliche Gefahr eines globalen Kernkriegs ist offensichtlich, und es ist daher verbrecherisch und antihumanitär, die Gefahren nicht zu sehen.

Die Weltbevölkerung würde sich um die Hälfte verringern, wobei gerade der kulturtragende und arbeitsfähigste Teil der Menschheit und damit die materiell-technische Basis der Menschheit der Vernichtung anheimfiele: Fabriken, Betriebe, Feld- und Gartenkulturen, Transportmittel, Wohn- und Krankenhäuser usw. würden zerstört, die menschliche Gesellschaft zurückgeworfen. Aus diesen Gründen stellen sich die westlichen Militätheoretiker mehr und mehr auf die Propagierung des „begrenzten und lokalen Kriegs" um, eine ungefährlichere Form eines neuen Angriffskrieges, auf den sich die Imperialisten vorbereiten. Mit der Option auf den „lokalen und begrenzten Krieg" wollen sie eine Waffe zur Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes der Völker der kolonialen und unabhängigen Länder in der Hand behalten ... Aber unter den Bedingungen der Gegenwart könnten solche „begrenzten" Kriege nur das Präludium zu einem globalen Raketenkrieg sein, bei dem selbst ein überraschter Verteidiger einem stärkeren Gegner außerordentlich schwere Verluste beibringen würde.

General N. Talenski in „Meshdunarodnaja shisn" (Moskau), nach: Die Tat (Zürich) v. 11. 5. 61

Pläne für eine Gipfelkonferenz der Neutralisten

Wie von zuständiger Seite verlautete, haben der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, und der jugoslawische Präsident Marschall Tito beschlossen, vor der nächsten Generalversammlung der Vereinigten Nationen eine „Gipfelkonferenz" der neutralistischen Länder einzuberufen. Die beiden Staatschefs wollten dabei den Kreis der afrikanisch-asiatischen Länder, die an der Konferenz von Bandung beteiligt waren, erweitern und hätten daher zahlreiche weitere Länder aus anderen Erdteilen, die keinem Militärbündnis angehörten, zu der Konferenz eingeladen. Die eingeladenen Länder wurden nicht genannt, doch soll sich auch Kuba darunter befinden. Mehr als zwanzig Regierungschefs, darunter auch der indische Premierminister Nehru, hätten die Idee einer solchen Gipfelkonferenz bereits unterstützt.

Neue Zürcher Zeitung v. 7. 5. 61.

Konferenz über die Gefahren von Atomwaffen in Oslo

Kurz vor Beginn der NATO-Ministerkonferenz in Oslo wurde am Dienstag in den Lokalen des dortigen Nobelinstituts eine „Konferenz gegen die Verbreitung von Atomwaffen" eröffnet. An der Tagung beteiligen sich 665 Teilnehmer aus 15 Ländern, darunter vier Vertreter der Sowjetunion. Die Tagung ist vom amerikanischen Nobelpreisträger für Chemie, Prof. Linus Pauling, und dessen Gattin arrangiert worden, und sie dauert bis zum Sonntag, worauf dann am Montag die NATO-Konferenz beginnt.

Neue Zürcher Zeitung v. 4. 5. 61

NATO-Planspiel soll Fehlerquellen aufdecken

Unter strengsten Geheimhaltungsvorschriften lassen die NATO-Mächte vom 23. bis 26. Mai im Pariser NATO-Hauptquartier im Beisein höchster militärischer Führer, wie des Vorsitzenden des Vereinigten US-Stabschefs General Lemnitzer, „Befehl und Kontrolle" über die Nuklearwaffen im Falle eines sowjetischen Angriffs durchexerzieren und testen.

Anlaß zu diesem geheimen Stabsmanöver ist die vor allem in den USA wachsende Besorgnis, daß die politische Kontrolle der Nuklear-Waffen nicht absolut zuverlässig und ausreichend sein könnte, was vor allem im Falle eines Fehlalarms oder anderer Fehlerquellen zu nicht mehr übersehbaren Konsequenzen führen müßte.

Hamburger Echo v. 24. 5. 61

Für Spaniens Aufnahme in die NATO

Bei der Verteidigung sollte uns jeder Bundesgenosse recht sein, auch wenn er nicht alle Grundsätze des deutschen Grundgesetzes befolge, erklärte der CDU-Abgeordnete Dr. Jaeger, Vizepräsident des Bundestages, vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Kiel. Das betont antikommunistische Spanien bedrohe „nicht unsere Freiheit".

Dr. Jaeger wiederholte seine Forderung nach Aufnahme Franco-Spaniens in die NATO, „weil dort unsere Basen unangefochten sind". Wenn man im übrigen nur rein demokratische Länder in die NATO aufnehmen wollte, dann hätte auch Portugal kein NATO-Staat werden können. Neben Spanien sollte, so betonte Dr. Jaeger in seiner Wochenend-Rede, auch Zypern in die NATO aufgenommen werden, um als Rückhalt für die Türkei dienen zu können.

Zur Frage der atomaren Rüstung behauptete Dr. Jaeger interessanterweise, daß die NATO künftig nicht nur mit taktischen, sondern auch mit strategischen Nuklearwaffen ausgerüstet werden würde.

Der größte Teil der Zuhörer Dr. Jaegers setzte sich aus Offizieren der Bundeswehr zusammen.

Oberfränkische Volkszeitung v. 18. 5. 61

Bundesregierung gibt Spanien 200 Millionen Mark

Die Bundesregierung will Spanien langfristige Entwicklungskredite in Höhe von etwa 200 Millionen DM einräumen, die in erster Linie für bedeutende Bewässerungsvorhaben im trockenen Süden des Landes verwandt werden sollen. Diese deutsche Finanzhilfe ist das wichtigste Ergebnis der viertägigen Besprechungen, die Bundeswirtschaftsminister Erhard in Madrid geführt hat. Die Voraussetzungen für die Gewährung der Entwicklungskredite und für die Erleichterung privater deutscher Kapitalinvestitionen sind in dem Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Spanien festgelegt, das Erhard während seines Staatsbesuches in Madrid unterzeichnet hat.

Deutsche Zeitung v. 12. 5. 61

Mehr Werbung für die NATO

Nach amerikanischem Vorbild sollen auch in der Bundesrepublik „Bürgerkomitees" gegründet werden, die bei der Bevölkerung um Verständnis für die Ziele der NATO werben sollen, wie Bundesaußenminister von Brentano am Wochenende nach einem Zusammentreffen mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Herter erklärte.

Herter und sein Unterstaatssekretär Clayton, die zur Zeit als Vorstandsmitglieder der „U. S. Citizens Commission on NATO" mehrere europäische Länder bereisen, flogen anschließend von Frankfurt nach Rom. Das amerikanische Komitee zur Stärkung der NATO wurde im September 1960 gegründet. Ihm gehören Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an.

Die Welt v. 15. 5. 61.

„Pershing"-Raketen für die deutsche Bundeswehr

Wie am Mittwoch in Bonn bekannt wurde, hat sich der Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Volkmar Hopf, in der vergangenen Woche in den Vereinigten Staaten aufgehalten, um sich über die neue „Pershing"-Rakete zu informieren, die die Bundeswehr anstelle des technisch überholten „Mace"-Fernlenkflugkörpers kaufen will. Wie aus militärischen Kreisen verlautet, ist der deutsche Auftrag für die „Pershing"-Rakete „so gut wie perfekt" und wird in Kürze endgültig erteilt werden. Er wird einen Betrag von 480 Millionen D-Mark ausmachen, den gleichen Betrag, den die Bundesrepublik für den stornierten „Mace"-Auftrag ausgeben wollte.

Die Bundeswehr soll, wie verlautet, zwei Bataillone mit „Pershing"-Ausrüstung erhalten, die unmittelbar der NATO unterstellt werden sollen. Die ersten dieser neuen Raketen sollen im Frühjahr kommenden Jahres ausgeliefert werden. Die „Pershing"-Rakete hat eine Reichweite von rund 1000 Kilometern.

UPI v. 3. 5. 61

Atom-Manöver im Westerwald

Im Westerwald sind 2200 deutsche und amerikanische Artilleristen „im gemeinsamen Abwehrkampf gegen vorrückende Feindverbände". Das Manöver wird auch mit Raketen vom Typ „Honest John" und mit dem schweren US-Geschütz, der „Atom-Anni", durchgeführt.

Neue Ruhr-Zeitung v. 16. 5. 61.

Postgewerkschaftsjugend gegen atomare Bewaffnung

Gegen die atomare Aufrüstung in Ost und West haben sich die 124 Delegierten der Jugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft gewandt. Sie setzten sich auf einer Zusammenkunft in Berlin für eine Tagung aller Atomwaffengegner an einem zentralen Ort der Bundesrepublik ein. Die Delegierten erinnerten den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes daran, daß ein entsprechender Beschluß schon auf einer Konferenz der Gewerkschaftsjugend gefaßt worden sei. Dieser Beschluß müsse bald verwirklicht werden.

Die Welt v. 15. 5. 61.

Zwei Entschließungen des Hessischen Ausschusses der Landbevölkerung gegen Atomtod

Die Kirche ist dem Frieden verpflichtet

Das Zerwürfnis zwischen West- und Ostdeutschland ist auch militärisch vorhanden. Bundeswehr und Volksarmee bedrohen einander.

Zur Überwindung dieses bewaffneten Gegensatzes zwischen der Bundesrepublik und der DDR bedarf es der eindeutigen und nachdrücklichen friedlichen Initiative der Kirchen in Deutschland. Der zweigeteilte deutsche Militarismus ist bis heute vor allem deswegen wirksam, weil ihm weder im Westen noch im Osten die klar kirchliche Entscheidung für den Frieden und also für die Abrüstung begegnet.

Anstatt jeder deutschen Aufrüstung entgegenzutreten, haben die Kirchen mit der westdeutschen Wehrpflicht paktiert, indem sie die sog. Militärseelsorge einrichteten. Das militaristische Denken in der Kirche verrät sich auch durch das ausdrückliche Angebot der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Streitkräften der DDR ebenfalls diese Militärseelsorge zu stellen.

Die Begünstigung des Militärs, der Ausbildung zum Töten, durch die Kirchen, ihr sog. Segnen der Waffen, ist das schädliche, der eigentlichen kirchlichen Aufgabe entgegen-

gesetzte Verhalten. Die Militärkirche sabotiert den Frieden; sie verachtet Gott, ihren Herrn, und die von ihm geschaffenen Menschen, indem sie die Verwendung der Waffen ihrer Vernichtung als gottgewollt hinstellt.

Wir halten die Kirche für verderbt und gefährlich, solange sie nicht die sog. Militärseelsorge aufkündigt.

Die rechte Kirche wird heute gerade daran zu erkennen sein, daß sie auch den Soldaten den Frieden ihres Herrn predigt. Im Evangelium des Lukas steht geschrieben: „Es fragten ihn aber auch Soldaten: Und was sollen wir tun? Und er sprach zu ihnen: Begehet gegen niemand Gewalttat noch Erpressung und begnüget euch mit eurem Solde!"

Erinnert euch, daß für den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima ein Militärpfarrer gebetet hat, und besteht darauf, daß sich die Kirchen von solcher Versündigung trennen!

Der Luftschutz ist eine deutsche Krankheit

In beiden Teilen Deutschlands gibt es eifrige Bemühungen der Behörden um den sog. Luftschutz. Diese aussichtslosen Bestrebungen und Anstrengungen verraten, wie sehr die Deutschen noch an militaristischen und kriegspsychotischen Vorstellungen erkrankt sind.

Nililistisch und pervers ist die Beteuerung der Luftschutzpropaganda, es gelte auf jeden Fall wenigstens einer Minderzahl der Menschen ein Überleben im Kriegsfall zu sichern. Hoffnungs- und gewissenlos wird so mit der Vernichtung der Mehrzahl gerechnet und auf die Katastrophe hingewirkt.

Die Vorstellungen, die mit einem künftigen Krieg sich abfinden, sind verzweifelt und verbrecherisch. Die Vorbereitungen dazu sind wahnwitzig.

Wir ermahnen und bitten deshalb die Regierungen in der Bundesrepublik und in der DDR, dem gemeingefährlichen Unfug der Luftschutzvorbereitungen Einhalt zu gebieten.

Verantwortlich und nötig ist es, alle Gedanken und alle Kräfte mutig auf das Wagnis des Friedens zu richten.

Wer vom Ernstfall, vom Krieg, vom Luftschutz spricht, frevelt, weil er dem Untergang dient, anstatt dem friedlichen Dasein der Menschen.

Hessischer Ausschuß der Landbevölkerung gegen Atomtod.

Gießen, den 6. Mai 1961.

Verantwortlich für den Inhalt: Pfr. Grißhammer, Vorsitzender.

Speidel betont Bedeutung der „Schildstreitkräfte"

Auf die wachsende Bedeutung der „Schildstreitkräfte" wies der Oberkommandierende der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, General Speidel, in der Heidelberger Universität hin.

Die Schildstreitkräfte seien heute nicht mehr „nachgeordnet", sagte Speidel, wenn auch die strategischen „Schwertstreitkräfte" noch immer die Hauptrolle bei der Bekämpfung des Gegners spielten. Die „Schildstreitkräfte" hätten zusammen mit der taktischen Luftwaffe die operative Freiheit für die Verteidiger zu gewinnen, dem Gegner das Gesetz des Handelns aufzuzwingen, ihn zu schlagen und der politischen Führung den für ihre Entscheidungen notwendigen Zeitgewinn zu erkämpfen.

Speidel wies darauf hin, daß der Westen vor einem atomaren Gegenschlag nicht zurückschrecken dürfe. Mit dem Gleichgewicht der nuklearen Rüstung in Ost und West wachse aber die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte.

Die Welt v. 15. 5. 61.

Ruge: Sperrung der Meerengen ein dringendes Erfordernis

Der Inspektor der deutschen Bundesmarine, Vizeadmiral Ruge, hat die Sperrung der dänischen und türkischen Meerengen im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung als dringend erforderlich bezeichnet, um die sowjetische Flotte an einem Ausbruch in das freie Weltmeer zu hindern.

Ueber den Aufgabenbereich der Bundesmarine sagte Ruge, sie sei in erster Linie dazu ausersehen, die dänischen Meerengen zu verteidigen. Ihre Aufgabe könne sie nur im Zusammenwirken mit der Luftwaffe lösen. Ruge kündigte an, daß die Marine im kom-

menden Jahr ihr großes Schulschiff „Deutschland" in Dienst stellen werde. Das Segelschulschiff „Gorch Fock" sei bereits seit einiger Zeit als Ausbildungsfahrzeug im Dienst.

Basler Nachrichten v. 10. 5. 61

Raketen-Zerstörer für Bundesmarine

Die Bundesrepublik hat die Erlaubnis erhalten, acht große Zerstörer bis zu 6000 Tonnen, Marinehilfsschiffe bis zu 6000 Tonnen und moderne Seeminen mit Annäherungszündern zu bauen. Der Rat der Westeuropäischen Union hat, wie gestern in London bekanntgegeben wurde, die Protokolle des WEU-Vertrags über die Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik entsprechend abgeändert.

Über eine Änderung der Bestimmungen, in denen sich die Bundesrepublik zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Marinerüstung verpflichtete, war seit rund zwei Jahren verhandelt worden. Von unterrichteter Seite in London wurde jedoch dazu erklärt, Bonn habe erst vor wenigen Wochen präzise seine Bedürfnisse mitgeteilt. Bisher war der Bundesrepublik nur der Bau von Kriegsschiffen bis zu einer Größe von 3000 Tonnen erlaubt...

Die neuen Zerstörer bis zu 6000 Tonnen Größe sind groß genug, um darauf eine Raketenbewaffnung mit der dafür erforderlichen elektronischen Ausrüstung unterzubringen. Dafür waren Zerstörer mit der bisherigen Tonnagehöchstgrenze von 3000 Tonnen nicht geeignet. Jeder Raketenzerstörer kostet nach Besprechungen von Experten etwa 200 Millionen Mark.

Der Mittag v. 25. 5. 61

„Starfighter-Marsch" auf Schallplatten

Mit vorerst zweitausend Schallplatten des neuen Starfightermarsches wirbt die Luftwaffe der Bundeswehr jetzt um Popularität. Wie zu erfahren war, werden die Platten von Bundesverteidigungsminister Strauß und Generalleutnant Kammhuber an in- und ausländische Freunde der Bundeswehr verschenkt. Das dröhnende Musikstück war zuerst am Geburtstag des Bundeskanzlers im Januar dieses Jahres beim Geburtstagsständchen gespielt worden. Damals war vorgeschlagen worden, den Schluß des Marsches mit einem Original-Düsengeräusch zu verstärken. Diesem Vorschlag ist nicht entsprochen worden, weil man dies den Ohren der Zuhörer nicht zumuten wolle.

FAZ v. 5. 5. 61

Pankows Streben nach ausländischen Kontakten

Die unverminderten Anstrengungen der DDR, ihre internationalen Kontakte zu erweitern, bei denen neben der ausgedehnten Tätigkeit des staatlich gelenkten Gewerkschaftsbundes der Sowjetzone die handelspolitische Aktivität des SED-Regimes eine große Rolle spielt, haben im Verlaufe einer einzigen Woche zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt.

In Finnland gelang es dem rührigen Leiter der dortigen DDR-Vertretung, Prof. Agricola, die Gründung eines „Handelsvereins DDR-Finnland" zustande zu bringen. Das erklärte Ziel dieses Vereins ist es, durch persönliche Kontakte mit Wirtschaftlern und Geschäftsleuten die „freundschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und der DDR" zu vertiefen. Finnland, das weder mit der Bundesrepublik noch mit der DDR diplomatische Beziehungen unterhält, aber mit beiden Staaten Handelsmissionen mit Konsulatscharakter ausgetauscht hat, erweist sich damit erneut als günstiges Feld für die Infiltrationstätigkeit der DDR in Skandinavien...

In Asien hat eine Regierungsdelegation der DDR Ceylon besucht und eine Handelsvereinbarung abgeschlossen, die gleichzeitig die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vorsieht. Auf dem Rückweg nach Ostberlin führte die gleiche Delegation Verhandlungen mit dem Industrie- und Handelsministerium Indiens. Im Nahen Osten hält sich eine Abordnung des DDR-Ministeriums für Außenhandel auf, die das Handels- und Zahlungsabkommen mit Libanon erneuern und erweitern soll. Aus Libyen ist eine Parlamentsdelegation in Ostberlin eingetroffen, die vom Präsidenten der Volkskammer, Dieckmann, empfangen wurde.

In Westafrika schließlich bemüht sich die DDR, über den Kreis von Ghana, Mali und Guinea hinaus neue Stützpunkte zu gewinnen. Als Gäste des kommunistischen FDGB befinden sich der Vizepräsident des Gewerkschaftskongresses von Nigeria (Nigerian Trade Union Congress), Ibrahim Nock, und ein weiteres Mitglied des Exekutivkomitees der NTUC in Ostberlin.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, der sich zu einem vierzehntägigen Informationsbesuch in der Bundesrepublik aufhält und von Bundespräsident Lübke empfangen wurde, hat, nach einer Mitteilung aus Pankow, zugesagt, auch die DDR zu besuchen.

Neue Zürcher Zeitung v. 9. 5. 61

Der „Guardian" schlägt Kompromiß mit Moskau und der DDR vor

Der Hauptantrieb für Chrustschows Außenpolitik ist seine Befürchtung, daß die deutschen Generale Atomwaffen bekommen könnten. Sein Hauptziel ist eine Regelung des Berlin-Problems und die diplomatische Anerkennung Pankows, ehe dies geschieht. Der Westen sollte versuchen, ihm in diesen Punkten entgegenzukommen, wenn er das tun kann, ohne daß seine eigenen wichtigen Interessen geopfert werden. Das ist vielleicht möglich. Chrustschow möchte vor allem, daß die Sowjetzone als Staat anerkannt wird. Der Westen möchte in erster Linie, daß die Freiheit West-Berlins garantiert ist. Warum bietet er nicht die Anerkennung Pankows an unter der Voraussetzung, daß die Sowjetzonenregierung die Freiheit des Zuganges nach West-Berlin garantiert und sich verpflichtet, eine Straßen- und Eisenbahnverbindung offenzuhalten, für die keine Pässe gefordert werden sollen? Diese Eisenbahn- und Straßenverbindung brauchte nicht unbedingt zu allen Zeiten eine bestimmte Straße und eine bestimmte Eisenbahn zu sein. Ein derartiger Schritt bietet eine Lösung, die beide Seiten zufriedenstellt und keine Opferung wichtiger Interessen fordert.

The Guardian v. 18. 5. 61

Cyrankiewicz kritisiert Bonn

Der wiedergewählte polnische Ministerpräsident, Cyrankiewicz, hat am Donnerstag in seiner Regierungserklärung vor dem Parlament in Warschau die Bundesregierung scharf angegriffen. Im außenpolitischen Teil seiner Rede sprach Cyrankiewicz der Bundesregierung den guten Willen ab, mit Polen zu einer Normalisierung der Beziehungen zu kommen.

Trotz der Verbrechen, die von deutscher Seite während des Krieges in Polen begangen wurden, trete die polnische Regierung seit Jahren für normale Beziehungen mit der Bundesrepublik ein. Diese könnten jedoch nur dann hergestellt werden, wenn die Bundesrepublik auf „ihre territorialen Forderungen und ihre revisionistische Propaganda" verzichte. Solange dies nicht der Fall sei, habe auch ein Botschafteraustausch keinen Sinn. „Der Bonner Botschafter würde sich sonst in Warschau nicht wohl fühlen, und wir legen Wert darauf, daß sich alle Botschafter bei uns wohl fühlen."

Die Jugend der Bundesrepublik werde mit revisionistischer Propaganda gefüttert. Im Unterrichtsfach Ostkunde erfahre sie vieles darüber, welch bedeutenden kulturellen Beitrag Deutschland in der Vergangenheit im Osten geleistet habe. Sie höre aber nichts von den Konzentrationslagern, Gaskammern und Massenerschießungen während des zweiten Weltkrieges. „Wir dürfen uns darum auch nicht wundern, daß man den Kindern nichts über die Vergangenheit Dr. Globkes erzählt."

Den Vorschlag eines deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes bezeichnete Cyrankiewicz als unrealistisch, wenn dieser Pakt nicht auch andere sozialistische Staaten, beispielsweise die Sowjetzone, einschließe. Cyrankiewicz forderte den Abschluß eines Friedensvertrages mit „beiden deutschen Staaten" und drohte wieder an, daß andernfalls ein separater Friedensvertrag mit der Sowjetzone geschlossen werde.

Die Welt v. 19. 5. 61

Bonn hat keine Zeit mehr zu verlieren

Bonner Fachleute für Ostfragen sind der Meinung, auf Grund des erneuten Drängens Washingtons werde die Bundesregierung jetzt keine Zeit mehr verlieren dürfen, eigene

Pläne für eine Lösung des Oder-Neiße-Problems zu entwickeln, die über die bisherigen Vorstellungen, der gesamte Ostkomplex werde im Friedensvertrag geregelt, hinausgehen und eine internationale Diskussionsgrundlage bilden. Es wäre für die Bundesrepublik verhängnisvoll, sagen sie, wenn die USA bei den beginnenden Ost-West-Verhandlungen mangels Anregungen aus Bonn den Sowjets mit eigenen Plänen gegenübertreten müßten.

Westfälische Rundschau v. 26. 5. 61

Wieder „Volk ohne Raum"

Bei der Delegiertenkonferenz des „Bundes der Vertriebenen" am 11. 5. in Würzburg sagte der bayerische Arbeitsminister Stain, es fehle Deutschland an Grund und Boden. „Wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland wieder mehr Lebensraum finden kann bei Nachbarn, die diesen Raum nicht brauchen und ihn mit Sklavenarbeitern für ihre Kolchosen besetzt halten." BdV-Vizepräsident Jaksch (SPD) wandte sich gegen die Kritiker der Heimatvertriebenen und sagte, von einem „großdeutschen Gedanken" könne heute keine Rede mehr sein, aber der Gedanke an die 17 Millionen Deutschen, die „als Kriegsgefangene des Kalten Krieges unter Bewachung deutschsprechender Russen hinter Stacheldraht leben", müsse alle „mit heiliger Unruhe erfüllen".

Stuttgarter Zeitung v. 12. 5. 61.

„Festredner" Kleist entgleiste

Rechtfertigungsversuche für Hitlers Angriffskrieg und kritische Bemerkungen über Kennedys „rosarote und himbeerfarbene" Berater beinhaltete die „Festansprache", die der ehemalige Ministerialdirigent im Ribbentrop-Außenministerium, Dr. Peter Kleist, vor der 98. Tagung des Weinheimer Seniorenconvents und des Weinheimer Verbandes alter Korpsstudenten in Weinheim gehalten hat. Kleist, der vor 2000 Band und Mütze tragenden Korpsstudenten sprechen konnte, ist als Starautor des neonazistischen Schütz-Verlages in Göttingen bekanntgeworden.

„Festredner" Dr. Kleist hatte nach den am Dienstag in Bonn vorliegenden Berichten vor der Korpsstudententagung, die bereits am Wochenende stattfand, u. a. erklärt, daß Hitler den zweiten Weltkrieg nur deshalb angefangen habe, um ein „schweres Unrecht zu beseitigen". Dr. Kleist hatte in seinem Referat „Deutschland, Europa und der Ost-West-Konflikt" außerdem erklärt, daß Präsident Kennedy ebenso wie früher Präsident Roosevelt „von einer Mannschaft rosaroter und himbeerfarbener Intelligenz umgeben" sei, die dem kalten Krieg ausweiche und ihn deshalb verlieren werde.

Wie aus Weinheim bekannt wurde, haben sich offizielle Sprecher des Weinheimer Seniorenconvents nach der „Festrede" von bestimmten Teilen der Ausführungen von Dr. Kleist distanziert.

Hamburger Echo v. 17. 5. 61

Grüber hinterließ großen Eindruck

„In Dantes Inferno konnten die Menschen noch klagen und weinen, aber durch die Nazis sind Millionen Menschen umgekommen, die nicht einmal mehr klagen konnten", sagte der Propst von Berlin, Heinrich Grüber, gestern im Prozeß gegen Adolf Eichmann. Grüber wurde von der Anklage als Zeuge gehört und anschließend — zum Teil ziemlich hart — von Eichmanns Verteidiger Robert Servatius ins Kreuzverhör genommen.

Trotz mehrfacher Ermahnung des Vorsitzenden an das Publikum, Kundgebungen zu unterlassen, erhielt Propst Grüber Beifall von den Zuhörern, wie zum Beispiel, als er von Servatius gefragt wurde, wieso er, obwohl unter Bewachung durch die Gestapo, noch Auslandsreisen habe unternehmen können und darauf antwortete, „weil ich einen gültigen Reisepaß hatte, in dem kein ‚J' gestempelt war." Eisiges Schweigen herrschte im Saal, als Grüber über seine eigene Haft im Konzentrationslager erzählte. „Die größten Brutalitäten sind niemals offenkundig geworden, dafür gibt es keine Zeugen oder Akten. Sie vollzogen sich in Bunkern, und die, die lebend begraben wurden, können nicht mehr sprechen."

Einmal habe der Kommandierende General von Stettin seinen Adjutanten zu ihm, Grüber, geschickt, damit er als Kirchenmann gegen die Judendeportationen etwas unter-

nehme. „Ich ließ ihm antworten, wenn ich Kommandierender General von Stettin wäre, gäbe es keine Transporte."

Über seinen persönlichen Eindruck von Eichmann befragt, sagte Propst Grüber aus: „Ich gewann den Eindruck, daß er ein Eisblock war. Andere bekamen den gleichen Eindruck. Er war ein Landsknecht, kein Soldat. Ein Landsknecht." Wenn er in Uniform gewesen sei, seien sein Gewissen und seine Gefühle dahingegangen. „Das ist der Unterschied zwischen ihm und einem Soldaten."

Propst Grüber hinterließ im Gerichtssaal einen nachhaltigen Eindruck. Der würdevolle, weißhaarige Geistliche bat Eichmann mit den Worten um Nachsicht: „Ich hoffe, daß der Angeklagte nicht schlecht von mir denkt. Ich kam nicht mit Haß in meinem Herzen oder mit Rachegefühlen hierher" ...

Der Propst erbat sich ein Schlußwort. Er zitierte in Erinnerung an den Tag, an dem er in Dachau für tot gehalten wurde und unter Leichen lag, das Bibelwort: „Gott hat mich wachsen lassen im Lande meines Elends." Er hoffe, daß auch die Juden, die durch so viel Leid gegangen seien, einmal ähnlich bekennen würden.

Der Mittag v. 17. 5. 61

Propst Grüber als Zeuge im Eichmann-Prozeß

Eindringlich schilderte der Zeuge die an den Juden in Sachsenhausen und in Dachau, wohin er später übergeführt wurde, begangenen Grausamkeiten, für deren schrecklichste es weder Zeugen noch Dokumente gebe. In den Konzentrationslagern erfuhr Propst Grüber auch von der Vergasung Invalider und angeblich Invalider, darunter Nichtjuden in deutschen Heilanstalten. Die Vernichtung der Juden in Auschwitz wurde ihm bekannt, als die Häftlinge von Sachsenhausen ganze Wagenladungen von Kleidern sortieren mußten, die von dort zurückkamen. Grüber wurde beinahe selber das Opfer der tödlichen medizinischen Menschenversuche, als ihn der Lagerarzt von Dachau, Dr. Rascher, eines Tages, nachdem er ihn mit dem üblichen Gruß „Schwein" begrüßt hatte, als „nicht mehr lagerfähig" erklärte. Obwohl ein gebrochener Mann, setzte der Zeuge, als er dank der Intervention vor allem seiner Gattin im Juni 1943 freigelassen wurde, seine Hilfstätigkeit für die Juden, die nun illegal erfolgen mußte, fort . . .

Fragen des Verteidigers wie auch der Richter veranlaßten Propst Grüber zu Bemerkungen mehr allgemeiner Natur. Er läßt anfängliche Begeisterung für den Nationalsozialismus als Entschuldigung für die späteren Verbrechen nicht gelten. Die „Bekennende Kirche" schloß sich gegen die „Deutschen Christen" zusammen, die unter den Einfluß der Nationalsozialisten geraten waren, und von einer öffentlichen Intervention des damaligen Papstes, Pius' XI., gegen die Judenverfolgungen weiß der Zeuge nichts. Dagegen wisse er, daß der Papst alle im Bereich seiner Möglichkeiten liegende Hilfe gewährt habe. Die größte Bereitschaft zur Hilfe für die Juden fand Grüber in der Arbeiterschaft, die die Hemmungen nicht kannte, die er sehr oft bei Akademikern angetroffen habe.

Auf die Frage nach der Bereitwilligkeit der Schweiz, Juden einwandern zu lassen, bemerkte der Zeuge, diese Bereitwilligkeit sei in allen Ländern sehr gering gewesen, auch in der Schweiz, wo er und seine Freunde immer wieder hätten intervenieren müssen. Bei den in Berlin akkredierten Botschaftern und Gesandten seien sie auf sehr wenig Verständnis gestoßen. Zusammen mit katholischen Freunden hielt Grüber den Kontakt mit Lösener vom Innenministerium aufrecht, da dieser ein einsatzbereiter Mann gewesen sei. Grüber erwähnte auch katholische Bischöfe in Deutschland, die sich für die Juden eingesetzt hätten Das allgemeine, aber anonyme Schuldbekenntnis, dem man heute in Deutschland begegnet, erscheint Grüber ungenügend. Jeder Politiker, der dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat, jeder Theologe, der die Dämonie des Regimes nicht erkannte, müsse konkret seine Schuld anerkennen.

In einem persönlichen Wort schloß Propst Grüber seine Aussage mit dem Wunsch, dieser Prozeß möge nicht nur dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Israel und Deutschland zu klären, sondern auch der ganzen Menschheit helfen. Liebe, die hier gegeben, und Schuld, die dort vergeben wird, mögen sich vor Gottes Thron finden.

Neue Zürcher Zeitung v. 18. 5. 61.

Israel verabschiedet Propst Grüber mit Hochachtung

Welches Maß achtungsvoller Sympathien Propst Grüber als erster im Prozeß gegen Adolf Eichmann aufgetretener nichtjüdischer deutscher Zeuge mit seinen vielstündigen Aussagen gewonnen hat, zeigte sich eindrucksvoll, als Grüber das Land wieder mit dem Flugzeug verließ. Neben vielen alten und neuen Freunden wurde er auch von einer Delegation des Landesverbandes der KZ-Häftlinge und von Regierungsvertretern herzlich verabschiedet. Ein Heim für Waisenkinder wird nach seinem Namen genannt werden. Zahlreiche Einladungen erreichten ihn. „Eine Welle von Liebe strömte mir überall entgegen", sagte Grüber mit Berechtigung.

Schon im Gerichtssaal hatte dieser starke Allgemeineindruck — wie berichtet — zu spontanen Beifallskundgebungen geführt, die der Vorsitzende mehr der Form halber rügte. Dr. Landau war sogar von der sonst unverbrüchlichen Übung abgegangen, sich nur der hebräischen Sprache zu bedienen, und hatte Propst Grüber auf deutsch gedankt.

So war es auch weit mehr als eine Geste konventioneller Höflichkeit, daß er am Vernehmungstag als Tischgast des früheren Außenministers und Ministerpräsidenten Mosche Sareth geladen wurde, der in Israel vielfach als Verkörperer höchster Werte öffentlicher Moral angesehen wird. Auch ein Zusammentreffen Grübers mit Professor Martin Buber wurde im gleichen Sinn vielfach beachtet.

Frankfurter Rundschau v. 20./21. 5. 61

Israelische Pressestimmen zu Grüber

Mehrere Blätter, darunter die Abendzeitung „Maariv" in Tel Aviv, wurden durch den Zeugen an das biblische Bild vom „Gerechten in Sodom" erinnert. „Dieser Mann", schrieb der nationalreligiöse „Hatsofeh", „kam wegen seiner Hilfe für die Juden und seines offenen Kampfes für sie ins Konzentrationslager und stand vor den Toren des Todes." — „Ein Mann, der in Gottes Ebenbilde lebt", schrieb der unabhängige „Haaretz" über Grüber, der „durch seine Aufrichtigkeit, seine Humanität und seinen Mut" das Gericht ergriffen habe. „Es bestand kein Gegensatz", fügte das Blatt hinzu, „zwischen seiner energischen Anklage und der Unterstreichung des Nichthassens, das er in seinem Herzen allen gegenüber empfindet, sogar Eichmann gegenüber. Das Nichthassen entspricht seiner Weltanschauung als Mensch und als Seelsorger... Alle im Saal spürten seine Ehrlichkeit und waren zutiefst ergriffen, zu erleben, daß es noch einen solchen Menschen in unserer Generation gibt, der das Erlebnis der Nazikatastrophe und die dämonische Ermordung von Millionen tief im Gedächtnis hat." Der Kommentator des „Haaretz" fügte hinzu, daß Dr. Grübers Zeugenaussage ein „Denkmal in Worten" gemeißelt habe, das für immer im Bewußtsein des jüdischen Volkes bleiben werde und vielleicht sogar in der Erinnerung der Menschheit.

Im sozialistischen „Davar", dem amtlichen Organ des israelischen Gewerkschaftsbundes „Histadrut", schrieb Dr. Mosche Tavor, vormals Pressechef an der Israelmission in Köln: „Zwei Deutsche standen sich gestern gegenüber: Adolf Eichmann, der Vertreter des nazistischen Mörderregimes, und Propst Dr. Grüber, der Vertreter jenes anderen Deutschland, das sehr lange Zeit nicht sichtbar war, da es ‚untergrund' hatte gehen müssen, als es verfolgt und zum Schweigen gezwungen wurde. Im Jahre 1945 kam es wieder zum Vorschein und versucht seit damals, den Namen der ganzen deutschen Nation zu reinigen, und wenn die Welt einmal bereit sein wird, Deutschland zu verzeihen, so wird das nur wegen jener kleinen Gruppe geschehen, die wahren Großmut der Seele zeigte und nicht zu irgendwelchen Gewissenskompromissen bereit war..."

Stuttgarter Zeitung v. 18. 5. 61

Propst Grüber hinterläßt einen tiefen Eindruck

Dem Propst sind bereits am Mittwoch zahlreiche spontane, zustimmende Schreiben aus der israelischen Bevölkerung zugegangen; ohne Übertreibung läßt sich feststellen, daß seine Aussage wie auch die von ihm zur Schuldfrage vor dem Gericht vorgetragenen Ansichten, gleich wie man zu ihnen steht, dem deutschen Volk in Israel einen großen moralischen Dienst erwiesen haben, jedenfalls einen weitaus größeren als manches platonische Reuebekenntnis, das seit 1945 ausgesprochen wurde.

FAZ v. 18. 5. 61

Der Name Globke fiel im Eichmann-Prozeß

Im Jerusalemer Prozeß gegen Adolf Eichmann ist der Name des Staatssekretärs im Bonner Bundeskanzleramt, Hans Globke, gestern zum erstenmal erwähnt worden. Eichmann selbst wurde im weiteren Verlauf der Verhandlung als der „allmächtige Funktionär" beschrieben, der alle Entscheidungen in Judenfragen getroffen und die Auswanderung von Juden aus Europa blockiert habe, um sie dem nazistischen Vernichtungsprogramm zuzuführen.

In einem von der Anklage gestern vorgelegten Dokument wird der jetzige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Globke, als Teilnehmer an einer Sitzung erwähnt, auf der sich Beamte und Funktionäre des Dritten Reiches am 15. Januar 1941 mit der Beschlagnahme jüdischen Besitzes beschäftigen. In der Sitzung, an der Adolf Eichmann nicht teilgenommen hatte, soll einem Entwurf zugestimmt worden sein, wonach der Besitz von Juden, die die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, eingezogen werden sollte.

Unter den von der Anklage vorgelegten Dokumenten befindet sich das Protokoll jener Sitzung, an der Globke als Vertreter des damaligen Reichsinnenministeriums an der Sitzung teilgenommen hatte.

Hans Globke befindet sich seit zwei Wochen in einem Krankheitsurlaub im Ausland. In seiner Abwesenheit wurde gestern abend im Bundeskanzleramt jeder Kommentar zu dem im Eichmann-Prozeß vorgelegten Dokument verweigert.

Der Mittag v. 13./14. 5 61

Propst Grüber zum Fall Globke

Skepsis über die Rolle, die der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Globke, angeblich während des Dritten Reiches im Widerstand gegen die Judenpolitik Hitlers geleistet haben will, äußerte am Donnerstagabend Propst Heinrich Grüber in einem Pressegespräch, das in dem nach ihm benannten jüdischen Altersheim in Berlin-Zehlendorf geführt wurde. Grüber bezeichnete es als „ausgemachten Quatsch", daß Globke nach der Darstellung einer Zeitung sofort ans Telefon geeilt sei, um den damaligen Berliner Kardinal Graf Preysing von juden- und kirchenfeindlichen Maßnahmen des Reichsinnenministeriums sofort zu informieren. In dieser Form sei das seiner eigenen Erfahrung nach nicht möglich gewesen.

Grüber bestätigte nochmals nachdrücklich, daß er und seine politischen Freunde keinen Kontakt zu Globke hatten und daß er nie etwas über dessen Rolle als Widerstandskämpfer gehört habe... Grüber bedauerte, daß die Bundesregierung nichts getan habe, um sich aktiv in die Fahndung nach Eichmann einzuschalten und daß nicht Männer, wie beispielsweise Globke, die die Rolle Eichmanns genau kannten, die Initiative ergriffen hätten...

Wie Grüber mitteilte erhält er seit seiner Rückkehr aus Jerusalem tagtäglich Schmähbriefe, die ihm vorwerfen, „das eigene Nest beschmutzt zu haben". Zustimmende Briefe zu seiner Haltung kämen vor allem von Jugendlichen.

Frankfurter Rundschau v. 27. 5. 61

Früherer SS-General durch Eichmann-Prozeß belastet

Die Überprüfung der Versorgungsansprüche des früheren Generals der Waffen-SS und der Polizei, Winkelmann, hat das schleswig-holsteinische Finanzministerium eingeleitet.

Winkelmann, der in Bordesholm bei Kiel Gemeindevertreter der Christlichen Demokraten ist und nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes das Ruhegehalt eines Polizeiobersten bezieht, ist durch Aussagen im Eichmann-Prozeß in Israel belastet worden. Er soll auf Grund eines Rechtshilfeersuchens der israelischen Staatsanwaltschaft vom Amtsrichter in Bordesholm als Zeuge vernommen werden.

Wie ein Sprecher des Finanzministeriums mitteilte, ist Winkelmann bei der Entnazifizierung zunächst in die Kategorie III, später in IV eingestuft worden. Nach dem Entnazifizierungsbescheid soll sich Winkelmann an den Untaten der SS nicht beteiligt haben.

Die Welt v. 19. 5. 61.

Salazar befürwortet engeres Zusammengehen mit Südafrika und Rhodesien

„Die Verteidigung gegen den Terrorismus würde ein wesentlicher Dienst sein, den Portugal und die Südafrikanische Union der Sache des Friedens in Afrika und dem Fortschritt und Wohlergehen seiner Völker leisten könnten", erklärte der portugiesische Regierungschef dem Leitartikler H. Rowland Hill von den „Cape Times" in Kapstadt.

Als wesentlichsten Eindruck, den Hill in seinem Gespräch gewann, hält er fest, daß der portugiesische Staatsmann felsenfest vom schließlichen Erfolg seiner „Politik des friedlichen Fortschritts für alle" sowohl in Portugal als auch in dessen überseeischen Provinzen überzeugt ist. Als Salazar dies erklärte, lag ein ganzer Stoß von Depeschen über Gewalttätigkeiten in Angola auf seinem Pult.

Auf die Frage, ob keine Änderung in der Verwaltung Angolas oder Mozambiques geplant sei, erwiderte Portugals Ministerpräsident, daß solche mit Sicherheit zu erwarten seien. Schon allein die kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritte in diesen beiden Provinzen erforderten offenen Sinn und Anpassungsfähigkeit. „Unser herzlichster Wunsch", bemerkte er, „geht dahin, durch die jetzt stattfindende ökonomische Entwicklung — und die weitere Verbreitung portugiesischen Geistesgutes — jene Schicht zu vergrößern, die dazu herangezogen werden soll, die verschiedenen öffentlichen und privaten Aufgaben zu übernehmen und zu lösen."

Was jedoch den Prozentsatz der afrikanischen Völker angeht, die geeignet sind, große Gebiete selbst zu verwalten, so weichen die Ansichten der Portugiesen sehr stark von jenen ab, welche die belgische Regierung hatte oder die das Vereinigte Königreich noch heute vertritt.

In der Beurteilung der administratorischen Fähigkeiten der schwarzen Afrikaner stimmen die Portugiesen dagegen mit jenen Südafrikanern überein, die über eine lange Erfahrung in der Verwaltung der Eingeborenen verfügen.

Im diametralen Gegensatz zu den Verhältnissen in der Südafrikanischen Union werde ein Schwarzer oder Mischling, der portugiesisches Denken und portugiesische Lebensart vollkommen übernommen hat, als gesellschaftlich und politisch gleichberechtigt betrachtet. Daß diese Assimilierten in der Oberschicht verhältnismäßig selten sind, ist nach portugiesischer Ansicht nicht der Fehler des Systems. Die Ursache liege in der Unfähigkeit der großen Masse der Schwarzen, sich über ihr gemeinsames Niveau selbstsüchtiger Mittelmäßigkeit und primitiver Prahlsucht emporzuarbeiten...

Salazar tadelte ausdrücklich den „Geist der Kapitulation und der Schwäche", die Chimären der Ästheten und Träumer, die es vorzögen, im Lehnstuhl über die Gleichheit aller Menschen zu theoretisieren, statt die harten Aufgaben des Regierens zu übernehmen, die täglich die Ungleichheit der Menschen enthüllten.

Auf die Frage, ob Südafrika ihm helfen könne, antwortete Salazar: „Die Verteidigung gegen den Terrorismus würde ein wesentlicher Dienst sein, den Portugal und Südafrika der Sache des Friedens in Afrika und dem Fortschritt und dem Wohlergehen der afrikanischen Völker erweisen könnten."

Basler Nachrichten v. 25. 5. 61

Weiße peitschten Negerfreunde aus

Drei Weiße sind in Sylacauga (Alabama) von anderen Weißen überfallen und ausgepeitscht worden, weil sie mit Farbigen befreundet waren. Zwei von ihnen wurden aus ihrem Haus gezerrt, in eine abgelegene Gegend gebracht, ausgezogen, und von sechs Männern geschlagen.

Die Opfer erklärten, daß ihnen die Männer gesagt hätten, die Schläge seien die Strafe für ihre Freundschaft mit Farbigen und, daß sie einem Farbigen erlaubt hätten, ihr Kind zu schlagen. Ähnlich ist es einem dritten Mann ergangen, der von drei Weißen in seiner Wohnung geschlagen wurde, weil er ein farbiges Mädchen als Wärterin für seine beiden Kinder angestellt hatte.

Neue Ruhr-Zeitung v. 16. 5. 61.

Die Aktivität des Ku Klux Klan in Alabama

Justizminister Robert Kennedy sah sich gezwungen, aus dem Norden Hunderte von „United States Marshalls", das heißt Bundesvollstreckungsbeamten, nach Montgomery,

der Hauptstadt Alabamas, zu entsenden, um den unglaublichen Gewalttätigkeiten, die sich dort abspielten und weiter abzuspielen drohen, ein Ende zu setzen. Der Gouverneur Alabamas, der bekannte Segregationist John Patterson, der sich schon zur Zeit des Beginns der gewaltlosen Protestbewegung der Neger unter Führung Pfarrer Martin Luther Kings im Autobusboykott von Montgomery unrühmlich auszeichnete, drohte am Pfingstsonntag dem Abgesandten Justizminister Robert Kennedys, dem Assistant Attorney General des Bundes, Byron White aus Washington, mit der Verhaftung der rund vierhundert „Marshalls", die, mit gelben Armbinden versehen, zur Ordnung sehen sollen, welche die Behörden Alabamas nicht aufrecht erhalten können und wollen. Es droht sich ein ernster Konflikt zwischen Washington und Montgomery daraus zu entwickeln.

Die Spannung geht auf den Plan des „Congress of Racial Equality", einer aus Weißen und Negern gebildeten Organisation, zurück. Nach diesem Plan sollen die Segregationspraktiken der Südstaaten vor allem im zwischenstaatlichen Autobusverkehr und auf den Autobusstationen im Süden „getestet" werden. Vor einer Woche reiste zu diesem Zweck eine Gruppe von Studenten beider Rassen, sogenannte „Freedom Riders", im Auftrag dieser Organisation nach dem Süden. Die Fahrt verlief ohne Zwischenfälle, bis sie nach Alabama kamen. Dort hatte der Ku Klux Klan eine „Verteidigungsoperation" organisiert, die in der Ortschaft Anniston zur Stillegung des Autobusses, dessen Passagiere die Studenten waren, führte — es wurde ein Pneu durchschnitten — und es notwendig machte, daß eine große Zahl der Studenten sich, nachdem sie auf überaus brutale Art durch die handfesten Männer des Ku Klux Klan verprügelt worden waren, in Spitalpflege begeben mußten Einige Tage darauf wiederholten sich diese Vorgänge in Birmingham, der Stahlstadt des Südens, ohne daß die Polizei auch nur einen Wank getan hätte. Sie erschien erst auf der Szene, nachdem die Helden des Ku Klux Klan sich verzogen und die blutig geschlagenen Studenten sich selbst überlassen hatten. Am Pfingstsamstag trug sich in Montgomery der Vorgang zum drittenmal, und zwar in besonders brutaler Weise, zu. Präsident Kennedy und sein Bruder, der Justizminister, entschlossen sich darauf, zu handeln und eine milde Form der Bundesintervention durch Entsendung von „United States Marshalls" anzuordnen. Ein staatliches Gericht Alabamas erließ eine sogenannte „Injunction", das heißt ein Verbot gegen die „Freedom Riders", während ein Bundesdistriktsgericht in Alabama gleichzeitig jede Gewalttätigkeit gegen sie untersagte. Auf Grund ungezählter Urteile des Obersten Bundesgerichts über die Verfassungswidrigkeit der Rassensegregation im zwischenstaatlichen Verkehr — und auch der Segregation auf den Bußstationen, Bahnhöfen und Flugplätzen, die dieser Verkehr „anläuft", besteht kein Zweifel darüber, daß Alabama, dessen Behörden mit dem Ku Klux Klan im Bunde sind, in diesem Konflikt den kürzeren ziehen wird. Wie die Dinge aber liegen, kann es zu drastischen Bundesmaßnahmen kommen, bis sich Alabama fügt. Es wäre auch von einem rein politischen Standpunkt aus für Kennedy ruinös, wenn er die brutale Unterdrückung der seit einigen Jahren stark angewachsenen Bewegung der gewaltlosen Durchsetzung der Negerrechte in den sogenannten „Sit in"-Demonstrationen von Negern und Weißen in den Restaurants der Warenhäuser und nun neuerdings in Busstationen und Bahnhöfen tatenlos hinnehmen würde. Die Neger haben sich in ihrem Kampf um die rechtliche Gleichstellung jahrzehntelang auf reine Rechtsmittel verlassen, deren praktische Wirkung jedoch beschränkt blieb. Nun gehen sie einen Schritt weiter und versuchen es mit dem Mittel der gewaltlosen Demonstration. Der Busboykott in Montgomery bildete vor Jahren dazu den Auftakt.

Neue Zürcher Zeitung v. 23. 5. 61

Ausrufung des Kriegsrechtes in Montgomery

In Montgomery brachen neue Unruhen aus. Die Polizei ging mit Tränengasbomben gegen eine entfesselte Menge Weißer vor, die in eine Baptistenkirche der Neger einzudringen versuchte, in der Rev. Martin Luther King, einer der schwarzen Führer der Bewegung für die Rassenintegration, eine Ansprache hielt. Es ist vorderhand nicht bekannt, ob die Polizisten von Montgomery oder Angehörige der Bundespolizei waren, welche von den Tränengasbomben Gebrauch machten. Der erste Ansturm der Weißen konnte abgeschlagen werden. Vor der Kirche wurde ein parkiertes Auto von den Weißen in Brand gesteckt.

Der Gouverneur des Staates Alabama, John Patterson, hat angesichts der neuen Zusammenstöße zwischen Weißen und Schwarzen über das Gebiet der Stadt Montgomery das Kriegsrecht verhängt.

Neue Zürcher Zeitung v. 23. 5. 61

10 000 Personen in Südafrika verhaftet

Nach neuen Massenverhaftungen unter der farbigen Bevölkerung Südafrikas hat sich die Zahl der in der letzten Zeit von der Polizei festgenommenen Personen auf schätzungsweise 10 000 erhöht.

Kölner Stadt-Anzeiger v. 25. 5. 61

Südvietnam — „Bollwerk der Freiheit"?

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson, der am Donnerstag in Saigon eingetroffen ist, hielt am Freitag vor der südvietnamischen Nationalversammlung eine Rede, in der er Südvietnam vermehrte amerikanische Hilfe versprach. Er führte aus, diese Unterstützung erstrecke sich auf:

1. Ausbildung und Bewaffnung der zivilen Garde (bewaffnete Polizei, welche die Armee unterstützt und gegenwärtig 50 000 Mann umfaßt); 2. Vervollkommnung der Selbstverteidigungskorps (bewaffnete Zivilisten, welche Verteidigungseinheiten in den Dörfern bilden); Vermehrung der regulären Streitkräfte (heutiger Bestand: 150 000 Mann) um eine beträchtliche Zahl; 4. Hebung des Erziehungswesen, Förderung der Landwirtschaft, Ansiedlung neuer Industrien und langfristiges Entwicklungsprogramm.

Vizepräsident Johnson erklärte weiter: „Wir haben Vertrauen — wachsendes Vertrauen — in Vietnam und in die Stärke, die Sie hier aufbauen können. Wir werden Ihnen beistehen, weil wir von einem tiefen Gefühl der Verantwortung für die Sache des Weltfriedens durchdrungen sind. Ich sehe voraus, daß ein starkes, stabiles Vietnam eines Tages eines der prosperierenden und vielversprechenden Bollwerke der Freiheit in einem befriedeten Asien bilden wird."

Neue Zürcher Zeitung v. 13. 5. 61

Die Problematik der Mission Johnson's

Die Regierung Kennedy ist bestrebt, ihren asiatischen Verbündeten klarzumachen, daß es in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht nur darauf ankomme, in der militärischen Verteidigung stark zu sein, sondern gleichzeitig de Stärke parlamentarischer Demokratie zu beweisen. Daß dies sowohl in Korea wie in Formosa oder Südvietnam im wesentlichen ein frommer Wunsch bleibt, solange dort ultrakonservative Gruppen ein eisernes Regime führen, weiß man nur zu gut. Hier liegt auch, wie in Washington durchaus zugegeben wird, die Grenze der Mission von Vizepräsident Johnson in Asien, die sich in Formosa am deutlichsten zeigte, wo Johnson zur Enttäuschung selbst konservativer amerikanischer Kreise nichts über die Notwendigkeit ener Stärkung echter Demokratie unter Tschiang Kai-schek sagte.

FAZ v. 19. 5. 61

Polizeistaat und Vetternwirtschaft in Südvietnam

Nach Ansicht eines verantwortlichen Regierungsbeamten steht die südvietnamesische Regierungsstruktur vor dem Zusammenbruch, weil Präsident Ngo Diem, der bei der Wahl am 9. April offiziell 90 v. H. der Stimmen erhielt, völlig autoritär regiert und sich ausschließlich auf eine kleine Gruppe enger Verwandter und Untergebener verläßt. In den Provinzen werden — wie Reporter bestätigen — die erfahrenen Zivilgouverneure durch junge Armeeoffiziere ersetzt, die sich lediglich durch ihre Treue gegenüber dem Präsidenten und ihre Mitgliedschaft in der Lao Nhan Vi, einer vom Bruder des Präsidenten geführten politischen Geheimorganisation, auszeichnen. In der Zentralregierung könnendie Kabinettsminister noch nicht einmal ihre Bürochefs ernennen. Alle Staatsbeamten und Armeeoffiziere leben in dem Gefühl, überwacht zu werden. Es scheint keine logische Erklärung für die zahlreichen Neuernennungen zu geben; ältere Beamte dienen häufig unter sehr viel jüngeren Vorgesetzten.

Christian Science Monitor, Ende Mai 1961.

Die Hintergründe des Putsches in Südkorea

Wieder einmal wird — zu Recht oder Unrecht — der Central Intelligence Agency die Schuld gegeben, die verantwortlichen Stellen nicht rechtzeitig gewarnt zu haben, und einige Kritiker gehen sogar so weit, ähnliche Verdächtigungen auszusprechen, wie wir sie nach dem algerischen Generalputsch in Frankreich gehört haben, nämlich daß die koreanischen Rechtsputschisten glauben konnten, gewisse Hilfe von den amerikanischen Agenten zu erhalten.

Die amerikanische Regierung hat diese Verdächtigungen sofort durch die Unterstützung der rechtmäßigen Regierung des Premierministers John Tschang und entschiedene Ablehnung der Putschisten entkräftet, aber die Tatsache bleibt, daß Gewehre von Truppen, die von Amerikanern trainiert, ausgerüstet und beraten worden sind, in der falschen Richtung losgegangen sind. Jede Einheit der südkoreanischen Armee bis herunter zur Divisionsstärke hat einen amerikanischen Berater zur Seite. Außerdem stehen zwei amerikanische Divisionen im Lande, deren Hauptaufgabe es ist, einen Teil der empfindlichen Demarkationslinie mit Nordkorea zu bewachen, während der größte Teil dieser Linie von der koreanischen Armee besetzt ist.

Washington fürchtet, daß durch die letzten Ereignisse der von den Vereinten Nationen abgeschlossene Waffenstillstand gefährdet werden könne, da Unruhen in Südkorea leicht Gegenbewegungen in Nordkorea auslösen können . . .

Die jetzigen Militärputschisten erklärten zwar, daß es ihr einziges Ziel sei, die weiter bestehende Korruption auszufegen, aber weit größere Probleme von internationaler Tragweite scheinen dem Putsch zugrunde zu liegen.

In Südkorea gewann im letzten Jahre eine Bewegung immer mehr an Boden, die eine Aussöhnung mit Nordkorea mit dem Ziel einer schließlichen Wiedervereinigung der beiden Hälften suchte.

Besonders unter den radikalen Studenten, die zum Sturze Dr. Rhees beigetragen hatten, fand diese Bewegung starkes Echo.

Während seines Aufenthaltes zur UNO-Generalversammlung im vergangenen Herbst erklärte Premierminister Chrustschow in einer Pressekonferenz, er würde die Wiedervereinigung eines völlig neutralisierten Koreas begrüßen, und schlug eine Lösung nach österreichischem Muster vor. Er sagte damals, daß mit dem Sturze Dr. Rhees die notwendigen Vorbedingungen für eine solche Regelung geschaffen seien. Die koreanischen Militärs scheinen nun gefürchtet zu haben, daß sich der Fall Laos in Korea wiederholen könnte, und haben losgeschlagen, ehe die Laoskonferenz in Genf richtig in Fluß kommen konnte. Daher glaubten sie auch, schnell amerikanische Unterstützung finden zu können, und betonten bereits in ihren ersten Kundgebungen, daß ihre Aktion proamerikanisch sei. Sie schienen jedoch nicht erkannt zu haben, daß die Kennedyregierung absolut nicht in neue militärische Abenteuer in Asien verstrickt zu werden wünscht; sie hat daher nicht allein in Söul und in Washington den Rechtsputsch verurteilt, sondern auch der besorgten japanischen Regierung sofort die Versicherung gegeben, daß keine amerikanischen militärischen Kräfte in der Krise verwickelt seien. Denn Japan fürchtet, daß es sofort in die neue Koreakrise hereingezogen werden würde, falls die Amerikaner, wie während des Koreakrieges, ihre Basen in Japan für den Nachschub in Korea einsetzen sollten. . .

Die bisherige auf das Parlament gestützte Regierung des Premierministers Tschang galt in Washington keinesfalls als prokommunistisch, wenn sich auch eine neutralistische Stimmung in weiten Bevölkerungskreisen fühlbar machte.

Korea liegt als neuer Schatten über Washington, und die Hauptsorge ist hier vor allem, daß die koreanischen Truppen entlang der Demarkationslinie in Schach gehalten und so internationale Zwischenfälle vermieden werden können.

Die Tat (Zürich) v. 19. 5. 61

Verhaftung von Linkspolitikern

Die Behörden der Militärjunta haben sechs Journalisten des sozialistischen Organs „Min Jok Ji Bo" verhaftet, darunter den Direktor und den Chefredakteur. Es handelte sich hierbei um die erste Maßnahme des Revolutionären Komitees gegen Elemente, die verdächtigt werden, kommunistenfreundlich eingestellt zu sein und Kontakte zwischen Süd- und Nordkorea zu begünstigen.

Die Tat (Zürich) v. 19. 5. 61

Die Rechts-Diktatur in Südkorea

Intellektuelle und sozialistisch denkende Arbeiter und Studenten befürchten Verfolgungen; viele von ihnen flohen aus der Hauptstadt. Kommunisten und Leute, die mit dem Norden liebäugeln, sind von der Verhaftung bedroht. Die Junta hat bereits einige Redaktoren sogenannter kommunistischer Blätter aufgegriffen und ins Gefängnis geworfen.

Neue Zürcher Zeitung v. 20. 5. 61

General Chang: Keine Kontakte

Generalleutnant Chang Do Yung erklärte an einer Pressekonferenz, die 32 Mitglieder des Revolutionsrates würden für unbestimmte Zeit die Regierungsvollmacht übernehmen, obschon noch gewisse zivile Behörden ihre Funktionen weiterhin ausüben werden. Jedoch wolle man die Zeitspanne der militärischen Herrschaft auf ein Minimum beschränken ...

Im weiteren seien bereits Schritte unternommen worden, die vom Revolutionsrat angestrebte Politik des Antikommunismus zu verwirklichen, erklärte Chang weiter. Bereits seien 930 Kommunisten oder vermutliche Kommunisten verhaftet worden. Über jeden dieser Verhafteten würden Nachforschungen angestellt, die zu einer Entlassung oder einer schweren Bestrafung führen würden. In diesem Zusammenhang warnte Chang auch die Studenten und andere Elemente, welche Kontakte mit den nordkoreanischen Kommunisten befürwortet hatten.

Über seine Regierungspolitik betreffend einen Zusammenschluß der beiden Teile Koreas erwähnte Chang, daß Südkorea alle Anstrengungen unternehmen werde, um Nordkorea in jeder Beziehung überlegen zu sein. Dies sei eine der wichtigsten Bestrebungen der Revolution, doch seien Verhandlungen über einen Zusammenschluß, wie sie in den letzten Monaten wiederholt gefordert wurden, nicht zu erwarten. „Wir wollen uns den Kommunisten nicht beugen."

Neue Zürcher Zeitung v. 20. 5. 61

Nicht nur die Kommunisten ...

Die neue südkoreanische Regierung erließ am Freitag ein Dekret, das sehr schwere Strafen für die Anhänger des Kommunismus vorsieht. Das vom Chef des revolutionären Militärrates, General Chang Do Yung, unterzeichnete Dekret bezeichnet den Kommunismus als die „potentielle Bedrohung der Staatssicherheit" und verurteilt als „feindliche Gruppen des Staates" nicht nur die Kommunistische Partei, die in Südkorea seit jeher verboten ist, sondern auch alle anderen politischen Parteien, die ein dem Kommunismus ähnliches Programm aufweisen. Allgemein wird angenommen, daß damit die in Südkorea zugelassenen sozialistischen Parteien gemeint sind. Den Kommunismus und ihren Agenten wurde bis Montag Zeit gegeben, sich der Regierung freiwillig zu stellen.

Neue Zürcher Zeitung v. 23. 5. 61

Auflösung aller politischen Parteien

Die Militärjunta in Söul gab am Montag die Auflösung aller politischen Parteien in Südkorea bekannt. Weiter wurde die Auflösung aller Sozialorganisationen verfügt, worunter voraussichtlich auch die Gewerkschaften fallen. In dem Dekret heißt es, die Auflösungsverfügung trete am 23. Mai in Kraft.

Neue Zürcher Zeitung v. 23. 5. 61

„Sonstige Missetäter" ...

Am Samstagmorgen gab General Chang Do Yung, der Chef der südkoreanischen Militärregierung, bekannt, seit dem vergangenen Dienstag seien ungefähr 3500 Personen, worunter 930 kommunistenfreundliche Abgeordnete, verhaftet worden. Ferner seien im Verlauf von Razzien, die in den wichtigsten Städten des Landes durchgeführt wurden, 2259 sonstige Missetäter festgenommen worden.

Neue Zürcher Zeitung v. 23. 5. 61

General Chang — Der Koreanische „Kreuzritter"

Zur Sprunghaftigkeit des militärischen Diktators gesellt sich eine gute Dosis von Nationalismus sowie von religiösem Eifer, erfährt man doch, daß er als praktizierender

Katholik engste freundschaftliche Beziehungen zu einem amerikanischen Priester der Mary Knoll-Gemeinde unterhält und sich von diesem Frater intimus auch politisch beraten läßt. Der ganzen militärischen Revolution haftet damit etwas vom Charakter eines Kreuzzuges an, ein Wort, das Chang selber brauchte. Die Kommunisten sind als Häretiker zu behandeln, die scharfen Maßnahmen gewinnen den Anstrich inquisitorischen Vorgehens. Washington hat es vorläufig abgelehnt, eine offizielle Einladung des Weißen Hauses an den General ergehen zu lassen. Dies stellt keinen gewollten Affront dar, sondern erklärt sich aus dem Besuchsprogramm Präsident Kennedys.

Neue Zürcher Zeitung v. 27. 5. 61

Universitätsaustausch Hamburg—Rostock

Ein umfangreiches Austauschprogramm zwischen der Hamburger und der Rostocker Universität wird noch im Sommersemester 1961 anlaufen. Mit diesem Verhandlungsergebnis sind drei Vertreter der Hamburger Studentenschaft in diesen Tagen aus Rostock zurückgekehrt. Der Rektor der Universität Rostock, der Agronom Prof. Dr. Rudolf Schick, hatte die Studenten eingeladen, die Beziehungen der beiden Universitäten, die schon seit langem in einem patenschaftsähnlichen Verhältnis verbunden sind, im persönlichen Gespräch zu klären.

Mit dieser ersten offiziellen Einladung eines ostdeutschen Rektors an westdeutsche Studenten haben die Ost-West-Beziehungen auf Universitätsebene ein neues Stadium erreicht. Die Gespräche zwischen den Hamburger Studenten und den Vertretern der Rostocker Universität sind nach dem Bericht der Teilnehmer in größter Offenheit und in freundschaftlicher Atmosphäre geführt worden.

- Ab sofort wird ein ausgedehnter Briefwechsel zwischen einzelnen Studenten der beiden Universitäten gestartet, der den geistigen Austausch fördern und spätere persönliche Begegnungen einleiten soll.
- Noch in diesem Sommersemester wollen sich die Sportgruppen der beiden Universitäten zu einem größeren Wettkampf treffen.
- Ab sofort werden die Studentenzeitungen der Hamburger Universität auch in Rostock und umgekehrt die Rostocker Studentenzeitungen auch in Hamburg verkauft.
- Im Herbst soll ein Austausch der beiden Studentenbühnen stattfinden.
- Die Studentenchöre sollen im Februar des nächsten Jahres ausgetauscht werden.

In technischen Einzelheiten ungeklärt blieb noch die Frage des Studentenaustausches. Bereits im Juli 1960 hatte die Hamburger Studentenschaft aus ihrem eigenen Verwahrkonto zwei Stipendien in der Höhe von 250 DM für Rostocker Studenten zur Verfügung gestellt. Ein ähnliches Angebot war kurze Zeit darauf auch von seiten der Rostocker Universität erfolgt. Die Schwierigkeiten, die sich — zum Beispiel — aus den verschiedenen Ausbildungswegen ergeben, konnten jedoch bis jetzt noch nicht überwunden werden. Die Verhandlungen laufen aber weiter.

Die Anregung, auch die Dozenten zu gegenseitigen Gastvorlesungen einzuladen, wird in den nächsten Tagen vor dem Senat der Hamburger Universität erörtert werden.

Der Rektor der Universität Hamburg, Professor Thielicke, der den Besuch der Studenten in Rostock ausdrücklich gebilligt hat, will jetzt versuchen, einen Weg für mögliche Kontakte zwischen den Rektoren zu finden.

Hamburger Echo v. 17. 5. 61.

Keine Aufträge für die deutschen Werften

Seit der Aufwertung der D-Mark hat die gesamte deutsche Werftindustrie nur einen einzigen Auftrag aus dem Ausland erhalten. Sie hat in den ersten vierzehn Tagen nach der Umstellung nachweislich Aufträge im Werte von 277 Millionen D-Mark verloren. Falls die Bundesregierung nicht schnellstens Maßnahmen zur Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit verfügt, sind die Arbeitsplätze von 100 000 Beschäftigten ernsthaft bedroht. Das teilte Direktor Schecker vom Verband Deutscher Schiffswerften gestern in Hamburg mit.

Hamburger Echo v. 13./14. 5. 61

Kanadas Getreideüberschüsse für China

Nach seiner Rückkehr aus Hongkong hat der kanadische Landwirtschaftsminister Hamilton vor dem Unterhaus in Ottawa den Abschluß eines neuen Getreidelieferungsabkommens mit China bekanntgegeben. Das neue Abkommen sieht noch größere Mengen vor als das erste große kanadisch-chinesische Abkommen vom Januar dieses Jahres. Während der erste Kaufvertrag die Lieferung von 750 000 Tonnen Weizen, 360 000 Tonnen Gerste und 32 500 Tonnen Mehl mit einem Gesamtwert von 66 Millionen Dollar vorgesehen hatte, sind jetzt Vereinbarungen über Lieferungen von 5,1 Millionen Tonnen Weizen, 1,3 Millionen Tonnen Gerste und von einer nicht bekanntgegebenen Menge Mehl getroffen worden. Für den Gegenwert von 362 Millionen Dollar und von weiteren 66 Millionen Dollar aus dem ersten Abkommen wird Kanada der Volksrepublik China Sonderkredite mit einer Laufzeit von zweieinhalb Jahren einräumen. Ein Globalvertrag wurde von beiden Ländern bereits unterzeichnet. Einzelkontrakte, die zu 25 Prozent bar und zu 75 Prozent innerhalb von 270 Tagen in Pfund Sterling zu bezahlen sind, sollen noch abgeschlossen werden. Auf Grund des neuen Abkommens ist Kanada der größte Weizenlieferant Chinas geworden.

FAZ v. 4. 5. 61

Kaviar nach „Exodus"

Der amerikanische Film „Exodus", der außerhalb des Wettbewerbs die Filmfestspiele in Cannes eröffnete, ist von der französischen Kritik unterschiedlich aufgenommen worden. Zwar habe der Film zahlreiche bewegende Szenen, im ganzen sei er aber zu lang und verworren, wurde eingewandt. Das Werk Otto Premingers schildert nach dem Roman von Leon Uris in drei Stunden und zwanzig Minuten den Kampf um die Unabhängigkeit Israels.

Für viele der 350 geladenen Gäste war die Darstellung der Leiden des jüdischen Volkes nur der Auftakt zu einem prächtigen Essen, zu dem 40 Kilo Kaviar und eine Zigeunerkapelle mit einem Sonderflugzeug herbeigeholt worden waren.

Ein Teil des illustren Publikums — darunter Curd Jürgens mit Tirolerhütchen und die Schwester Präsident Kennedys — flog anschließend wieder nach Paris zurück, während der französische Film „Himmel und Schlamm" („Le Ciel et la Boue") gestern abend den Reigen der 29 Spielfilme eröffnete, die sich um die Preise bewerben.

Der Mittag v. 5. 5. 61

Die „Als-ob-Demokratie"

Die Wählerschaft muß zum mindesten die Illusion erhalten, daß um ihre Stimmen gekämpft und daß an ihr politisches Temperament appelliert werde.

Friedrich Sieburg in der FAZ v. 20. 5. 61

Ehemaliger Saarminister geht zur DFU

Der frühere Arbeitsminister in der Hoffmann-Regierung und ehemalige Vorsitzende der aufgelösten Sozialdemokratischen Partei Saar (SPD), Richard Kirn, hat sich für die Deutsche Friedensunion (DFU) erklärt. Kirn, der sich seit 1955 nach der Ablehnung des von ihm befürworteten europäischen Saarstatuts nicht mehr politisch betätigt hatte und auch bei dem Zusammenschluß seiner Partei mit der SPD nicht mitwirkte, meinte in einer Rede, die auf einer DFU-Kundgebung in Saarbrücken verlesen wurde, die Saarbevölkerung habe einen Besitzstandsverlust größten Ausmaßes erlitten. „Die Enttäuschten und Irregeführten müssen wieder Vertrauen zur Demokratie finden. Hierzu scheint mir die Deutsche Friedensunion geradezu prädestiniert zu sein."

Deutsche Zeitung v. 30. 5. 61

Bemerkungen

Harold Davies, M. P., vertritt im britischen Unterhaus als Abgeordneter der Labour-Party den Wahlkreis Leek. Ebenso wie William Warbey unternahm er vor einigen Jahren eine mehrwöchige Studienreise nach Asien.

William Warbey, M. P., ist Abgeordneter der Labour-Party im Unterhaus und vertritt den Wahlkreis Ashfield.

Rudolf Weckerling wurde 1911 in Wiesbaden geboren. Er studierte Theologie in Heidelberg, Rostock, Berlin, Marburg und London. Als Mitglied der Bekennenden Kirche von der Gestapo mehrfach gemaßregelt und Ende 1938 von ihr aus dem Lande Hessen ausgewiesen. Im Mai 1940 durch das Reichs-Sicherheits-Hauptamt Rede- und Betätigungsverbot für das gesamte Reichsgebiet. Während des Kirchenkampfes Bekanntschaft mit Mitgliedern des Büros Grüber. Seine Frau, damals Vikarin, arbeitete in der Widerstandsbewegung mit Grüber zusammen. Seit Sommer 1941 Soldat, wurde Weckerling nach Kriegsende im Juni 1945 Gemeindepfarrer in Berlin-Spandau. Seit 1953 ist er Studentenpfarrer an der Technischen Universität Berlin.

Weckerling hat in den letzten Jahren in der Anti-Atom-Bewegung und im Provinzialausschuß „Kirche und Israel" der Synode Berlin-Brandenburg mit Propst Grüber zusammengearbeitet und ist Herausgeber der soeben im Käthe Vogt Verlag, Berlin, unter dem Titel „Durchkreuzter Haß" erschienenen Festschrift zu Grüber's 70. Geburtstag.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stelan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch, MdB
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Staatssekretär a. D.
Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident
Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D.
Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus
Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D.
Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Prof. Friedrich Wilhelm
Foerster, PH, D., D. D.
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel
(Frankfurt)
Major a. D. Hans Moritz v.
Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D.
Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner
Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Eugen Kogler
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h.,
Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr.
Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László
Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell,
O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R.
Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr.
Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk
Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka

E Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock
Ehrenstr. 84/86
1300 8135